

Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

5. Sitzung

Hannover, den 14. Dezember 2022

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 9:	
Mitteilungen der Präsidentin	211
Feststellung der Beschlussfähigkeit	
Zur Geschäftsordnung: Carina Hermann (CDU)Stefan Politze (SPD)	
Tagesordnungspunkt 10:	
Aktuelle Stunde	.213
a) Der Inflation auf allen Ebenen entschlossen gegentreten - Antrag der Fraktion der AfD - 19/129	Drs. 213 220 214 215 216 uen
b) Umsturzfantasien, Gewalt und Hass auf uns Demokratie: entschlossenes Vorgehen ge Reichsbürger und Verschwörungsideologen - litische Netzwerke entlarven! - Antrag der Frakder SPD - Drs. 19/130	po- ktion .220
André Bock (CDU)(CDÜ'NE)	222
Michael Lühmann (GRÜNE)	.223

Klaus Wichmann (AfD)225 Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport
Stephan Weil, Ministerpräsident230
Tagesordnungspunkt 11:
Dringliche Anfragen231
a) Auswirkungen der geplanten Legalisierung von Cannabis auf die Gesundheit der Bevölkerung - Anfrage der Fraktion der CDU - Drs. 19/131231 Thomas Uhlen (CDU)
236, 237 Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport
237, 238
b) Resolution des EU-Parlamentes zur Herabstufung der Schutzstatus des Wolfes - wie reagiert die Landesregierung? - Anfrage der Fraktion der AfD - Drs. 19/133
Marcel Queckemeyer (AfD)242, 245

Dr. Frank Schmädeke (CDU) 242, 244 Laura Hopmann (CDU) 243 Dr. Marco Mohrmann (CDU) 243
Tagesordnungspunkt 12:
Erste Beratung: Kinder und Jugendliche vor sexuellem Missbrauch schützen - Rechtsrahmen zur Speicherung von Verkehrs- und Standortdaten ausschöpfen! - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/113246 Christian Calderone (CDU)246, 252 Thorsten Moriße (AfD)248 Ulf Prange (SPD)
Tagesordnungspunkt 13:
Erste Beratung: Hohes Sicherheitsrisiko durch Geldautomatensprengungen für Anwohner und Einsatzkräfte - Tatanreize durch gesetzliche Vorgabe zum besseren Schutz vor Geldautomaten beenden - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/116
Tagesordnungspunkt 14:
Erste Beratung: Gesellschaftlichen Frieden wiederherstellen - Corona-Bußgelder abschaffen und zurückgeben - Niedersachsen endlich in die Normalität führen! - Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/111
Nächste Sitzung263

Vom Präsidium:

Präsidentin Hanna N a b e r (SPD)

Vizepräsident Marcus B o s s e (SPD)

Vizepräsidentin Sabine T i p p e l t (SPD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz (GRÜNE)

Vizepräsident Jens N a c k e (CDU)

Schriftführer Markus Brinkmann (SPD)

Schriftführerin Corinna Lange (SPD)
Schriftführerin Annette Schütze (SPD)

Schriftführer Guido P o t t (SPD)
Schriftführer Dennis T r u e (SPD)

Schriftführerin Anna Bauseneick (CDU)

SchriftführerAxel Miesner (CDU)SchriftführerinEva Viehoff (GRÜNE)SchriftführerinDelia Klages (AfD)

Schriftführer Jürgen Pastewsky (AfD)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Staatssekretär Dr. Jörg Mielke,

Stephan W e i I (SPD) Staatskanzlei

Minister für Inneres und Sport Boris Pistorius (SPD)

Finanzminister Staatssekretärin Sabine Tegtmeyer-Dette,

Gerald H e e r e (GRÜNE) Finanzministerium

Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung Staatssekretärin Dr. Christina Arbogast,

Daniela Behrens (SPD) Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung

Kultusministerin Staatssekretärin Andrea Hoops, Julia Willie Hamburg (GRÜNE) Staatssekretär Marco Hartrich

Kultusministerium

Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung Staatssekretär Frank Doods,

Olaf Lies (SPD) Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitali-

schutz

sierung

Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucher-

schutz

Miriam Staudte (GRÜNE)

Justizministerin Staatssekretär Dr. Thomas S m o I I i c h ,

Dr. Kathrin W a h I m a n n (SPD) Justizministerium

Minister für Wissenschaft und Kultur Staatssekretär Prof. Dr. Joachim S c h a c h t n e r ,

Falko M o h r s (SPD) Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz

Christian Meyer (GRÜNE)

Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regi-

onale Entwicklung

Wiebke Osigus (SPD)

Staatssekretär Matthias Wunderling-Weilbier, Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regi-

Staatssekretär Dr. Michael Marahrens, Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucher-

onale Entwicklung

Beginn der Sitzung: 9.01 Uhr.

Präsidentin Hanna Naber:

Einen schönen guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 5. Sitzung im 3. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 19. Wahlperiode.

Tagesordnungspunkt 9: **Mitteilungen der Präsidentin**

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

Auch unsere jüngste Abgeordnete wird älter. Geburtstag hat heute die Abgeordnete Antonia Hillberg.

(Beifall)

Zu Ihrem persönlichen Silberjubiläum übermittele ich Ihnen im Namen des ganzen Hauses herzliche Glückwünsche, Gesundheit und Wohlergehen für das vor Ihnen liegende neue Lebensjahr.

Wir beginnen die heutige Sitzung mit dem Tagesordnungspunkt 10, das ist die Fortsetzung der Aktuellen Stunde.

Ich sehe zunächst aber einen **Geschäftsordnungsantrag** der CDU-Fraktion. Carina Hermann!

(Ulrich Watermann [SPD]: Nicht schon wieder! - Gegenruf von Sebastian Lechner [CDU]: Doch, Uli, das ist schon wieder der Fall! - Ulrich Watermann [SPD]: Wir müssen es wieder so abtropfen lassen!)

Carina Hermann (CDU):

Bevor Sie wissen, was ich sage?

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Zu den Vorfällen rund um die "Reichsbürger"-Szene wird es heute zwar noch eine Aktuelle Stunde geben. Wir alle wissen aber, dass eine Aktuelle Stunde dem Meinungsaustausch von Abgeordneten dient, nicht aber der sachlichen Darstellung eines Polizeieinsatzes und von dessen Hintergründen durch die Landesregierung. Die CDU-Landtagsfraktion hätte deshalb von der Landesregierung erwartet, dass sie zu diesen dramatischen Vorkommnissen auch hier im Land Niedersachsen proaktiv unterrichtet, und zwar in diesem Landtag.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb beantrage ich für die CDU-Landtagsfraktion eine Unterrichtung durch die Landesregierung nach Artikel 25 Abs. 1 der Niedersächsischen Verfassung und eine entsprechende Erweiterung der Tagesordnung.

Die "Reichsbürger"-Szene stellt eine große Gefahr für unseren Rechtsstaat und unsere Demokratie dar. Sie bedroht Vertreter des Staates mit Gewalt, greift Amtsträger an und hat bereits nachweislich selbst vor Morden nicht haltgemacht. Der Schlag gegen die "Reichsbürger"-Szene in der vergangenen Woche ist ein Erfolg der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern. Der Einsatz war, wie zu lesen ist und wie Stellen des Bundes im Rahmen des Möglichen transparent berichten, von langer Hand und in intensiver Zusammenarbeit von Staatsanwaltschaft, Verfassungsschutzbehörden und der Polizei vorbereitet worden.

Der Dank der CDU-Fraktion gilt allen Beamtinnen und Beamten, die an der Vorbereitung und der Durchführung des Einsatzes gegen die "Reichsbürger"-Szene beteiligt waren.

(Ulrich Watermann [SPD]: Das ist ein Geschäftsordnungsantrag und kein Redebeitrag!)

Frau Ministerin Wahlmann, Herr Minister Pistorius, die Öffentlichkeit und wir, die Abgeordneten, haben einen Anspruch auf maximale Transparenz im rechtlich und ermittlungstaktisch vertretbaren Umfang. Der Deutsche Bundestag und der Generalbundesanwalt haben vorgemacht, wie es gehen kann: Im Rechtsausschuss auf Bundesebene ist in öffentlicher Sitzung entsprechend informiert worden.

Verehrte Landesregierung, was in Berlin möglich ist, muss doch auch hier in Niedersachsen möglich sein - und das nicht nur im Rahmen einer Aktuellen Stunde und auch nicht nur im Rahmen der vertraulichen Sitzung des Innenausschusses, den der Innenminister gestern noch nicht einmal persönlich unterrichtet hat.

(Ulrich Watermann [SPD]: Das dürfen Sie gar nicht erzählen! Das war vertraulich!)

- Das steht in der Presse. Das haben Sie heute gelesen.

Es muss den Abgeordneten aller Fraktionen die Möglichkeit gegeben werden, allgemeine Fragen zu stellen. Dies ist aber im Rahmen der Aktuellen Stunde nicht möglich.

Herr Minister Pistorius, wir wollen erfahren, in welchem Zusammenhang niedersächsische "Reichsbürger" und AfD-Mitglieder an dem aufgehobenen Netzwerk beteiligt sind.

(Zurufe von der AfD: CDU-Mitglieder!)

Wir wollen wissen, Herr Minister, wie bedrohlich die Lage des Staates für die niedersächsischen Bürgerinnen und Bürger ist, und wir wollen wissen, Herr Minister Pistorius, ob und wann Sie persönlich Kenntnis von den Vorfällen in Niedersachsen hatten, wann Ihre nachgeordneten Behörden entsprechend informiert worden sind, wann Chatverläufe bekannt geworden sind und wann Sie und Ihr Haus in diesem Zusammenhang was veranlasst haben.

Natürlich ist uns klar, Herr Minister, dass Sie in öffentlicher Sitzung keine Details der Ermittlungsmaßnahmen offenlegen können. Was wir aber erwarten, ist, dass Sie sich zu diesen Vorgängen öffentlich in diesem Hause erklären. Die CDU-Fraktion beantragt deshalb diese Unterrichtung und setzt auf die Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen.

(Ulrich Watermann [SPD]: Pustekuchen!)

Auch Ihnen sollte doch eine transparente Unterrichtung durch die von Ihnen getragene Landesregierung in öffentlicher Sitzung, soweit das rechtlich möglich ist, ein Anliegen sein. Angesichts der Tragweite der Vorkommnisse ist das aus unserer Sicht angemessen.

Herzlichen Dank.

(Starker Beifall bei der CDU)

Präsidentin Hanna Naber:

Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Stefan Politze.

(Ulf Thiele [CDU]: Dann wollen wir mal sehen, ob der Innenminister souverän genug ist, das zu machen! - Gegenruf von Ulrich Watermann [SPD]: Der ist Gott sei Dank genauso regierungserfahren, wie Sie es mal waren!)

Stefan Politze (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Thiele, manchmal hat man das Gefühl, dass Teile der CDU-Fraktion in der gestrigen Sitzung nicht anwesend waren.

(Beifall bei der SPD)

Gestern hat eine umfangreiche Unterrichtung im Innenausschuss stattgefunden.

(Sebastian Lechner [CDU]: Vertraulich!)

Wir teilen Ihre Sorge, was die "Reichsbürger"-Szene anbelangt. Aber alles das, was im Innenausschuss berichtet worden ist, hätte der Minister genauso im Innenausschuss berichtet. Von daher gibt es nichts, was ergänzt werden muss.

Wir lehnen Ihren Antrag auf Unterrichtung hier heute ab

(Widerspruch bei der CDU - Christian Fühner [CDU]: Wovor habt ihr denn Angst? - Gegenruf von Ulrich Watermann [SPD]: Wir haben keine Angst, wir sind nur regierungserfahren! Ihr habt eure Regierungserfahrung irgendwie verloren!)

und verweisen Sie darauf, dass Sie den ordentlichen Weg in den Gremien wählen - weil es nichts anderes zu unterrichten geben würde, was nicht auch gestern unterrichtet worden ist.

(Beifall bei der SPD - Ulrich Watermann [SPD]: Es gibt halt welche, die verlieren ihre Regierungsverantwortung innerhalb von Tagen!)

Präsidentin Hanna Naber:

Herr Watermann!

Dem Antrag der CDU-Fraktion wurde widersprochen.

Wir setzen die Sitzung mit dem Tagesordnungspunkt 10 fort, das ist die Fortsetzung der Aktuellen Stunde. Anschließend setzen wir die Beratungen in der Reihenfolge der Tagesordnung fort. Die heutige Sitzung soll gegen 13.30 Uhr enden.

Die mir zugegangenen Entschuldigungen teilt Ihnen nunmehr die Schriftführerin Frau Evers mit.

Schriftführerin Lara Evers:

Einen schönen guten Morgen auch von meiner Seite! Es haben sich entschuldigt: von der Fraktion der SPD Wiard Siebels, von der Fraktion der CDU Alexander Wille, Veronika Bode, Karl-Ludwig von Danwitz und von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Rashmi Grashorn.

Präsidentin Hanna Naber:

Herzlichen Dank.

Tagesordnungspunkt 10:

Aktuelle Stunde

Wie bereits gestern angekündigt, setzen wir die Aktuelle Stunde heute mit den Anträgen der Fraktion der AfD und der Fraktion der SPD fort.

Ich eröffne die Besprechung zu:

a) Der Inflation auf allen Ebenen entschlossen entgegentreten - Antrag der Fraktion der AfD - Drs.
 19/129

Das Wort hat der Abgeordnete Peer Lilienthal.

(Beifall bei der AfD)

Peer Lilienthal (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Vor 14 Tagen haben wir an dieser Stelle über den Nachtragshaushalt beraten, einen Nachtragshaushalt, der erstens wegen des Regierungswechsels nötig geworden ist und zweitens - und da bestand Einigkeit -, weil die Inflation Handeln erfordert hat, ein Handeln, das dieser Landtag auch umgesetzt hat.

Ich möchte voranstellen, dass ich allen Fraktionen hier, sowohl den regierungstragenden als auch uns als Opposition, abnehme, dass wir authentisch und glaubhaft daran gearbeitet haben, die Auswirkungen der Inflation abzumildern, jeder halt auf seine Weise. Ich finde es auch richtig, dass wir einen Gegenentwurf vorgelegt haben. So muss das auch sein. Eine Opposition hat die Aufgabe, einen Gegenentwurf vorzulegen.

Was wir aber ausgespart haben - und deshalb haben wir heute diese Aktuelle Stunde beantragt -, ist im Grunde genommen die Ursache. Wir haben viel über Probleme und über Maßnahmen gesprochen, wie man diese Auswirkungen kompensiert, sind aber tatsächlich nicht zum Kern des Problems, zu den Ursachen der Inflation vorgedrungen.

Wir meinen, dass das dringend erforderlich ist, denn wir können hier nicht alle drei Monate eine Nachtragshaushaltsberatung machen. Wir müssen doch als Parlament, auch als Landesparlament, das natürlich geringere Möglichkeiten des Eingriffs auf die Weltpolitik hat, dieses Thema diskutieren.

Ich will das mal an einem Beispiel ganz greifbar machen: Selbstverständlich kann man sich hier jede Woche darüber unterhalten, welche Tafelinstitution nun wie viel Geld bekommt. Aber in einer Industrienation wie Deutschland, einer der reichsten Nationen auf diesem Globus, ist es doch eine Schande,

dass es diese Tafeln überhaupt geben muss, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Ich komme zu den Gründen, die ja zumindest im Rahmen der Haushaltsberatungen immer wieder mit Hinweis auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine angerissen wurden.

Da bin ich eigentlich völlig bei Ihnen. Wenn man sich die Teuerung anschaut, dann ist es doch völlig klar, dass der Energiesektor einer derjenigen Sektoren ist, der diese Preissteigerungen maßgeblich vorantreibt. Meine Schlussfolgerung daraus ist, dass die Energieversorgung Deutschlands in erster Linie unabhängig von einem einzigen Lieferanten werden muss. Das war in der Vergangenheit Russland. Wir haben erkannt - und da sind wir bei Ihnen -, dass das ein Fehler war. Ein Fehler ist es aus meiner Sicht auch, jetzt vom nächsten Monokulturanbieter abhängig zu werden und LNG aus den USA und Katar zu beziehen. Das ist im Grunde genommen wieder eine Abhängigkeit. Im Übrigen führt Katar schon seit Langem unter saudi-arabischer Führung einen Angriffskrieg gegen den Jemen. - So weit nur mal zur Moral der Geschichte.

(Beifall bei der AfD)

Dass diese Inflation nicht ausschließlich durch den Krieg getrieben ist, sehen Sie übrigens auch daran, dass sie seit Anfang 2020 zunehmend gestiegen ist, ganz besonders ab dem Jahr 2021. Da war mit einem Krieg Russlands gegen Ukraine noch nichts. Aber was war noch mal Anfang 2020 und im Jahr 2021? Richtig, die Corona-Politik. Man muss doch ganz klar konstatieren, dass das Zerschlagen der Warenströme, dass das Zerschlagen der Dienstleistungsströme auch in Niedersachsen Waren verknappt und damit natürlich die Inflation befeuert hat. Wir müssen so ehrlich sein, das nachbetrachtend einzuordnen und zu sagen: Das war falsch. Wir haben als Politik vielleicht übermäßig auf diese Corona-Pandemie reagiert und die Maßnahmen überzogen. Erinnern Sie sich daran, dass man in Hannover-Stadt nicht mal auf einer Bank sitzen und ein Fischbrötchen essen konnte? Das ist mir selber passiert. Die Polizei hat mich darauf hingewiesen, dass das nicht zulässig ist. Solche Phasen gab es.

Heute, wie die Faust aufs Auge passend zur Aktuellen Stunde, hat sich der Handelsverband eingelassen und dargestellt, wie wenige Filialen, wie wenige Geschäfte es noch in der Fläche gibt. Von daher: Da müssen wir ehrlich sein, auch ehrlich mit

dem Bürger umgehen und sagen: Das war ein Fehler, der so nie wieder passieren darf.

(Beifall bei der AfD)

Der dritte und aus meiner Sicht wichtigste Inflationstreiber ist aber - und das ist für Sie ein unbequemes Thema, weil wir da wirklich eine fundamental andere Meinung haben -, dass wir als Staat, als Deutschland eine souveräne Geldpolitik brauchen. Wir haben eine Europäische Zentralbank - wir haben ein Eurosystem -, die es einfach nicht schafft, mit seiner Geldpolitik auf die Besonderheiten der Staaten einzugehen. Wir haben in den letzten zehn Jahren fast eine Verdoppelung der Geldmenge im Währungsraum. Dass eine höhere Geldmenge bei nicht angepasstem Wirtschaftswachstum dazu führt, dass wir eine Inflation haben, ist doch völlig

Deshalb, meine Damen und Herren: Ob heute, ob morgen oder ob in fünf Jahren - wir müssen aus diesem Eurosystem raus.

(Beifall bei der AfD)

Ob die Lösung in einer nationalen Währung oder in einer Verkleinerung des Eurowährungsraums auf ähnlich leistungsfähige Staaten liegt, lasse ich offen. Aber es ist doch eines klar: Dieser Euro wirkt für unsere Wirtschaft, wirkt für unsere Ökonomie wie ein Mühlstein und zieht uns runter. Lassen Sie uns zu souveräner Geldpolitik zurückkehren! Lassen Sie uns dieses Experiment beenden, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der AfD)

Jetzt freue ich mich darauf, zwischen zwei "Reichsbürger"-Themen über Ihre Sichtweisen auf diese Inflation zu hören und bedanke mich.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank. - Für die Fraktion der SPD erteile ich der Abgeordneten Dr. Liebetruth das Wort.

Dr. Dörte Liebetruth (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Wir treten der Inflation auf allen Ebenen entschlossen gegenüber, und zwar nicht erst wegen der heutigen Aktuellen Stunde.

Bevor ich darauf zu sprechen komme, wie Rot-Grün in Niedersachsen, wie die Ampelregierung im Bund oder wie die Europäische Zentralbank die Inflation entschlossen bekämpfen, will ich eines festhalten: Eine Hauptursache der Inflation liegt eben in den steigenden Energiepreisen. Es wurde angesprochen. Diese Steigerung hat zwar nicht nur, aber zuallererst Putin mit seinem völkerrechtswidrigen brutalen Angriffskrieg auf die Ukraine zu verantworten.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Bis heute fehlt von Ihnen, von der AfD, eine klare Absage an Putin, an diesen Diktator, der die Energie und auch die Inflation als Waffe gegen unsere Demokratie und gegen unsere Freiheit einsetzt. Mit der Inflation will Putin den Preis unserer Freiheit hochtreiben. Und eines sage ich Ihnen: Wir treten dem entschlossen entgegen. Wir sind solidarisch mit den Menschen in der Ukraine.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Wir sind aber gleichzeitig solidarisch mit denen, die bei uns im Land am meisten unter den steigenden Preisen zu leiden haben. Was machen Sie von der AfD? Noch im September hat Ihre Partei im Bundestag gefordert, dass die Embargomaßnahmen gegen Russland umgehend beendet werden müssten, damit insbesondere wieder mehr Gas nach Deutschland fließe, usw.

(Zuruf von der AfD: Und die eigene Wirtschaft nicht zerstört wird!)

So funktioniert das nicht.

(Zuruf von der AfD: So, wie Sie es machen, auch nicht!)

Denn Putin ist die Hauptursache des Problems, niemand sonst. Sie von der AfD versuchen mal wieder, Ursache und Wirkung zu verdrehen und den Bürgerinnen und Bürgern Sand in die Augen zu streuen.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Dem treten wir genauso entschlossen entgegen wie der Inflation selbst. Die neue Landesregierung und auch die Bundesregierung tun alles dafür, dass Energie bezahlbar bleibt und dass wir alle gut durch den Winter kommen. Die Bundesregierung federt mit Preisbremsen für Strom, Gas und Wärme, aber auch mit Entlastungen für die Besitzer von Öl-, Pellet- und Flüssiggasheizungen die steigenden Energiekosten und die Folgen für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie für Unternehmen ab.

Präsidentin Hanna Naber:

Frau Abgeordnete Liebetruth, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Lilienthal zu?

Dr. Dörte Liebetruth (SPD):

Nein, ich möchte im Zusammenhang ausführen.

Präsidentin Hanna Naber:

Bitte!

Dr. Dörte Liebetruth (SPD):

Die bisher drei Entlastungspakete des Bundes haben ein Volumen von fast 100 Milliarden Euro. Dazu kommt der Abwehrschirm mit den Energiepreisbremsen von 200 Milliarden Euro. Diese Entlastungen stellen die umfangreichsten Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger seit Bestehen der Bundesrepublik dar.

Nun zu uns hier in Niedersachsen. Ich bin Ministerpräsident Stephan Weil dankbar, dass er bereits im Sommer das Bündnis "Gemeinsam durch die Energiekrise" mit Gewerkschaften, Arbeitgebern, Kirchen, Kommunen und Energieversorgern angestoßen hat; denn den aktuellen Krisen begegnen wir am wirkungsvollsten gemeinsam.

Dieser Landtag hat wenige Tage nach Beginn der neuen Wahlperiode ein Sofortprogramm von einer knappen Milliarde Euro auf den Weg gebracht, mit dem wir die Folgen der Inflation für Betroffene bei uns abmildern. Das war Ihnen doch viel zu schnell. Wir sind entschlossen. Wir handeln schnell und entschlossen, während Sie das Ganze in die Länge ziehen wollen.

Ich nenne Beispiele aus diesem Sofortprogramm: Das sind 55 Millionen Euro für kommunale Härtefallfonds, damit niemand in Niedersachsen diesen Winter eine Strom- oder Gassperre fürchten muss.

(Zuruf von der AfD: Wie viel ist davon ausgezahlt?)

Es sind 200 Millionen Euro, um kleine und mittlere Unternehmen in dieser schwierigen Lage mit steigenden Rohstoffpreisen zu unterstützen, und es sind 200 Millionen Euro für die kommunalen Schulund Kita-Träger, damit die Preise für das Essen in Kitas und Schulen gleichbleiben können und die Energiekosten gedeckelt werden.

Die genannten Summen, aber auch das Tempo hier in Niedersachsen zeigen: Wir treten der Inflation und ihrer Hauptursache entschlossen entgegen. Wir gehen gemeinsam durch die Krisen. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, steigende Energiepreise, der Klimawandel und auch die Inflation erfordern eben kluges Krisenmanagement, mutige politische Weichenstellungen und Gemeinsamkeit. Der Europäische Binnenmarkt ist der Garant unseres Wohlstands

(Beifall bei der SPD)

und ist dafür genau Teil der Lösung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Ich komme zum Schluss: Bei uns ist das Land in guten Händen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Grant Hendrik Tonne [SPD]: Damit ist alles gesagt!)

Präsidentin Hanna Naber:

Für die Fraktion der CDU Claus Seebeck, bitte!

(Beifall bei der CDU)

Claus Seebeck (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Globale und nationale Notlagen sowie selbst verschuldete Versäumnisse stellen den Zusammenhalt unseres Landes auf den Prüfstand. Die Inflationsrate in Deutschland hat im November voraussichtlich 10,4 %, im Jahresschnitt fast 8,5 % betragen. Die Bürgerinnen und Bürger haben schlichtweg Angst, dass ihr schwer erarbeitetes Geld erheblich an Wert verliert. Und glauben Sie mir, ich weiß, wovon ich rede. Meine Wurzeln liegen in der Gastronomie, einer Branche, die sehr nah an den Menschen ist.

Die Rekordinflation drückt nicht nur auf das Gemüt der Gastronomen, sondern auch auf das der Menschen, mit denen wir täglich im Austausch sind. Verzehr, Feierlaune und Konsumbereitschaft der Gäste sind stark gedämpft. Die Menschen tasten sich sehr zurückhaltend an feste Buchungen heran. Sie wissen nicht, ob und wie diese Preissteigerungen weitergehen.

Viele private Haushalte und Unternehmen wissen auch gar nicht, wie diese Entwicklung abgefedert werden soll. Das bedeutet, betriebliche und private Feiern werden genauso wie Restaurantbesuche abgespeckt oder fallen ganz aus. Die Energiepreise schießen in die Höhe, die Lebensmittelkosten ziehen an, und die Menschen schränken ihren Konsum ein. Über 50 % der Gastronomiebetriebe in Niedersachsen bangen - leider Gottes wieder einmal - in diesem Krisenwinter um ihre Existenz - und das ganz besonders in den ländlichen Räumen.

Die Frage ist ja zunächst: Woher kommt die Inflation in diesem Ausmaß, und was können wir dagegen tun? Die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank ist viel zu zögerlich, viel zu wenig am eigentlichen Auftrag der EZB orientiert, die Geldwertstabilität im Euroraum zu gewährleisten. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen der AfD, wir brauchen den Euro, und wir brauchen den europäischen Wirtschaftsraum, um auch weltweit konkurrenzfähig zu bleiben.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Diese Politik führt dazu, dass seit fast einem Jahrzehnt der Finanzmarkt mit frischem Geld zu geringen Zinsen nahezu überschwemmt wird. Klare Zielrichtung: den Konsum antreiben. Was im ersten Moment gut für Staat, Wirtschaft und Unternehmen, also Steuern, Umsatz und das Portemonnaie, scheint, zeigt sich langfristig als Treiber der Inflationsrate, und das leider direkt nach oben.

Auf Bundesebene werden die Themen Energiekosten, Lieferkettenengpässe und Nahrungsmittelsicherheit seit inzwischen über neun Monaten von der Bundesregierung vor sich hergeschoben. Kurzfristig gemachte Energiekostenzuschläge sind keine langfristige Lösung gegen steigende Preise. Jetzt müssen die Energiepreisbremsen unbedingt greifen.

Lieferketten für dringend benötigte Güter und Materialien müssen gesichert und durch den Aufbau eigener Strukturen gewährleistet werden, und, meine sehr geehrten Damen und Herren, die heimische Landwirtschaft muss gestärkt werden. Die weitere Stilllegung von Ackerflächen gehört ausgesetzt, der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln muss ermöglicht, und die bürokratischen Vorgaben aus dem Hause des Bundeslandwirtschaftsministers müssen reduziert werden.

(Beifall bei der CDU)

Die Produktion von heimischen Lebensmitteln in benötigter Menge und zu fairen Preisen für alle Beteiligten muss oberste Priorität haben.

Auch der momentan eingeschlagene Weg der Bundesregierung mit Schuldenaufnahmen in Rekordhöhe heizt die Inflation leider weiter an. Die Einhal-

tung der Schuldenbremse muss Ziel der Finanzpolitik sein. Wir dürfen nicht wieder zurückfallen in die Zeiten, in der die Politik vieles auf dem Rücken der kommenden Generationen ausgetragen hat.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hohe Inflation und Staatsverschuldung sind ein gefährliches, wenn nicht sogar toxisches Gemisch. Ein angepasster Grundfreibetrag bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer ist ebenso notwendig wie aktive Maßnahmen gegen die kalte Progression. Deshalb muss das "Mehr Netto vom Brutto" durch Steuererleichterungen für die arbeitende Bevölkerung unbedingt erreicht werden. In diesen Themenfeldern muss die Bundesregierung unbedingt schneller, konkreter und ideologiefreier werden, um unseren Bürgerinnen und Bürgern zu helfen und sie zu entlasten - wie übrigens bei vielen anderen Themen auf Bundesebene auch.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Jahr 2023 wird ein sehr schweres Jahr werden, aber es bietet uns auch Chancen, nämlich dann, wenn wir es schaffen, offen und ehrlich über komplexe Sachverhalte zu diskutieren und positiv an die ganze Geschichte heranzugehen.

Lösungen und Akzeptanz werden wir nur dann bekommen, wenn wir dies als gesamtgesellschaftliche und gesamtpolitische Aufgabe verstehen. Wir alle, die in demokratischer Verantwortung stehen, müssen nötige Entlastung für die Bürgerinnen und Bürger schaffen. Wir müssen gemeinsam entschlossen handeln.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker Beifall bei der CDU)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Kollege Seebeck. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Sina Beckmann das Wort.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sina Maria Beckmann (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! 10 % - so hoch ist unsere aktuelle Inflation. Und ja, das ist sehr hoch. Solche Zahlen kennen die meisten von uns gar nicht mehr. In Erinnerung geblieben ist wohl vielen die Inflation in den 70er-Jahren. Schuld daran war damals die Ölkrise. Teures Benzin und autofreie Sonntage waren die

Folge. Und nun haben wir wieder eine Inflation - zweistellig.

Die Gründe dafür sind vielfältig und vielschichtig. Denn die steigende Inflation war ja nicht plötzlich da, sie entwickelte sich. Es wurde in den vergangenen Jahren viel outgesourct. Systemrelevante Betriebszweige verlagerten sich ins Ausland. Unternehmen und vor allem Arbeitskräfte - das merken wir jetzt immer mehr - wanderten ab und fehlen uns. Und was ist die Folge? Medizinische Produkte z. B. werden kaum noch in Deutschland hergestellt. Die Corona-Pandemie hat uns das leider eindrucksvoll gezeigt. Nicht einmal Masken bekamen wir hier, von Medikamenten will ich gar nicht reden. Gleiches gilt für Elektronikchips, Solarmodule oder Rotorblätter für Windkraftanlagen. Der letzte Produzent hat uns erst dieses Jahr verlassen aufgrund mangelnder Unterstützung.

Und was kümmert uns das alles? Naja, knappe Güter und Dienstleistungen lassen die Preise steigen. Die Corona-Pandemie hat den Welthandel ausgebremst. Es gab Arbeitskräfteausfall, Transportprobleme und Lieferengpässe, und die gibt es immer noch. Das führt zu erhöhten Preisen. Immer noch hat China immense Lieferprobleme, weil das Land bis zuletzt an der Null-Covid-Strategie festgehalten hat. Und genau das spüren wir natürlich in der heimischen Wirtschaft.

Auch die Mehrwertsteuer, die als Reaktion auf die Corona-Pandemie und die Lockdowns 2020 teilweise gesenkt und dann 2021 wieder auf ihr normales Niveau angehoben wurde, hat ihren Anteil an der Inflation mit 0,5 bis 1 %.

Ein weiterer wichtiger Treiber der Inflation sind die gestiegenen Energiekosten, die sogenannte Fossilflation. Gas und andere fossile Brennstoffe und dadurch auch der Strom, der damit produziert wird, hatten sich ja schon im letzten Jahr bei den Haushalten um knapp 5 % verteuert. Und das war vor dem Einmarsch Russlands in die Ukraine.

Die schlimmsten Auswirkungen der Pandemie waren also im letzten Jahre überstanden, die Produktion zog wieder an. Man brauchte mehr Gas. Allerdings waren die Gasspeicher auch weniger gefüllt als üblich, und dazu kam ja noch die geringere Liefermenge aus Russland - auch vor dem Krieg. All das ließ die Erdgaspreise auf Höchststände klettern. Vielleicht erinnern Sie sich noch: In 2020 haben wir 20 Euro pro Megawattstunde bezahlt, letzten Dezember 180 Euro, jetzt sind wir bei 150 Euro.

Seit diesem Jahr hat sich die Energiesituation noch einmal verschärft. Russland führt Krieg gegen die Ukraine, und dieser Krieg erfordert richtigerweise ein Umdenken in unserer Energiepolitik - ein Feld, das wir sehr lange vernachlässigt haben. Ja, wir haben da gepennt. Wir haben völlig zu Recht russische Kohle, russisches Öl und Gas sanktioniert und müssen neue Wege gehen. Zum Beispiel importieren wir LNG.

All diese Umstände lassen die Preise steigen - steigende Preise für Energieträger, für Lebensmittel und auch für andere Produkte und für Dienstleistungen. Das ist bitter, das belastet die Menschen, und es fordert die Politik, also uns alle, auf, zu handeln. Genau das macht die Ampel in Berlin seit über einem Jahr. Denn sie hat eine beginnende Inflation geerbt, die sich mit dem Krieg weiter verschlimmert hat, und musste geeignete Maßnahmen finden, um die Verbraucherinnen und Verbraucher zu unterstützen.

Und sie hat geliefert - z. B. mit dem 9-Euro-Ticket, das wir im nächsten Jahr ab März mit dem 49-Euro-Ticket fortsetzen,

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

mit der Gas- und Strompreisbremse, die horrende Energiepreise dämpft, und auch mit dem Kinderbonus, der Familien entlastet.

Auch unsere rot-grüne Landesregierung hier macht viel, um der Inflation entschlossen entgegenzutreten. Nach noch nicht einmal einem Monat im Amt legt unser Finanzminister Heere einen Nachtragshaushalt mit einem gut 1 Milliarde Euro starken Sofortprogramm vor, um die Menschen in Niedersachsen zu entlasten:

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

mit Geld, um das Kita-Essen auf bezahlbarem Niveau zu halten, mit finanzieller Unterstützung für Vereine, Studierendenwerke oder auch für den Kulturbereich. Vor 14 Tagen haben wir alle hier zusammen das beschlossen. Die ersten Gelder fließen im Dezember, und das ist wichtig.

Auf allen Ebenen handelt Politik entschlossen, schnell und unterstützt so die Bürgerinnen und Bürger. Nicht zuletzt hat doch der rasante Bau des LNG-Terminals in Wilhelmshaven gezeigt, wie zügig und konkret Politik Pläne umsetzen kann. So soll und muss es weitergehen: bei der Digitalisierung, bei Investitionen in die Schule und in die Schiene,

bei der energetischen Sanierung und natürlich auch beim Ausbau von erneuerbaren Energien für günstige und grüne Energie.

Wir müssen den Investitionsstau endlich beenden und die neue Niedersachsen-Geschwindigkeit beibehalten. Lassen Sie uns der Inflation mit Innovation und Wirtschaftskraft entgegentreten! Packen wir es an!

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsidentin Hanna Naber:

Herzlichen Dank. - Für die Landesregierung erteile ich das Wort Minister Olaf Lies.

Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind wir in einer Zeit, die wir, glaube ich, so noch nicht erlebt haben. Die Summe der Krisen, die gleichzeitig vorhanden sind und die wir auch gleichzeitig bewältigen müssen, ist enorm.

Ich will mit der großen Krise, in der wir stecken und die wir auch bewältigen müssen, anfangen. Wir sind mitten in der Klimakrise und stehen vor der Herausforderung, dass wir die Auswirkungen, die wir gerade bei der wirtschaftlichen Situation spüren, in den Griff bekommen müssen, ohne dass wir den nötigen Umbau der Gesellschaft, der Wirtschaft, der Industrie beim Thema Klimaschutz bremsen dürfen. Das ist eine Herausforderung, in der unser Land in dieser Dimension noch nie gewesen ist.

Das bedeutet aber auch, dass wir die Krisen hinsichtlich der Situation noch einmal in den Blick nehmen müssen. Die Corona-Krise hat tatsächlich erhebliche Auswirkungen. Ich will aber eines deutlich machen: Das, was wir in Deutschland gemacht haben, der Umgang mit Corona, die Frage, wie wir Menschenleben beschützt haben, war die richtige Entscheidung, und es war gut, dass wir eine so besonnene Corona-Politik gemacht haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Ich bin mir übrigens nicht sicher - wir sprachen gerade darüber -, ob die Politik, die China gemacht hat, so klug ist, also eine Null-Covid-Strategie jetzt wieder zu öffnen. Wir alle wissen nicht, was das wieder für Auswirkungen auch angesichts des Impfstatus haben wird, d. h. wir sind nicht allein beeinflusst

von den Fragen, wie wir handeln - das war besonnen -, sondern wir sind auch beeinflusst von den Fragen, wie andere Länder damit umgehen.

Wir haben das Thema der Kriegssituation. Auf den schrecklichen Angriffskrieg auf die Ukraine darf es keine andere Antwort geben als ein klares Embargo mit klaren Sanktionen und einer Unterstützung der Ukraine. Wir machen uns nicht mit dem Aggressor gemein, wir unterstützen diejenigen, die angegriffen werden. Das ist die politische Botschaft von uns, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Ich bin nicht sicher, ob es die Folge unseres Handelns ist oder nicht der Plan sowieso war: Während es diesen schrecklichen, sichtbaren Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine gibt, gibt es einen Energie- und Wirtschaftskrieg gegen Europa; denn die Tatsache, dass von Beginn an die Mengen an russischem Gas reduziert wurden, unabhängig von der Frage des Embargos, sind ein Signal dafür, dass völlig klar war, dass die Abhängigkeit, in die wir uns begeben haben, ein Instrument für Russland gewesen ist, gegen Europa zu agieren und Europa unter Druck zu setzen.

Deswegen ist es so wichtig, dass wir jetzt klare Antworten geben. Die Frage, die ich manchmal höre, ob das Embargo denn richtig sei und ob wir nicht wieder auf Gas zurückgreifen müssten, ist das völlig falsche Signal. Wir brauchen jetzt eine Unabhängigkeit. Wir müssen also unabhängig vom russischen Gas werden, unabhängig von wenigen werden, von denen wir importieren, und unabhängig dadurch werden, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien das zentrale Ziel dieser Landesregierung, aber auch dieser Bundesregierung ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Wir stehen aber auch vor noch größeren Herausforderungen mitten in dieser Krise. Wir haben also Corona, wir haben die Energiekrise, und gleichzeitig erleben wir, wie in anderen Ländern, in den USA z. B. mit dem Inflationsreduzierungsgesetz, gehandelt wird. Dort werden Milliarden in die Hand genommen, um Zukunftsinvestitionen zum Klimaschutz zu subventionieren.

Ich glaube, wir brauchen darauf eine kluge europäische Antwort. Die europäischen und die nationalen Antworten auf die Herausforderungen, den Umbau

der Industrie auch in dieser schwierigen Zeit zu bewältigen, wird nicht das Thema "Wir sparen", sondern das Thema "Wir investieren" sein. Wir müssen uns aus der Vielzahl der Krisen in eine zukunftsfähige Wirtschaft in unserem Land herausinvestieren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Wir müssen dabei sehr sauber die Ziele definieren, und die sind sehr an den Problemen ausgerichtet, nämlich besonders an der Klimasituation, die wir haben.

Ich will einen anderen Aspekt betrachten; deswegen habe ich Europa genannt. Der Eindruck entsteht, dass ein Mitgliedstaat Deutschland als Nationalstaat anders handeln und besser reagieren könnte als ein geeintes Europa. In keiner Zeit wie dieser wird deutlich, warum wir ein so starkes geeintes Europa brauchen und keinen Abstand davon nehmen dürfen,

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

warum ein starkes, geeintes Europa auch herausfordernd ist, um z. B. dem Handel in Asien oder auch dem Handel in den USA zu begegnen; auch das wird ein Mitgliedstaat allein nicht können. Ganz ehrlich: Deutschland ist einer der größten Profiteure des geeinten Europas. Dass wir uns da von dannen machen, ist völlig falsch.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Präsidentin Hanna Naber:

Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Lilienthal zu?

Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung:

Nein.

(Zustimmung bei der SPD - Zurufe von der AfD: Oh!)

Wir ergreifen die notwendigen Maßnahmen. Wir haben es vorhin gehört - Sina Beckmann hat es angesprochen -, die Frage des LNG-Terminals, den wir nutzen. Wir wollen - und das ist der Punkt - eben nicht verharren, indem wir das ersetzen, was wir gestern genutzt haben, sondern das, was wir heute bauen, sind Zukunftsinvestitionen. Ich habe mehrfach gesagt, dass das, was wir dort bauen, also die LNG-Importterminals, ein Sprungbrett in eine klimaneutrale Zukunft ist, ein Sprungbrett in eine Zeit, in

der wir nicht von wenigen Ländern, die fossiles Gas produzieren, abhängig sind, sondern auf viele Länder zurückgreifen können, die erneuerbare Energien produzieren und grünes Gas exportieren können. Das ist die Zukunftspolitik, die Landes- und Bundesregierung angehen, nicht das sichern, was gestern war, sondern Zukunftspolitik machen, um unabhängiger zu werden. Das ist unser Anspruch!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Abschließend: Es ist eine extrem schwierige Situation für die Menschen in unserem Land, die sich riesige Sorgen machen. Das ist nachvollziehbar, und darauf muss ein Staat reagieren. Ich bin sehr dankbar, dass wir in Deutschland einen starken Staat haben. Ich bin sehr froh darüber, dass wir eine verantwortungsvolle Bundesregierung haben, die mit einer Vielzahl von Programmen dafür gesorgt hat, dass wir durch diese Krise kommen können.

(Ulf Thiele [CDU]: Welche denn?)

Eine der ersten Aktionen war, dafür zu sorgen, dass Gasspeicher nicht mehr Marktinstrumente sind, sondern ihrer Aufgabe gerecht werden, nämlich Energie zu speichern. Das zeigt noch einmal, dass wir nicht alles dem Markt überlassen können.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

sondern das, was Daseinsvorsorge ist, muss auch in staatlicher Verantwortung sein.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Wir haben, was sowohl die Wirtschaftspakete als auch die Entlastung der Menschen durch das erste, das zweite und das dritte Entlastungspaket angeht, eine handlungsfähige Regierung gesehen, die reagiert. Wir haben mit den Strom- und Gaspreisdeckeln, die ab dem 1. Januar wirken, und der Entlastung in diesem Dezember ein starkes Signal. Dass wir das mal brauchen, war nicht klar, aber dass es nicht die Lösung für die Zukunft sein kann, ist uns allen bewusst.

Deswegen abschließend noch einmal: Wenn wir aus dieser Krise herauskommen, dann müssen wir unabhängig von den Energien werden, die wir heute importieren, dann müssen wir in die Wirtschaft investieren, dass sie zukunftsfähige Arbeitsplätze mit Blickpunkt Klimaneutralität schafft, und dann brauchen wir eine Gesellschaft, die weiß, dass es uns gelingen kann, mit einem starken Staat aus dieser Krise herauszukommen.

Unsere Aufgabe muss es sein, nach der Krise besser dazustehen als vor der Krise. Das ist die Herausforderung. Der stellen wir uns als Landesregierung mit den Hilfsaktionen, aber der stellt sich auch die Bundesregierung, und darüber bin ich sehr froh.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank. - Die AfD-Fraktion hat eine Restredezeit von 18 Sekunden und begehrt eine zusätzliche nach § 71 Abs. 3 der Geschäftsordnung. Sie haben anderthalb Minuten.

Peer Lilienthal (AfD):

Frau Präsidentin, vielen Dank. - Ich habe die Einlassung der Landesregierung als Anlass genommen, noch einmal kurz zu reden.

Dieses Herausinvestieren, sehr geehrter Herr Lies, ist ja theoretisch richtig. Theoretisch verstehe ich das auch. Ganz praktisch ist es aber so, dass Niedersachsen einen gigantischen Schuldenberg von 60 Milliarden Euro hat, und das liegt daran, dass unsere Vorgänger immer wieder in dieselben Parameter verfallen sind.

Wir werden in Zukunft bei steigenden Zinsen das Problem haben, dass die Zinslast des Landes uns so weit einschnürt, dass wir hier gar nicht mehr investieren können. Deshalb ist es quasi falsch herum gedacht.

Die Corona-Politik Deutschlands als besonnen zu bezeichnen, ist nun wirklich hanebüchen. Herr Minister, wir sind das einzige Land in Europa und vielleicht bald das einzige Bundesland in Deutschland, in dem die Leute in der S-Bahn noch mit einer Maske sitzen müssen.

(Beifall bei der AfD)

Hier von besonnen zu sprechen - - - Schauen Sie nach Schweden, schauen Sie nach Nordeuropa! Aber mittlerweile können Sie auch einmal im Uhrzeigersinn um Deutschland herum gucken:

(Ulf Thiele [CDU]: Das hat doch nichts mit Inflation zu tun!)

Das macht in dieser Form keiner mehr. Das sind - ob Sie es wollen oder nicht - Handelshemmnisse. Das ist einfach so.

Zu Russland - ich habe das schon gesagt -: Wir sind bei Ihnen. Das ist der Aggressor, und es war falsch, sich von denen abhängig zu machen, gar keine Frage. Aber Staaten wie Katar sind nicht weniger aggressiv. Die greifen im Moment unter saudi-arabischer Führung den Jemen an. Das ist auch nach UN-Auffassung ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg, nur weiter weg. Doch deshalb können wir davor nicht die Augen verschließen.

Wir müssen zu einer nationalen Energiepolitik zurückkehren. Dabei spielt - ich weiß, das wollen Sie nicht hören - die Kernenergie nun mal eine zentrale Rolle.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Hanna Naber:

Ich schließe hiermit die Besprechung zum Antrag der Fraktion der AfD und eröffne die Besprechung zu

b) Umsturzfantasien, Gewalt und Hass auf unsere Demokratie: entschlossenes Vorgehen gegen Reichsbürger und Verschwörungsideologen - politische Netzwerke entlarven! - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 19/130

Ich erteile für die Fraktion der SPD dem Abgeordneten Sebastian Zinke das Wort. Bitte!

Sebastian Zinke (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bewaffnete Einheiten besetzen den Bundestag und weitere Regierungsgebäude. Gewählte Abgeordnete werden verhaftet und abgeführt. Eine Reihe von Politiker*innen wird mit militärischen Mitteln ihrer Ämter enthoben und exekutiert. 280 bewaffnete Einheiten übernehmen im gesamten Land die Sicherheitsaufgaben und sichern den Staatsstreich ab. Ein selbsternannter Rat bildet eine Regierung, abgesichert durch militärische Einheiten. So oder so ähnlich haben sich die Mitglieder der terroristischen Vereinigung, gegen die am 7. Dezember 2022 eine der größten Razzien in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gelaufen ist, den Umsturz vorgestellt.

Was sich anhört wie eine Szenerie aus einem Roman von Volker Kutscher, die ja alle in den 20er-Jahren des letzten Jahrhunderts spielen, sollte tatsächlich Realität werden. Kein demokratischer Regierungswechsel, sondern ein Putsch gegen ein aus Sicht der Täter unliebsames System. Es sollte Schluss sein mit dem demokratischen Staat, wie wir ihn kennen, in dem alle Menschen gleich sind, jede und jeder mitwirken kann, in dem man Rücksicht nimmt und tolerant ist gegen Andersdenkende. Das Land, das uns 75 Jahre Frieden und Wohlstand gebracht hat, sollte der Geschichte angehören.

Meine Damen und Herren, dieser Staatsstreich ist nicht gelungen. Unser Rechtsstaat und unsere Sicherheitsarchitektur haben gewirkt. Die Pläne dieser Gruppierung sind frühzeitig erkannt worden. Die Ermittlungen sind - wie wir gestern in der Unterrichtung im Innenausschuss und im Verfassungsschutzausschuss gehört haben - sehr schnell gestartet und durchgeführt worden. Informationen sind auch mit Hilfe unserer eigenen Behörden zügig gesammelt worden. Die Gefahr ist rechtzeitig gebannt worden. Deshalb gilt ein großer Dank all denjenigen in den Sicherheitsbehörden, die so entschlossen angetreten sind und die Gefahr gebannt haben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Auch wenn wir gestern gehört haben, dass der Schwerpunkt der Gruppierung nicht in Niedersachsen lag und auch nicht der Schwerpunkt des Einsatzes war, so gilt der Dank genauso den Sicherheitskräften des Landes Niedersachsen und dem Innenministerium, auch weil jetzt klar wird, dass durch ein entschiedenes Vorgehen Beamte, die erkennbar Verschwörungstheorien und Verschwörungsorganisationen angehören, rechtzeitig aus dem Dienst entfernt worden sind und dass man sehr frühzeitig damit begonnen hat, unsere Sicherheitsbehörden, unsere Polizei stark und resilient gegen Einflüsse von Verschwörungstheoretikern und "Reichsbürgern" zu machen.

Das Programm "Polizeischutz für die Demokratie" ist dabei ein gutes Beispiel. Auch dafür gilt der Dank unserem Innenminister Boris Pistorius.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Meine Damen und Herren, alle gesellschaftlichen Schichten, alle Parteien sind über das Aufdecken dieser Pläne, die man nicht für möglich gehalten hat, entsetzt - alle bis auf die Vertreterinnen und Vertreter einer Partei und Fraktion in diesem Hause. Auch wenn wir gestern auf Nachfrage gehört haben, dass bei den Festgenommenen auch in Niedersachsen keine Parteimitgliedschaften festzustellen sind

(Jens-Christoph Brockmann [AfD]: Oh!)

- ja, warten Sie mal ab! -, so scheint es doch eine innere Verbindung zu denjenigen zu geben, die einen anderen Staat wollen und diesen Staat so sehr ablehnen.

(Jens-Christoph Brockmann [AfD]: Ein Wunschdenken!)

Damit wird klar, auf welcher Seite Sie stehen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich habe ja gestern schon den Facebook-Eintrag von Herrn Bothe zitiert, der davon spricht, dass es eine "auf Bestellung von den Medien hochgeputschte Realsatire" ist.

(Jens-Christoph Brockmann [AfD]: Hochgeputscht! Ha!)

Ich darf den Facebook-Beitrag von Herrn Höcke hier zitieren, der fragt:

"Putscht eigentlich eine Regierung, die einen Putsch inszeniert?"

Das zeigt doch, auf welcher Seite Sie stehen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie machen es selbst sehr deutlich.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Delia Klages [AfD]: Tja, wo er recht hat, hat er recht! - Glocke der Präsidentin)

Was folgt daraus, meine Damen und Herren? - Wir als demokratische Kräfte haben die Aufgabe, eine Brandmauer gegen diejenigen zu ziehen, die unsere Demokratie so sehr verachten. Dazu müssen die Netzwerke, die hinter diesen Personen stehen, aufgedeckt werden, Verflechtungen müssen aufgezeigt werden. Das geht nur mit einem starken Staat, mit einer starken Sicherheitsarchitektur.

Und - das will ich an der Stelle auch noch sagen, Frau Präsidentin, dann komme ich zum Schluss - wir brauchen auch eine starke und vielfältige Medienlandschaft,

(Zustimmung bei der AfD - Delia Klages [AfD]: Ja, genau, vielfältig!)

die in der Lage ist, der Bevölkerung komplexe Sachverhalte zu erklären und aufzuzeigen, dass unser

Staat ein starker Staat ist, der die Menschen in jeder Situation vor Unheil bewahrt.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Präsidentin Hanna Naber:

Herzlichen Dank. - Für die Fraktion der CDU spricht nun der Abgeordnete André Bock. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

André Bock (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Gestern fand die Unterrichtung im Innenausschuss - Herr Zinke hat es eben angesprochen - über die besagte bundesweit gelaufene Razzia in der letzten Woche statt. Wenn ich an dieser Stelle stehe, drei Jahre zurückdenke - 2019 - und mich erinnere, mit welchen Themen wir uns um diese Zeit - auch kurz vor Weihnachten - befasst haben, dann glaube ich, dass damals niemals daran gedacht hat, welche Entwicklungen die kommenden Jahre nehmen würden: angefangen bei einer großen Pandemie über Querdenker und Verschwörungstheorien bis hin zu einem Angriffskrieg in Europa mit menschenverachtenden Methoden, und nicht zuletzt kommt hinzu: ein Umsturzversuch in unserem Land, wenn vielleicht auch nicht unmittelbar bevorstehend, aber eben in Planung. Krude Gedankenspiele sollten offenbar in die Tat umgesetzt werden. So ist es gut, dass an dieser Stelle unser Rechtsstaat funktioniert hat.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir haben ja "Reichsbürgerinnen" und "Reichsbürger", wie sie tituliert werden, immer ein Stück weit als Spinner abgetan. Offenbar stellt sich jetzt etwas anderes heraus.

(Klaus Wichmann [AfD]: Es gibt ja auch gefährliche Spinner!)

Nochmals: Die Razzia war richtig, die großangelegte bundesweite Aktion und die Durchsuchungen und Verhaftungen auch. Unsere Sicherheitsbehörden und -dienste haben hier funktioniert, gute Arbeit geleistet. An dieser Stelle auch von unserer Fraktion ein ganz großer Dank, dass das so geklappt hat.

(Beifall bei der CDU)

Weil in den Medien auf verschiedenen Kanälen angesprochen wurde, ob das Ganze nicht eine gewisse Show war und einen Showcharakter hatte: Ja, man kann vielleicht die eine oder andere Frage stellen. Ich stelle zumindest die eine Frage, ob der Zeitpunkt vielleicht richtig gewählt war. Das müssen am Ende aber Fachleute beantworten. Denn die Dimension ist ja offensichtlich dermaßen groß, und es steckt vielleicht noch viel mehr dahinter, als wir heute ahnen. Die Untersuchungen laufen noch weiter. Insofern mache ich mir ein wenig Sorge, dass das eine oder andere verschleiert werden könnte.

Klar ist aber: Wer sich gegen die freiheitliche demokratische Rechtsordnung in diesem Lande - in Niedersachsen oder auch in Deutschland - stellt, der muss und der wird die volle Härte des Rechtsstaates zu spüren bekommen, egal, wo er steht. Ob auf der linken Seite, ob er rechts steht oder Querdenker ist, ob Corona-Leugner, ob aus religiösen Gründen oder aus Klimaschutzgründen - er oder sie bekommt die volle Härte dieses Staates zu spüren. Wir als Demokraten lassen das nicht zu.

(Beifall bei der CDU - Beifall bei der AfD - Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

"Reichsbürgertum" ist eben kein Spinnertum.

Zum Glück - Herr Zinke hat es gesagt - kann man immerhin sagen - das ist das Gute an dem ganzen Schlechten -: Niedersachsen ist kein Schwerpunkt der "Reichsbürger"-Szene. Gleichwohl müssen wir genau hinschauen, müssen wir genau nachfassen, auch als Parlament. Insofern war es auch richtig, dass die CDU-Fraktion die Sondersitzung mit sofortiger Unterrichtung des Innenausschusses und Verfassungsschutzausschusses beantragt hat, wenngleich, Herr Minister Pistorius, Sie nicht persönlich anwesend waren, Sie trotz dieser Dimension nicht mal bereit waren, das Parlament heute Morgen zu unterrichten.

Muss es denn so sein, dass wir alles nur aus der Presse erfahren? Muss es so denn sein, obwohl in der Presse vielleicht nicht alles klar und deutlich formuliert werden kann? Wäre es da nicht richtiger gewesen, das eine oder andere noch einmal aus Ihrer Sicht vernünftig darzustellen? Ich sage es einmal so: Bei jeder kleineren Maßnahme in der Vergangenheit - wenn eine Waffe bei der Polizei verschwunden ist -, waren Sie persönlich im Ausschuss und haben unterrichtet.

(Ulrich Watermann [SPD]: So ein Quatsch!)

Aber das Parlament heute hier nicht zu unterrichten, ist schon fast ein Skandal.

(Beifall bei der CDU - Beifall bei der AfD - Widerspruch von Ulrich Watermann [SPD])

- Herr Watermann, es geht um nicht weniger als Tötungslisten und viele andere Dinge mehr.

(Ulrich Watermann [SPD]: Nein! Sie sollen bei der Wahrheit bleiben!)

Es wäre richtig gewesen, wenn der Minister, sozusagen als oberster Verfassungsschützer, hierzu Rede und Antwort gestanden hätte und nicht nur im Rahmen einer Aktuellen Stunde. Wir werden, Uli Watermann, weiter genau hinschauen bei allem, was jetzt ansteht.

Es stehen nämlich noch weitere Fragen zur Klärung an: Wie viele Staatsbedienstete durch alle Behörden hinweg sind vielleicht noch betroffen? Müssen wir uns da Sorgen machen? Gibt es doch Parallelen zur AfD?

(Peer Lilienthal [AfD]: Oder zur CDU!)

Viele andere Fragen gibt es noch, die wir jetzt im Weiteren aufklären müssen, meine Damen und Herren. Deswegen werden wir als CDU-Fraktion da auch weiter nachfassen.

(Dr. Marco Mohrmann [CDU]: Sehr gut!)

Was ist jetzt weiter zu tun? - Es ist natürlich anzuschauen: Was gibt das Dienstrecht her, wenn Personen im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, die sich zur "Reichsbürger"-Szene bekennen und solche kruden Gedanken verfolgen?

Es gilt vielleicht auch, sich das Waffenrecht anzuschauen. Aber bitte schön: Das steht für mich und für uns an ganz hinterster Stelle. Es gilt nämlich zunächst einmal, nicht wieder den rechtschaffenen Bürgern Steine in den Weg zu legen, den Sportschützen, den Jägern und vielen anderen mehr. Es geht erst einmal darum, dass wir den Diensten dieses Landes weiter Instrumente an die Hand geben, um solche Szenarien aufzudecken, um der Menschen, die so etwas planen, habhaft zu werden.

(Beifall bei der CDU - Glocke der Präsidentin)

Lassen Sie mich auf eines eingehen: Dieses Hohe Haus, der Niedersächsische Landtag, ist ein Symbol unserer Demokratie und unseres Rechtsstaates in diesem Bundesland. Natürlich muss es so sein. dass dieses Haus - die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung, der wissenschaftlichen Dienste, aber natürlich auch die Abgeordneten - ein gewisses Maß an Schutz erfährt. Wir als CDU-Fraktion haben dieses Thema in den vergangenen fünf Jahren immer wieder hier aufgegriffen, ob nicht vielleicht über die eine oder andere Sicherheitsmaßnahme noch einmal nachgedacht werden muss. Andere Parlamente sind da viel weiter.

Es ist ein schwieriger Spagat - ich weiß, gerade für Sie, Rot-Grün - zwischen Transparenz und Sicherheit. Aber das muss doch hinzubekommen sein angesichts solcher Gedankenspiele, die dort offensichtlich verfolgt worden sind. Wir wollen, dass dieses Symbol auch weiterhin den Schutz erfährt, den es verdient hat, für die Demokraten in diesem Hause.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Hanna Naber:

Sie müssen zum Schluss kommen, Kollege Bock.

André Bock (CDU):

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss.

Wir werden das Thema weiter im Innenausschuss und im Verfassungsschutzausschuss vertiefend behandeln, weil wir uns an manchen Stellen wirklich ernsthafte Sorgen machen müssen.

Präsidentin Hanna Naber:

Kollege Bock!

André Bock (CDU):

Wir gehen damit transparent um. Tun Sie das auch!

In diesem Sinne: Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Michael Lühmann, bitte!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Michael Lühmann (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen! Wir müssen - leider nichts Neues in der Geschichte der Bundesrepublik - wieder über Rechtsterrorismus reden. Er zieht eine lange Blutspur durch dieses Land. Und wir reden nicht über schrullige Alte, die einer wirren Ideologie folgen. Der Blick in die deutsche Geschichte verbietet diese Verharmlosung. Oder der Blick auf Anders Breivik, ein Mann, der sich ernsthaft in der Nachfolge der Tempelritter sah und hernach 77 Menschen tötete. Es bedarf keiner konsistenten Logik, um aus ideologischem Hass zu töten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Worum muss es also gehen im Anschluss an das bereits Vorgetragene? - Zunächst darum, dass wir vollkommen klar haben, dass wir hier über eine Zäsur sprechen - eine Zäsur, was die Bedrohungslage der Demokratie angeht, mithin auch um eine Zäsur, wie wir Demokratie wehrhaft verteidigen.

Denn dass die festgesetzte Terrorgruppe Demokratie angreifen wollte und allein durch die Pläne de facto angegriffen hat, daran kann und darf nicht der leiseste Zweifel bestehen. Und da reicht der Verweis, man habe keine "Reichsbürger" in seiner Fraktion, nun wahrlich nicht aus; denn das alles hat ja einen langen Vorlauf. Das habe ich gestern schon ausgeführt. Pegida, Chemnitz 2018, Corona-Leugnung, Rechtsterroristen, die sich auf die AfD berufen - es ist auch und vor allem Ihre politische Verantwortung.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Nun gibt es verschiedene Wege, auf solche Angriffe zu reagieren. Intuitiv nachvollziehbar ist der sicherheitsbehördliche Blick. Ein Dank an die Sicherheitsbehörden, dass sie so konsequent und so schnell gehandelt haben!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Aber wir werden uns auch fragen müssen: Haben wir ausreichend Möglichkeiten in der Hand? Haben wir alle ausgeschöpft? Entziehung von Waffenlizenzen, Zuständigkeiten von Waffenbehörden, dienstrechtliche Konsequenzen, Sensibilisierung von Behörden - wir als rot-grüne Koalition haben da eine Menge vor. Das werden wir auch umsetzen.

Wir werden auch nochmals in die letzten Ecken und Winkel intensiv leuchten müssen. Schließlich haben rechte Szenen, Zusammenhänge, Netzwerke seit längerer Zeit angefangen, sich mit dem Staat zu verweben. Dass "Reichsbürger" und andere rechte Feinde der Demokratie die Verschwörung vom tiefen Staat umdrehen und in Richterämter, in die Armee, Polizei, LKA und, ja, auch in Parlamente vordringen, das muss uns ernsthaft besorgen.

Wir müssen akzeptieren, dass kein gesellschaftlicher Ort und keine Institution sicher sind. Und machen wir uns dabei bitte auch klar, dass die extreme Rechte sehr viel Boden gewonnen hat in den vergangenen Jahren! Und der rechte Terror wütet. NSU, Halle, Hanau, Walter Lübcke - die Beispiele sind vielfältig.

Drehen wir ihn also zurück, den von der NDP ausgerufenen und von der AfD geerbten Kampf um die Köpfe, um die Straßen, um die Parlamente und um den organisierten Willen. Wir werden uns dabei auf einen entschiedenen Kampf einigen müssen, der auch wissenschaftlich durchaus beschrieben ist. Als Rechtsextremismusforscher darf ich das mal machen.

(Stephan Bothe [AfD]: Parteilobbyist!)

Erstens. Die größte Gefahr für die Demokratie geht vom Rechtsextremismus aus, Punkt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Da muss man nicht unnötigerweise ständig in andere Phänomenbereiche rüberrennen.

Zweitens. Rechtsextremismus ist kein Phänomen eines Randes. Rechte Einstellungsmuster kommen in der Mitte vor. Sie wirken dort. Leider Gottes ist diese Mitte bisweilen auch ein bisschen zu träge bei dem Blick auf die Radikalisierung

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Drittens. Gewalttätigen Rechtsextremismus bekämpft man mit der vollen Härte des Gesetzes; da bin ich ganz bei meinen Vorredner*innen. Aber Rechtsextremismus als Ideologie bekämpft man eben auch politisch - mit Haltung, mit politischer Bildung, einer starken Erinnerungskultur und einer Sensibilisierung behördlichen Handelns und vielem mehr. Auch da haben wir uns viel vorgenommen.

Viertens. Demokratischen Parteien kommt eine unmissverständliche Wächterfunktion zu; das sagt uns die ganze wissenschaftliche Literatur. An keiner Stelle darf es zu Kooperationen mit der extremen Rechten kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der SPD - Zustimmung bei der CDU)

Und da bin ich hier in Niedersachsen sehr froh und zuversichtlich, dass deutliche Ansagen von der CDU gemacht wurden. Dafür bin ich sehr dankbar. Fünftens. Wir brauchen über Parteipolitik hinaus ein breites Bündnis mit der Zivilgesellschaft, mit allen Antifaschist*innen. Die Betonung liegt auf "allen" und auf "Antifaschist*innen".

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Der Weg ist hier die dauerhafte Förderung von Initiativen gegen Rechts und die Stärkung von mobilen Beratungen.

(Zuruf von Jens-Christoph Brockmann [AfD])

- Ja, das müssen Sie aushalten!

Und wir brauchen begriffliche Klarheit. Die Prämissen der Extremismustheorie sollten wir einer Revision unterziehen. Denn längst reden wir über einen historisch so alten wie zentralen Kitt jenseits vermeintlicher Ränder: über Antisemitismus. Und auch das lehrt uns die Demokratieforschung: Antisemitismus ist mutmaßlich das stärkste Brückennarrativ, das am Ende immer in die extreme Rechte führt. Das Paradebeispiel dafür ist Horst Mahler.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die damit verbundene gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, der Rassismus und der rechte Hass sind die stärksten Triebfedern, Staat und Demokratie anzugreifen und am Ende immer Menschen zu töten.

Ich komme zu meinem Ausgangspunkt zurück. Meine Damen und Herren, was wir hier diskutieren, ist eine Zäsur. Wenn wir das gemeinsam vereinbaren und dann gemeinsam, ohne Scheuklappen handeln, dann werden wir das tun, was diese Demokratie kann: Wir werden sie wehrhaft halten.

Das gehört auch nicht bloß vor die Presse, sondern ins Hohe Haus. Das bedeutet, wir werden auch die Diskussion über ein Parteiverbot führen müssen, jener Partei, die zu Recht, wie ich finde, als parlamentarischer Arm des Rechtsterrorismus bezeichnet werden könnte.

(Zurufe von der AfD: Was?)

Danke.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsidentin Hanna Naber:

Für die Fraktion der AfD erteile ich Herrn Abgeordneten Klaus Wichmann das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Klaus Wichmann (AfD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Glaubt man mancher Stimme in diesen Tagen, dann sind wir um Haaresbreite einem Putsch entkommen, der die Demokratie in Deutschland hinweggefegt hätte. Andere Stimmen bezweifeln das, verweisen darauf, dass ein konkreter Umsturzplan - also: Mit welchen Mitteln besetze ich wann welches Ministerium?, oder wie man sich so etwas halt vorstellt - wohl gar nicht existierte. Von "geistig Verwirrten" ist die Rede, manche sprechen sogar schon von einem "Rollator-Putsch".

(Grant Hendrik Tonne [SPD]: Ihre Partei spricht davon! Ihre Partei! - Weitere Zurufe von der SPD)

Otto Schily, ehemaliger Bundesinnenminister der SPD - Herr Tonne, von dem können Sie noch etwas lernen -,

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

sagte der *Welt*, man solle das alles nicht unterschätzen - recht hat er! -

(Zuruf von der SPD: Der ist 90, Junge! - Gegenruf von der AfD: Altersdiskriminierung!)

aber ihm komme das eher vor wie eine skurrile Spinnertruppe. Auch dafür spricht zumindest einiges.

Zwei Dinge sind aber dennoch und tatsächlich gefährlich. Zum einen die Bereitschaft, Gewalt anzuwenden, ja, zu töten. Und das Zweite ist eine offenbar tiefe Abkehr von der Demokratie als Gesellschaftssystem. Dass sich jemand aus der AfD an einem solch gefährlichen Unsinn beteiligt, hat mich schwer getroffen. Selbstverständlich wird die Dame aus der Partei ausgeschlossen werden, wenn sich die Vorwürfe bestätigen. Aber nun, sich die Hände reibend, den Umkehrschluss zu ziehen, dass die AfD irgendwie die Hände mit im Spiel hätte, das ist grotesk.

(Beifall bei der AfD)

Herr Pistorius, ich lege Ihnen dringend einen Arztbesuch ans Herz. Das ist krankhaft, was Sie da machen.

(Lebhafter Beifall bei der AfD - Grant Hendrik Tonne [SPD]: Das ist doch keine Art und Weise! - Dr. Silke Lesemann [SPD]: Unglaublich! - Weitere Zurufe von der SPD)

Klaus Wichmann (AfD):

Herr Pistorius - - -

Präsidentin Hanna Naber:

Herr Wichmann - - -

Klaus Wichmann (AfD):

Herr Pistorius, da war übrigens auch ein ehemaliger Stadtrat der CDU dabei. Na, los, verhaften Sie Herrn Lechner!

Präsidentin Hanna Naber:

Herr Wichmann, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Klaus Wichmann (AfD):

Den trage ich mit Fassung, Frau Präsidentin.

(Grant Hendrik Tonne [SPD]: Unglaublich, so etwas!)

Präsidentin Hanna Naber:

Ich bitte Sie um Mäßigung!

Klaus Wichmann (AfD):

Herr Pistorius, Sie attackieren und verhetzen Menschen, die sich für dieses Land, die sich für diese Demokratie starkmachen. Sie kommen mit einer Ablehnung des Staates, wenn ich doch nur Ihre schlechte Politik ablehne. Sie kommen mit Amerikafeindlichkeit, als sei das verfassungsfeindlich. Was haben denn Ihre 68er-Spinner auf den Straßen gerufen? War das etwa nicht amerikafeindlich?

(Beifall bei der AfD - Dr. Silke Lesemann [SPD]: So langsam reicht es!)

Sie machen sich hier doch in hohem Maße lächerlich. Ihre Parteivertreter sind es doch, die überhaupt keine Berührungsängste mit Linksfaschisten und mit Klima-Chaoten haben.

(Ulrich Watermann [SPD]: Junger Mann, wer schreit, der ist getroffen! Und Sie sind getroffen, weil Sie genau diesen Rechtspopulismus wollen!)

- Wer schreit, hat unrecht, sagt man zwar, aber wer schreit, hat vielleicht auch mal einen Grund dazu, Herr Watermann - und Sie geben mir andauernd einen.

Präsidentin Hanna Naber:

Herr Wichmann!

Klaus Wichmann (AfD):

Sie koalieren doch mit Leuten, die in Antifa-Bettwäsche schlafen.

(Ulrich Watermann [SPD]: Sie versuchen, sich zu verteidigen, weil Sie ein Antidemokrat sind!

Präsidentin Hanna Naber:

Herr Wichmann, ich bitte Sie um Mäßigung! Contenance!

(Volker Bajus [GRÜNE]: Das kann der gar nicht!)

Klaus Wichmann (AfD):

Amerikafeindlichkeit, pro-russische Tendenzen - nicht, dass ich solche Dinge für gut erachte.

(Ulrich Watermann [SPD]: Nein, natürlich nicht! Bei Ihrer Partei würde man das auch gar nicht glauben!)

- Nein, bin ich nicht, Herr Watermann. Ich bin da völlig leidenschaftslos. Für mich ist gut, was für unser Land gut ist.

(Ulrich Watermann [SPD]: Sie entlarven sich in einer Tour! - Zurufe von der AfD)

- Frau Präsidentin!

(Zuruf von der CDU: So geht es aber auch nicht!)

Präsidentin Hanna Naber:

Herr Watermann, auch Sie bitte ich um Mäßigung!

Klaus Wichmann (AfD):

Danke, Frau Präsidentin, danke, Herr Watermann.

Ich bin völlig leidenschaftslos, was solche Tendenzen angeht. Für mich ist gut, was für unser Land gut ist. Nationale Interessen - mehr Kriterien brauche ich nicht

Aber wissen Sie, was das eigentlich Schlimme an der ganzen Debatte und auch heute wieder hier ist? - Keiner von Ihnen hat sich die Frage gestellt, wie es überhaupt so weit kommen kann, dass Menschen sich so von der Demokratie abwenden. Keiner!

Die Antwort ist ganz einfach: Der gesellschaftliche Konsens der 80er- und 90er-Jahre ist längst Geschichte. Die Inflation grassiert wie seit über 50 Jahren nicht mehr. Jobs und Firmen werden immer unsicherer. Die sogenannte Energiewende winkt fröhlich mit Blackouts und Mondpreisen. Dazu Meinungseinheitsbrei in den meisten Medien. Betreutes Denken. Und selbst auf der Straße passt man mittlerweile auf, was man sagt.

(Beifall bei der AfD)

Mehr als die Hälfte der Deutschen sagten bereits im Jahr 2021, laut einer Umfrage, eine freie Meinungsäußerung sei in diesem Land nicht mehr möglich.

Und trotzdem, ja gerade deswegen, möchte ich mich hier und jetzt an die Menschen wenden, die von alledem zutiefst frustriert sind und leider Gottes kurz davor sind, den falschen Schritt zu machen.

Meine Damen und Herren, die Demokratie ist ein zutiefst unperfektes System. Sie bedingt sehr langsame Prozesse. Sie schafft selten umfängliche Lösungen. Sie lebt vom Kompromiss, der immer einen faden Beigeschmack hat. Aber dieser Kompromiss kann und muss dann auch den gesellschaftlichen Frieden sichern. Nicht einer setzt sich durch, jeder ein bisschen - so das Ideal. Das war schon immer ein mühseliger Prozess. Doch heute ist es noch viel schlimmer geworden. Denn wenn Sie heute etwa die Schließung der Grenzen vor illegaler Massenzuwanderung fordern, werden sie stattdessen mit Hass und Hetze überschüttet.

Ja, es ist nicht alles gut in dieser Demokratie, und das wird es auch niemals sein. Aber wir werden alle diese Probleme nicht lösen können, wenn wir die Demokratie abschaffen. Es ist ein Irrglaube, dass irgendetwas besser wird, wenn nur einer bestimmt, egal ob ein autokratischer Präsident, ein König oder ein operierender Thetan. Es ist ein Märchen, dass ein guter Anführer alles gut werden lässt. Macht muss geteilt werden. Macht braucht Kontrollen. Macht muss begrenzt sein. Mit unbegrenzter Macht haben wir keine guten Erfahrungen gemacht, ganz besonders nicht in Deutschland.

Demokratie bedeutet die Herrschaft des Volkes. Regierungen erhalten Macht nur auf Zeit. Danach müssen sie sich dem Volk wieder stellen. Und dieses Prinzip bekommt man eben nur in der Demokratie.

Meine Damen und Herren, ich kann Sie nur einladen, sich auch daran zu beteiligen - zum Wohle Ihres Landes, zum Wohle unseres Landes. Schauen Sie einfach, mit welcher Partei Sie die meisten

Übereinstimmungen haben. Und wenn Sie diese Fehlentwicklungen genauso ablehnen wie wir, dann ist Ihr Platz in einer der wichtigsten demokratischen Parteien dieser Zeit - und das ist die AfD!

Vielen Dank.

(Starker, anhaltender Beifall bei der AfD)

Präsidentin Hanna Naber:

Für die Landesregierung erteile ich Innenminister Boris Pistorius das Wort. Bitte schön!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Parteien in diesem Haus! Die bundesweite Razzia in der "Reichsbürger"-Szene hat in der vergangenen Woche sowohl politisch als auch medial hohe Wellen geschlagen. Ich bin der SPD-Fraktion deshalb sehr dankbar, dass sie dies zum Thema einer Aktuellen Stunde gemacht hat. Denn eines ist klar, meine Damen und Herren: Die schon heute vorliegenden Erkenntnisse markieren einen neuen Höhepunkt einer sich bereits seit Längerem abzeichnenden Entwicklung.

Beunruhigend ist im vorliegenden Fall vor allem die Melange aus bürgerlicher Fassade, krimineller Energie, Geld und Verbindungen in den Sicherheitsapparat. Diese neue Qualität, meine Damen und Herren, verlangt unsere allerhöchste Aufmerksamkeit. Wir sind dazu aufgerufen, die Augen offen zu halten und antidemokratische Umtriebe im Keim und sofort zu ersticken.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Und das wird uns auch gelingen! Unser Staat und seine Vertreterinnen und Vertreter sind wehrhaft, und sie sind resistent. Das zeigen nicht zuletzt die Maßnahmen der vergangenen Woche.

Die Feinde unserer Demokratie, die Feinde unserer Freiheit, unserer offenen, solidarischen Gesellschaft können und dürfen sich niemals sicher fühlen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN) Unsere Sicherheitsbehörden sind wachsam und handeln konsequent - in Niedersachsen und in der Bundesrepublik.

Ich will in Erinnerung rufen: Wir haben in Niedersachsen sehr frühzeitig angefangen, die sogenannten Reichsbürger und Selbstverwalter in den Blick zu nehmen, schon 2015 und 2016 übrigens. Und wir waren es auch, die auf Bundesebene darauf gedrungen haben, das Thema auf die Tagesordnung der Tagung der Ämter für Verfassungsschutz zu setzen. Das ist vom damaligen Präsidenten, Herrn Maaßen, über ein Jahr lang abgelehnt worden, mit der Begründung, diese Bewegung sei irrelevant und nur regional von Bedeutung. Ich will das nur noch einmal in Erinnerung rufen. Und erst mit dem furchtbaren Mord an einen SEK-Beamten in Bayern im Oktober 2016 hat man eingelenkt. Das war zu spät, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Wir haben damals in Niedersachsen auch sofort reagiert und die Waffenbehörden angewiesen, nachgewiesenen "Reichsbürgern" die Waffen konsequent zu entziehen. Wir dürfen nicht zulassen, dass Menschen, die unseren Staat verächtlich machen, ihn ablehnen, auch noch legal Zugang zu Waffen haben, meine Damen und Herren. Und deshalb unterstütze ich auch die Ankündigung von Bundesinnenministerin Nancy Faeser, das Waffenrecht, da, wo es Sinn macht, noch einmal nachzuschärfen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Meine Damen und Herren, auf Bundesratsebene haben wir als Niedersachsen auf meine Initiative hin bereits in den vergangenen Jahren Waffenrechtsverschärfungen durchgesetzt: die Regelabfrage beim Verfassungsschutz im Rahmen von Zuverlässigkeitsprüfungen oder auch Waffenverbotszonen.

Meine Damen und Herren, jetzt zurück zur Szene. Die Kleinteiligkeit und mitunter auch die Heterogenität dieser Szene, die sich auch in den Ergebnissen der Razzien niederschlägt, macht deutlich, wie wichtig die Arbeit der einzelnen Landesverfassungsschutzbehörden ist. Es sind einerseits die spezifischen Erkenntnisse eines jeden Bundeslandes, die sich unterschiedlich entwickeln, auch in ihrer Geschwindigkeit - z. B. regionale Schwerpunkte von Extremismus, die die Landesverfassungsschutzbehörden im Blick haben -, und gleichzeitig - und das ist besonders wichtig - der Austausch der Landesbehörden untereinander, die die Arbeit

so erfolgreich und so notwendig macht. Denn eines ist sicher - nicht erst, aber erst recht nach der vergangenen Woche wieder einmal mehr -: Wehret den Anfängen!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Verschwörungen beginnen oft im Kleinen, im vermeintlich Verborgenen, können aber gerade heute u. a. durch digitale Echokammern große Reichweiten entwickeln und eben zu den bekannten und bereits erlebten Radikalisierungen führen. Hier muss verfassungs- und demokratiefeindlichen Bestrebungen auch durch Maßnahmen der Prävention entschlossen entgegengetreten werden. Deshalb gilt an dieser Stelle mein ausdrücklicher Dank den Angehörigen des Verfassungsschutzes und der Sicherheitsbehörden des Landes für ihre Arbeit und damit für den Dienst an und für den Schutz unserer Demokratie.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Ein Zeugnis dieser hervorragenden Arbeit ist auch die bundesweite Razzia vom vergangenen Mittwoch. Und da die Notwendigkeit dieser umfangreichen Maßnahme - wir haben es ja gerade wieder gehört - von einer bestimmten Seite angezweifelt wird, sage ich es noch einmal unmissverständlich: Es darf zu keiner Verharmlosung und zu keiner Relativierung kommen.

(Zuruf von Omid Najafi [AfD])

Es ist kein "Rollator-Putsch", wie Frau Weidel gesagt hat, um es sehr deutlich zu sagen. Das ist eine ernstzunehmende Bewegung, mit der wir es hier zu tun haben, unabhängig davon, ob der Umsturz tatsächlich unmittelbar bevorstand. Hier gab es kriminelle Energie. Hier gab es Pläne, den Bundestag zu stürmen. Hier gab es die Absicht, Abgeordnete zu verhaften. Und wer das nicht ernst nimmt, steht auf der Seite dieser Verschwörer, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Wir haben es hier - anders als es Teile der AfD suggerieren - eben nicht mit einer harmlosen "Rentnergang" zu tun, sondern mit Extremisten, die einen Umsturz geplant haben, bei denen die Bereitschaft zu schweren Straftaten oder gar Tötungsdelikten da war und ist.

Aber genau diese Verharmlosung und Verfälschung von Tatsachen wird auch in "Reichsbürger"-Kreisen verbreitet und entwickelt sich zu einer weiteren Verschwörungstheorie und damit zu einer Delegitimierung unseres Staates, meine Damen und Herren.

Und dann Ihr Whataboutism! Wir reden über das eine, und dann kommt das andere. Wir reden über jenes, und dann reden Sie über dieses. - Heute geht es um die "Reichsbürger"! Heute geht es um eine der größten Razzien in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gegen Feinde dieser Demokratie. Da gibt es keinen Whataboutism, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Und was macht die AfD? - Es ist kein Wunder. Ausgerechnet die AfD - beispielsweise in Sachsen-Anhalt - stellt den Verfassungsschutz wieder einmal als vermeintlich autoritäre Unterdrückungsbehörde dar und verlangt, dass die Delegitimierer als Beobachtungsobjekt abgeschafft werden. Ja, warum denn wohl? - Das kann sich jeder an drei Fingern abzählen, und das verwundert eben auch nicht mehr.

Ich will hinzufügen - auch das kann man wunderbar beobachten -: Die Positionierung der AfD im politischen Spektrum erinnert mich immer wieder an eine Flipperkugel. Die Flipperkugel weiß nicht, wohin sie fliegt und wo sie als nächstes anschlägt oder antippt. In Ihrer Positionierung verhalten Sie sich genauso, nur mit dem Unterschied: Sie machen das absichtlich, um überall andocken zu können. Aber das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Und auch die Tatsache, dass unter den Verhafteten eine ehemalige Bundestagsabgeordnete der AfD ist, die u. a. Zugang zu allen Gebäuden des Bundestages hat, steht dabei für sich.

Angesichts dieser offensichtlichen Radikalität in Teilen der AfD hat mich auch die gestrige Nachricht entsetzt, dass die CDU in Bautzen nach Presseberichten einen Antrag der AfD zur Kürzung von Flüchtlingsleistungen unterstützt hat.

Mit einer solchen Partei darf es keinerlei Zusammenarbeit geben!

(Zurufe von der CDU)

Ich bin dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion hier in Niedersachsen sehr dankbar für seine klare Abgrenzung zur AfD. Das finde ich großartig.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will es noch einmal klarstellen: Es ist von zentraler Bedeutung, dass der Verfassungsschutz seinen gesetzlichen Auftrag wahrnimmt und dort genau hinschaut, wo die Grenze von legitimer öffentlicher Kritik überschritten wird.

Und ja, das gilt für *alle* Bereiche des öffentlichen Lebens - für jeden Klimaaktivisten, für jeden Linksextremisten, für jeden, der diesen Staat angreift oder seine Gesetze verletzt. Auch daran lasse ich als Innenminister im elften Jahr keinen Zweifel, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Überall dort, wo die Bekämpfung der staatlichen verfassungsmäßigen Ordnung angestrebt wird, sind die Sicherheitsbehörden und der Verfassungsschutz in besonderer Weise gefordert. Und wer wollte das denn bestreiten? Die Schnittmengen werden immer größer: zwischen den Verschwörungsideologen, den "Reichsbürgern", den Verfassungsfeinden, den Demokratieverächtern und, jawohl, der AfD, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Klaus Wichmann [AfD]: Belegen Sie das, und behaupten Sie es nicht einfach nur!)

Die demokratischen Fraktionen dieses Hauses und all die Demokratinnen und Demokraten in unserem Staat müssen angesichts solcher Bedrohungen und Entwicklungen entschieden zusammenstehen und dürfen hier keinen Raum lassen. Wir müssen im wahrsten Sinne des Wortes eine unüberwindbare Brandmauer gegen alle antidemokratischen Bestrebungen sein.

Wir alle haben im Fall Lübcke gesehen, wie menschenverachtende Rhetorik und Bedrohungen gegen Politikerinnen und Politiker in Gewalt und Mord umschlagen können. Deshalb appelliere ich an Sie und an uns alle: Bleiben wir wachsam, bleiben wir standhaft, bleiben wir gemeinsam stark gegen Gewalt, Hass und Hetze von rechts außen!

Vielen Dank.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Minister Pistorius. - Seitens der Landesregierung liegt mir eine weitere Wortmeldung vor. Ich erteile Ministerpräsidenten Stephan Weil das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte am Ende dieser Debatte auf einen Vorgang eingehen, der nach meinen Erfahrungen in den vergangenen fast zehn Jahren im Niedersächsischen Landtag einmalig ist.

(Volker Bajus [GRÜNE]: So ist es!)

Der Abgeordnete Wichmann hat in seinem Diskussionsbeitrag Herrn Innenminister Pistorius meiner Erinnerung nach "krankhaftes Verhalten" vorgehalten

(Grant Hendrik Tonne [SPD]: Das ist beschämend!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist - lassen Sie es mich deutlich sagen - eine bodenlose Entgleisung.

(Starker Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Ich bin der Frau Landtagspräsidentin außerordentlich dankbar dafür, dass sie sofort durch einen Ordnungsruf reagiert hat.

Wir haben aber auch gehört, wie der Herr Abgeordnete Wichmann auf diesen Ordnungsruf reagiert hat. Meiner Erinnerung nach hat er gesagt, das werde er mit Fassung zu tragen haben. Damit hat er eine Missachtung auch dieses Ordnungsrufs zum Ausdruck gebracht, die ich in dieser Form ebenfalls nicht hinnehmen kann.

(Volker Bajus [GRÜNE]: So ist es!)

Alle Mitglieder der Landesregierung müssen sich in diesem Parlament Kritik, auch harter Kritik, stellen. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Mitglieder der Landesregierung sind kein Freiwild.

(Starker Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN - Zuruf von der AfD: Aber die AfD ist Freiwild, oder was?)

Deswegen darf ich namens der Landesregierung die Bitte äußern - ich weiß, es kann nicht mehr als eine Bitte sein -, dass man sich im Ältestenrat noch einmal mit der Frage befassen möge, wie eigentlich auf einen Vorgang dieser Art reagiert werden kann - nicht nur zum Schutz von Regierungsmitgliedern, sondern auch zum Schutz der Würde dieses Hauses.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident Stefan Weil.

(Grant Hendrik Tonne [SPD] - zu Klaus Wichmann [AfD] -: Wenn Sie ein Mindestmaß an Anstand haben, werden Sie sich jetzt hier entschuldigen! Das ist eine gute Gelegenheit! Hier, jetzt! - Gegenruf von Klaus Wichmann [AfD]: Sie wollen sich jetzt entschuldigen? - Grant Hendrik Tonne [SPD]: Sie haben sich zu entschuldigen! Hier! - Gegenruf von Klaus Wichmann [AfD]: Ach so, das bestimmen Sie?)

- Herr Tonne!

(Volker Bajus [GRÜNE] - zu Klaus Wichmann [AfD] -: Das ist eine Frage von Anstandsregeln! Aber die haben Sie ja offensichtlich nicht!)

- So, jetzt fokussieren wir uns wieder.

(Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN - Gegenrufe von der AfD)

- Herr Wichmann, bitte!

Wir wollen in der Tagesordnung fortfahren. Bevor wir das tun, schließe ich die Aktuelle Stunde für diesen Tagungsabschnitt.

Bevor wir zu den Dringlichen Anfragen kommen, nehmen wir einen Wechsel im Sitzungsvorstand vor.

> (Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz übernimmt den Vorsitz)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen, wir fahren in der Tagesordnung fort.

(Unruhe)

- Ich bitte alle, ihre Plätze wieder einzunehmen, damit hier wieder Ruhe einkehrt. Bitte verlegen Sie ansonsten die Gespräche nach außen!

Ich rufe auf den:

Tagesordnungspunkt 11:

Dringliche Anfragen

Es liegen zwei Dringliche Anfragen vor. Die für die Behandlung Dringlicher Anfragen geltenden Geschäftsordnungsbestimmungen setze ich als allgemein bekannt voraus. Ich weise wie üblich darauf hin, dass einleitende Bemerkungen zu den Zusatzfragen nicht zulässig sind.

Um dem Präsidium den Überblick zu erleichtern, bitte ich Sie, sich schriftlich zu Wort melden, wenn Sie eine Zusatzfrage stellen möchten. In Teilen ist das jetzt schon geschehen.

Wir beginnen mit

 a) Auswirkungen der geplanten Legalisierung von Cannabis auf die Gesundheit der Bevölkerung - Anfrage der Fraktion der CDU - Drs. 19/131

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Thomas Uhlen für die CDU-Fraktion. Er stellt die Dringliche Anfrage vor. Bitte, Herr Abgeordneter Uhlen!

(Beifall bei der CDU)

Thomas Uhlen (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der legale Konsum von Cannabis ist in Deutschland bisher nur zu medizinischen Zwecken möglich. Der Freizeitkonsum ist strafbar. Die Ampelkoalition in Berlin hat in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt, den Konsum von Cannabis zu legalisieren. Im Koalitionsvertrag für Niedersachsen wird zu diesem Vorhaben Unterstützung signalisiert.

Die negativen gesundheitlichen Folgen des Konsums von Cannabis sind mehrfach nachgewiesen. Allein im Jahr 2016 wurden insgesamt 17 495 Behandlungsfälle aufgrund psychischer Erkrankungen und Verhaltensstörungen durch Cannabinoide im Krankenhaus erfasst. Statistiken über Behandlungen in Krankenhäusern aufgrund drogenbedingter Erkrankungen belegen, dass die Fallzahlen aufgrund psychischer Erkrankungen und Verhaltensstörungen durch Cannabinoide kontinuierlich steigen. Laut einer im Jahr 2022 veröffentlichten Studie

hat sich zwischen den Jahren 2000 und 2018 die Anzahl der Fälle, die wegen einer Cannabinoid-induzierten psychischen Störung im Krankenhaus behandelt werden mussten, nahezu verfünffacht.

Die Studie "Cannabis - Potenzial und Risiko" aus dem Jahr 2018 kommt u. a. zu dem Schluss, dass der Konsum von Cannabis ein Risikofaktor für psychische Erkrankungen sei - insbesondere für Psychosen sowie für manisch-depressive Symptome. Auch erhöhe Cannabis das Risiko für Angststörungen und Depressionen.

Dies vorausgeschickt, fragen wir die Landesregierung:

- 1. Teilt die Landesregierung die in den Studien zutage geförderten Ergebnisse, dass der Konsum von Cannabis das Gesundheitssystem zunehmend belastet und vor allem psychische Erkrankungen eine typische Folge sind?
- 2. Wie will die Landesregierung sicherstellen, dass Kinder und Jugendliche nach der Legalisierung nicht verstärkt Cannabis konsumieren und damit das Risiko für psychische Erkrankungen und Depressionen nicht nur bei Erwachsenen zunimmt?
- 3. Welche zusätzlichen Präventionsmaßnahmen plant die Landesregierung, um die Bevölkerung nach der Freigabe von Cannabis umfassend über die negativen gesundheitlichen Folgen des Konsums von Cannabis aufzuklären?

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Uhlen, für das Einbringen. - Für die Landesregierung hat sich Frau Sozialministerin Daniela Behrens zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung:

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die die Bundesregierung tragenden Parteien haben 2021 im Koalitionsvertrag festgehalten, die kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu Genusszwecken zu legalisieren. Die dafür notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen können nur auf Bundesebene geschaffen werden.

Der Bundesgesundheitsminister hat daher im Austausch mit Expertinnen und Experten sowie mit In-

teressengruppen einen sehr groß angelegten Konsultationsprozess eingeleitet. Die Leitung dieser Konsultation hatte der Beauftragte für Sucht- und Drogenfragen der Bundesregierung. Auf Basis dieser Ergebnisse hat die Bundesregierung am 9. November 2022 ein Eckpunktepapier zur kontrollierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu Genusszwecken vorgelegt. Danach sollen die Substanzen Cannabis und THC nicht mehr im Sinne des Betäubungsmittelrechts eingestuft werden. Zudem sollen der Anbau und der Vertrieb von Genusscannabis stattlich kontrolliert werden.

Durch Aufgabe des Verbots - so die Ziele der Bundesregierung - soll es besser gelingen, den Umgang zu regulieren, den Schwarzmarkt auszutrocknen, die Prävention und den Jugendschutz zu stärken und auch Steuer- und Lizenzeinnahmen zu generieren.

Das Eckpunktepapier soll als Grundlage für ein Cannabiskontrollgesetz genutzt werden. Voraussetzung für ein Cannabiskontrollgesetz ist zudem, dass der völker- und europarechtliche Rahmen eingehalten werden kann. Es muss also eine einvernehmliche Regelung mit der EU-Kommission herbeigeführt werden.

Wir befinden uns derzeit in einem noch sehr frühen Verfahrensstadium hinsichtlich des geplanten Bundesgesetzes zur Legalisierung von Cannabis. Bisher liegt das Eckpunktepapier vor. Innerhalb der Bundesregierung ist nun erst einmal ein Referentenentwurf zu erarbeiten. Dies setzt u. a. eine umfassende Ressortabstimmung zur Befassung im Bundeskabinett voraus. Das Bundesgesundheitsministerium hat im Rahmen seiner Arbeitsplanung mitgeteilt, man plane die Vorlage eines Regierungsentwurfs in der zweiten Jahreshälfte 2023.

Erst nach dem Vorliegen des Referentenentwurfs des Bundes ist der Föderalismus mit seiner ganzen Stärke am Zug: Sobald der Referentenentwurf vorliegt, haben wir als Bundesländer die Gelegenheit zur schriftlichen Stellungnahme und auch zur Beteiligung; diese werden wir natürlich nutzen. Im Anschluss folgt zudem im Regelfall eine mündliche Anhörung der Bundesländer. Zudem besteht im weiteren Verfahren auch die Möglichkeit, Änderungsanträge zu den Gesetzen über den Bundesrat einzubringen.

Als Ministerin, die sowohl Verantwortung für die Gesundheitspolitik als auch für den Jugendschutz trägt, ist mir wichtig, dass die Cannabisfreigabe für Erwachsene mit klaren Leitplanken zum Schutz von

Kindern und Jugendlichen sowie zum Gesundheitsschutz der Konsumentinnen und Konsumenten versehen werden muss.

Wie Sie wissen, ist in meinem Haus auch die Landesdrogenbeauftragte angesiedelt. Es liegen daher genügend Erfahrungsberichte vor, die auch bezüglich der Langzeitfolgen des Konsums von Cannabis berücksichtigt werden müssen. Ferner sind wir dabei, uns auch die Stärken und Schwächen der Präventionsarbeit näher anzuschauen und darauf zu reagieren. Daher werden wir als Sozial- und Gesundheitsressort das Gesetzgebungsverfahren des Bundes sehr intensiv begleiten und versuchen, es positiv zu beeinflussen.

Vor diesem Hintergrund beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1: Die CaPRis-Studie zu Cannabis, die in der Anfrage aufgeführt ist, ist uns selbstverständlich bekannt, genauso wie weitere Studien. Unstrittig ist diesen Erkenntnissen nach, dass der Konsum von Cannabis zu vielfältigen negativen gesundheitlichen Folgen führen kann. Cannabis ist keine harmlose Substanz. Akut konsumierte Cannabinoide können zu vielfältigen Beeinträchtigungen in der Gedächtnisleistung, in der Aufmerksamkeit und in der Psychomotorik führen.

Besonders vulnerabel sind Heranwachsende. Gerade für Jugendliche ist es aufgrund der Gehirnreifung, die erst mit dem 25. Lebensjahr abgeschlossen ist, am schädlichsten. Je früher und je stärker der Konsum stattfindet, desto höher ist das Risiko langfristiger gesundheitlicher Folgen.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Bekannt sind vor allem psychische Störungen bis hin zu psychotischen Zuständen, die sich nicht immer wieder zurückbilden.

Es gibt noch weitere, weniger bekannte Gefahren des chronischen Cannabiskonsums. Mit ihm steigt das Risiko für Atemwegserkrankungen. Es besteht auch ein erhöhtes Risiko für Hodenkrebs und bei Konsum in der Schwangerschaft für ein niedriges Geburtsgewicht des Kindes.

Schließlich kann der Gebrauch von Cannabis auch einen Einstieg in eine Suchtkarriere fördern. Auch das ist nicht gut.

Der Cannabiskonsum ist allerdings - auch das gehört zum Gesamtbild - schon jetzt in Deutschland stark verbreitet. Vier von zehn jungen Erwachsenen - also im Alter von 15 bis 24 Jahren - haben be-

reits Cannabis konsumiert. Die Tendenz steigt, obwohl Cannabis in Deutschland nicht legal erworben werden kann.

Der zunehmende Cannabiskonsum ist keine rein deutsche Entwicklung. Vielmehr findet eine solche Entwicklung in vielen europäischen Ländern - unabhängig davon, ob Cannabis legalisiert ist oder nicht - statt.

Gesundheitlich problematisch ist daneben auch, dass Haschisch und Marihuana oft mit Tabak gemischt und geraucht werden. Die Gefahren des Tabakrauchens für die Gesundheit sind ebenfalls hinlänglich bekannt. Hier sind z. B. die Abhängigkeit von Nikotin, aber vor allem auch Krebs- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen zu nennen.

Die in der CDU-Anfrage genannte Studie zeigt auch, dass sich die Anzahl der stationären Krankenhausbehandlungen von Menschen mit psychischen Störungen infolge von Cannabiskonsum bis 2018 fast versechsfacht hat.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Als Ursache hierfür werden ein erhöhter THC-Gehalt in Cannabis und der zunehmende Konsum von synthetisch hergestelltem Cannabis gesehen. Synthetische Cannabinoide haben eine stärkere und unvorhersehbarere Wirkung. Besonders Jugendliche und unerfahrene Konsumentinnen und Konsumenten sind nach einer Dokumentation des Deutschen Bundestages häufig von einer Vergiftung durch den Konsum dieser Stoffe betroffen. Als häufigste Symptome werden genannt: Herzrasen, Ruhelosigkeit, auch Übelkeit und Erbrechen. In Einzelfällen kann es auch zu schweren klinischen Symptomen wie Infarkten, Nierenversagen oder akuten Psychosen kommen.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Daten aus der Notfallmedizin und von Drogenbehörden haben gezeigt, dass der Konsum synthetischer Cannabinoide mit einem erhöhten Risiko für notärztliche Behandlungen verbunden ist.

Dem Reitox-Bericht 2022 ist zu entnehmen, dass sich im Jahr 2021 deutschlandweit 33 380 Personen aufgrund des Konsums illegaler Drogen in stationärer Behandlung befanden. Davon handelt es sich in ca. 30 % der Fälle in der Hauptdiagnose um eine Abhängigkeit oder den schädlichen Gebrauch von Cannabis.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Auch im ambulanten Bereich werden Klientinnen und Klienten aufgrund von abhängigem oder schädlichem Cannabisgebrauch behandelt. Im Jahr 2020 wurden in den 75 niedersächsischen Fachstellen für Sucht und Suchtprävention insgesamt 9 109 Personen aufgrund ihres Cannabiskonsums behandelt.

Wir haben also schon jetzt eine sehr hohe Belastung des Gesundheitssystems durch den Konsum von Cannabis, obwohl der Konsum zu nicht medizinischen Zwecken strafbar ist.

Ziel einer Legalisierung von Cannabis ist u. a. in einer Kontrolle der Menge und Qualität des abgegebenen Stoffes sowie des THC-Gehaltes zu sehen, um so langfristig gesundheitliche Schäden vermeiden zu können.

Wie gesagt: Der Cannabiskonsum in Deutschland und Europa steigt trotz des aktuellen Verbots. Was wir brauchen, sind also umfangreiche Präventionsund Aufklärungskampagnen zu Cannabis. Diese müssen sowohl verhaltens- als auch verhältnisbezogen sein.

Damit komme ich zur Antwort auf Ihre Frage 2:

Das Probieren und Experimentieren mit Cannabis ist in erster Linie ein Jugendphänomen. Die Hauptnutzer bzw. -nutzergruppen sind die 18- bis 25-jährigen und die 12- bis 17-jährigen jungen Menschen. Insbesondere Teenager haben, wie vorhin ausgeführt, ein sehr erhöhtes Risiko für Schädigungen. Damit stellt sich die aktuelle Debatte insbesondere als ein Problem des Kinder- und Jugendschutzes dar.

Dem stehen die beabsichtigte Verbesserung des Gesundheitsschutzes für Erwachsene und ökonomische Interessen gegenüber. Diese schwierige Debatte müssen wir führen. Dabei werden noch viele Fragen zu beantworten sein.

Wenn die legalisierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu Genusszwecken umgesetzt wird, haben die umgehende Stärkung des Jugend- und Gesundheitsschutzes sowie die Information und Aufklärung der Bevölkerung aus gesundheitspolitischer und suchtfachlicher Sicht höchste Priorität. Aus suchtfachlicher Sicht ist es geboten, durch gezielte verhältnispräventive Maßnahmen den Gesundheitsschutz zu verbessen.

Außerdem sollten schon im Vorfeld des Gesetzgebungsverfahrens Informations- und Präventionsaktivitäten verstärkt werden. Diese sollten sich an Kinder, Jugendliche und an Familien richten - außer-

dem selbstverständlich auch an Institutionen, in denen sich Kinder und Jugendliche aufhalten, also u. a. an Schulen, Vereine und Jugendhäuser.

Die Aktivitäten sollen dazu beitragen, die Botschaft zu verankern, dass erstens Cannabis keine harmlose Substanz ist und zweitens die Nutzung für Kinder und Jugendliche aus gesundheitlichen Gründen auch zukünftig verboten bleiben wird.

Mein Haus hat sich zusammen mit den Drogenbeauftragten der anderen Bundesländer daher mit einem Positionspapier an der Debatte beteiligt. Viele
Forderungen der Expertinnen und Experten finden
sich auch im Eckpunktepapier der Bundesregierung
wieder. Hierzu zählt neben dem Mindestalter für
den legalen Erwerb und dem Verkauf in lizensierten
Fachgeschäften auch ein Mindestabstand zwischen
Schulen sowie Kinder- und Jugendeinrichtungen zu
den geplanten Verkaufsstellen. Auch das geplante
Werbeverbot und die neutrale Umverpackung der
Produkte sind entscheidende und unbedingt notwendige Punkte.

Die Bundesregierung plant eine einheitliche Plattform mit Informationen zum Gesetz und auch zu Angeboten im Bereich Prävention, Beratung und Behandlung, aber auch zu Risiken, Nebenwirkungen und Safer Use. Zudem ist geplant, die kontrollierte Abgabe von Cannabis medial und kommunikativ zu begleiten, und zwar noch vor Eintritt in das Gesetzgebungsverfahren. Ein solches Vorgehen halte ich für ausdrücklich notwendig.

Im Eckpunktepapier der Bundesregierung wird die Verantwortung für die Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen auf kommunaler Ebene gesehen. Dies ist sicherlich formal richtig, da nach dem SGB VIII die Kommunen für den erzieherischen Kinder- und Jugendschutz zuständig sind. Da es sich aber um eine neue Aufgabe handelt, sind auch Bundesmittel erforderlich, und zwar sowohl für die Verstärkung des Jugendschutzes und der Suchtprävention als auch für den Ausbau der Beratungsund Interventionsstrukturen.

Das Eckpunktepapier der Bundesregierung beschreibt hierzu eine Sicherstellung der Finanzierung sowie die Ausgestaltung der neuen Maßnahmen im Rahmen der verfassungsrechtlichen Zuständigkeiten. Das finde ich gut.

Wir fangen allerdings nicht bei null an, meine Damen und Herren. Denn mein Haus ist beim Thema Cannabispräventionsarbeit nicht neu im Geschäft, sondern wir befassen uns seit vielen Jahren mit diesem Thema. Die Präventionsfachkräfte der niedersächsischen Fachstellen für Sucht und Suchtprävention, die im Rahmen des Haushaltes des Landtages institutionell gefördert werden, leisten bereits seit Jahren im Schulbereich Präventionsarbeit zum Thema Cannabis.

Dennoch ist bei einer Legalisierung der Abgabe von Cannabis an Erwachsene ein enormer Mehrbedarf an Präventionsarbeit vorhanden. Wir müssen die Strukturen weiter ausbauen, damit wir hierauf reagieren können. Wir haben in Niedersachsen gute Präventionsstrukturen, die wir mit der finanziellen Absicherung, die wir vom Bund erwarten, weiter ausbauen könnten.

Damit komme ich zur Antwort auf Frage 3:

Zurzeit ist die regulierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene noch nicht möglich. Ob bzw. wann eine regulierte Freigabe erfolgen wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht abzuschätzen.

Ich gehe davon aus, dass eine Legalisierung für die Abgabe an Erwachsene auch die Freigabe von Bundesmitteln für Präventionsarbeit mit sich bringt. Diese kann nicht von den Ländern oder den Kommunen alleine gestemmt werden und ist nach dem Konnexitätsprinzip auch Aufgabe des Bundes.

Wir sind, wie gesagt, gut aufgestellt, was die Präventionsarbeit zu Cannabis angeht. Ich wünsche mir darüber hinaus eine enge Abstimmung mit dem geplanten bundeseinheitlichen Programm. Wir haben eine gute Beratungsstruktur in den Ländern - auch in Niedersachsen. Hier müssen wir uns gut mit den geplanten Vorhaben des Bundes vernetzen.

Die Präventionsstruktur, die wir in Niedersachsen haben, wendet sich vor allen Dingen an Schulen und an die Jugendarbeit. Damit sind wir eng verbunden. Der Schwerpunkt der Präventionsarbeit muss auch zukünftig beim Thema Cannabis ganz klar bei den Jugendlichen sein.

Es gibt bereits sehr gute Programme, die genutzt werden und die wir auch ausweiten können. Hier ist z. B. das Programm "MOVE - Motivierende Kurzintervention bei konsumierenden Jugendlichen" zu nennen. Es richtet sich an Mitarbeitende in der Jugendarbeit, in der Jugendhilfe, im Jugendschutz und in der Schule, um diese in ihrer Arbeit mit Jugendlichen, die Cannabis konsumieren, zu unterstützen. Zudem gibt es universelle Maßnahmen, wie Workshops in Schulen oder im Bereich der Jugendarbeit, wie z. B. den Präventionsparcours "Cannabis - quo vadis?", und auch Programme im

Bereich der selektiven oder indizierten Prävention, die sich bereits an konsumierende Jugendliche und junge Erwachsene richten, wie z. B. "FreD - Frühintervention bei erstauffälligen Drogenkonsumenten".

Wir starten in Niedersachsen also besonders im Bereich der Präventionsarbeit bei Jugendlichen auf einem sehr hohen Niveau. Wir werden uns mit der geplanten Legalisierung der Abgabe von Cannabis an Erwachsene noch einmal weiter verstärken. Ich bin zuversichtlich, dass wir vom Bund dafür die zusätzliche Finanzierung bekommen. Letztendlich bleibt aber natürlich der Gesetzentwurf der Bundesregierung abzuwarten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Frau Ministerin, für die ausführliche Beantwortung der Dringlichen Anfrage.

Die erste Zusatzfrage aus der CDU-Fraktion stellt Herr Abgeordneter Christoph Plett.

Ich bitte darum, für jede Zusatzfrage einen Zettel abzugeben, denn anderenfalls ist es etwas schwierig, die Reihenfolge einzuhalten.

Bitte schön!

Christoph Plett (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Insbesondere vor dem Hintergrund, dass sich der Herr Innenminister gar nicht an der Debatte um die Legalisierung von Cannabis beteiligt, frage ich die Landesregierung: Welche zusätzlichen Maßnahmen müsste die Polizei ergreifen bzw. welche zusätzliche Ausstattung muss die Polizei bekommen, um zu verhindern, dass die Rauschgiftkriminalität durch die Legalisierung von Cannabis steigt?

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung antwortet Frau Ministerin. Bitte schön, Frau Ministerin!

(Ulf Thiele [CDU]: Jetzt muss die Frau Sozialministerin die Polizeiarbeit erklären, weil der Herr Innenminister nicht da ist!)

- Herr Kollege Ulf Thiele, Sie sind lange genug dabei, dass Sie wissen, dass die Landesregierung sehr eigenständig entscheidet, wer auf die Zusatzfragen antwortet.

Bitte, Frau Ministerin!

(Jens Nacke [CDU]: Wenn der Innenminister nicht da ist, kann man das ja nicht frei entscheiden!)

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Antwort auf die Frage, wieweit die Polizei sich darauf einzustellen hat, wird sicherlich maßgeblich von dem noch vorzulegenden Gesetzentwurf abhängig sein. Wir sind ja in einem sehr frühen Stadium. Wir haben derzeit gerade mal ein Eckpunktepapier der Bundesregierung. Wir haben die Gespräche der Bundesregierung mit der EU-Kommission zur völkerrechtlichen Rahmensetzung zum Thema Cannabis-Freigabe an Erwachsene. Daraus werden sich natürlich alle weiteren Planungen ergeben: sowohl im Jugendschutz als auch im Justiz- und Innenbereich. Die Landesregierung wird in gewohnter Weise mit großer Qualität darauf reagieren.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank. - Die erste Zusatzfrage aus der AfD-Fraktion stellt Frau Abgeordnete Behrendt.

Vanessa Behrendt (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Ministerin! Liebe Kollegen! Hiermit frage ich die Landesregierung: Welche Altersgrenze beabsichtigt die Landesregierung für den freien Erwerb von Cannabis zu unterstützen und mit welcher Begründung?

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung antwortet Frau Ministerin Behrens. Bitte!

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Frau Abgeordnete, es wird einen Gesetzentwurf der Bundesregierung geben. Die Landesregierung plant keinen eigenen Gesetzentwurf zur Freigabe von

Cannabis an Erwachsene, sondern es wird ein Bundesgesetz geben, das in den Ländern umgesetzt wird. Auf den Referentenentwurf - das hatte ich Ihnen eben umfangreich vorgestellt - warten wir. Das wird auch in Niedersachsen gelten.

Ein eigenes Gesetz zur Freigabe von Cannabis hat die Landesregierung meines Wissens nicht vor. Dieses Parlament müsste das ja beschließen - davon habe ich auch noch nicht gehört; das würde mich auch überraschen. Daher: kein eigenes Gesetz!

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank. - Die zweite Zusatzfrage wird ebenfalls aus der AfD-Fraktion gestellt. Herr Abgeordneter Dr. Rakicky, bitte!

MUDr. PhDr. / Univ. Prag Jozef Rakicky (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Ministerin! Das ist jetzt schon das zweite Mal. Vielleicht lernt man das irgendwann für die Zukunft. Mein Name wird "R-a-k-i-z-k-y" ausgesprochen.

Meine Frage an die Landesregierung bezüglich der Fahrtüchtigkeit: Wir wissen, dass Cannabiskonsum die Fahrtüchtigkeit beeinflusst. Die Gerichte sind dabei sehr streng und benutzen die Grenze von 1 ng pro Milliliter Serum. Das heißt, wenn das nachgewiesen wird, verliert man die Fahrerlaubnis. Weil man jetzt davon ausgehen muss, dass - - -

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Ich muss Sie leider unterbrechen; denn große Einführungen für Zusatzfragen zu einer Dringlichen Anfrage sind nicht möglich. Sie müssen eine klare, knappe, sachliche Zusatzfrage stellen.

MUDr. PhDr. / Univ. Prag Jozef Rakicky (AfD): Gut.

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Bitte

MUDr. PhDr. / Univ. Prag Jozef Rakicky (AfD):

Die klare Frage ist: Frau Ministerin, beabsichtigt die Landesregierung, sich dafür einzusetzen, dass die Grenze von 1 ng/ml angehoben werden sollte?

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank Ihnen. - Frau Ministerin, bitte!

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Abgeordneter, die Landesregierung wird sich, wie ich eben ausführlich dargestellt habe, vor allen Dingen im Rahmen der Vorbereitung des Gesetzentwurfs auch mit der Bundesregierung intensiv an der Ausgestaltung beteiligen. Wir haben dazu zusammen mit allen Bundesländern über unsere Landesdrogenbeauftragten ein Positionspapier verabschiedet.

Letztendlich werden wir uns danach richten, wie das Bundesgesetz aussieht. Besondere eigene Vorschriften haben wir in Niedersachsen nicht vor. Dafür haben wir im Rahmen eines Bundesgesetzes auch gar nicht die Kompetenz. Daher kann ich nur dafür werben, dass wir uns insgesamt in Geduld üben. Wenn der Gesetzentwurf vorliegt, können wir uns intensiv damit auseinandersetzen.

Im Übrigen bedeutet das Thema Cannabis eine große Debattenlage. Denn auf der einen Seite haben wir derzeit das Verbot von Cannabis. Auf der anderen Seite nutzen es trotzdem ganz viele Jugendliche. Daher stellt sich die Frage, wie wir das gut miteinander gestalten und welche Impulse von einer Freigabe an Erwachsene ausgehen.

Ich würde aber auch an Sie appellieren, in Ihre Überlegungen einzubeziehen, was in anderen Bereichen passiert, in denen wir Drogen freigegeben haben - Stichworte "Alkohol" und "Tabak". Wenn Sie sich gerade noch einmal auf die von Ihnen aufgeworfene Frage fokussieren, ob man fahrtüchtig ist und was das bedeutet, dann sollten Sie sich z. B. auch die Daten über Cannabis im Vergleich zu Alkohol und Cannabis im Vergleich zu anderen Drogen anschauen. Gerade was die Fahrtüchtigkeit angeht, hat Alkohol viel größere Auswirkungen - Stichwort Autounfälle - als Cannabis. In der Anfrage der CDU-Fraktion wird ja auch die CaPRis-Studie erwähnt. Das wird in dieser Studie sehr gut ausgearbeitet. Darin wird ein Vergleich gezogen, welche Auswirkungen der Cannabiskonsum und ein erhöhter Alkoholkonsum auf Autounfälle haben. In diesem Sinne schneidet Cannabis immer besser ab als Alkohol.

(Zuruf von der CDU: Alkohol ist doch keine Einstiegsdroge!)

Das sollte aber kein Argument sein, dass wir nicht darüber diskutieren.

Daher bitte ich, eine breite Debatte zu diesem wichtigen Thema Cannabis zu führen. Denn die Jugendlichen nutzen es nun einmal und erwarten von uns, glaube ich, einen guten Rahmen, um auch einschätzen zu können, was sie da tun.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die zweite Zusatzfrage aus der CDU-Fraktion. Herr Abgeordneter Plett, bitte schön!

Christoph Plett (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung: Wie viele zusätzliche Therapieplätze sollen in den kommenden Jahren in Niedersachsen eingerichtet werden, um die zu erwartenden Mehrbehandlungen im Gesundheitswesen abzufangen?

Vielen Dank.

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, - Frau Ministerin antwortet Ihnen.

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrter Herr Abgeordneter, das ist in der Tat eine wichtige Frage, die uns nicht nur beim Thema Cannabis bewegt, denn wir brauchen insgesamt mehr Plätze im Bereich der Psychiatrie. Dazu sind wir natürlich auch im ständigen Gespräch mit den Kostenträgern. Es ist ein oft genanntes Thema im Rahmen der Krankenhausplanung, auch hier wieder zusätzliche Plätze zu schaffen. Wir haben schon jetzt einen großen Bedarf, den wir decken müssen.

Wir haben - das können Sie dem Koalitionsvertrag entnehmen - auch die Absicht, z. B. die Gemeindepsychiatrischen Zentren weiter auszubauen. Das schafft Plätze sowohl für Jugendliche als auch für Erwachsene, nicht nur beim Thema Cannabis, sondern insgesamt bei Problemlagen. Das ist natürlich sehr, sehr wichtig. Das haben wir vor, unabhängig davon, wie sich die Debatte um eine eventuelle Cannabislegalisierung in den nächsten zwölf Monaten entwickelt.

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank. - Die dritte Zusatzfrage des Abgeordneten der AfD-Fraktion Dr. Rakicky. Bitte schön!

MUDr. PhDr. / Univ. Prag Jozef Rakicky (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Ministerin! Nach dem Entwurf gibt es die Berechtigung, zwei Pflanzen zu besitzen. Wie plant die Landesregierung sicherzustellen, dass dadurch nicht auch eine unkontrollierte Weitergabe bzw. der kommerzielle Verkauf von unkontrollierten Cannabismengen erfolgen? Gibt es da Planungen?

Danke.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank Ihnen. - Herr Innenminister Pistorius antwortet für die Landesregierung. Bitte!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Soweit ich weiß, gibt es auf Bundesebene noch nicht einmal einen Gesetzentwurf, der das spezifiziert, auch weil es Fragen mit der Europäischen Kommission gibt, die zu klären gibt. Sobald feststeht, was tatsächlich vorgesehen ist, werden wir uns zusammen mit den Sicherheitsbehörden der anderen Länder darüber verständigen, wie eine derartige Kontrolle aussehen kann.

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank. - Die vierte Zusatzfrage für die AfD-Fraktion stellt Frau Abgeordnete Behrendt. Bitte!

Vanessa Behrendt (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Ministerin! Liebe Kollegen! Ist geplant, Cannabis ausschließlich durch lizensierte Stellen wie Apotheken oder Coffeeshops zu vertreiben, oder werden es auch private Selbstanbauer vertreiben dürfen?

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank für Ihre Frage. - Frau Ministerin antwortet Ihnen. Bitte, Frau Ministerin Behrens!

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Abgeordnete, das Eckpunktepapier der Bundesregierung vom vergangenen Monat, das wir bisher haben, sieht vor, dass es einen staatlich kontrollierten Anbau gibt und dass ein Verkauf nur in lizensierten Fachgeschäften erfolgt. Da gibt es eine Bandbreite, was möglich ist. Da sind die Apotheken genannt,

aber natürlich auch private zertifizierte Verkaufsstellen, so wie wir das jetzt beim Tabak oder Alkohol ja auch haben.

Daher sind der Gesetzentwurf und auch die klaren Beschreibungen zum Thema lizensierter Verkauf abzuwarten. Dann können wir einschätzen, wie sich die Bundesregierung den Verkauf vorstellt.

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank. - Die dritte Zusatzfrage aus der CDU-Fraktion: Herr Abgeordneter Plett, bitte schön!

Christoph Plett (CDU):

Frau Präsidentin! Ich frage die Landesregierung: Inwieweit würden die finanziellen Mittel der Polizei erhöht werden, um durch vermehrte Verkehrskontrollen die Sicherheit im Straßenverkehr aufrechtzuerhalten?

Vielen Dank.

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Danke schön. - Für die Landesregierung antwortet Minister Pistorius. Bitte!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Kollege Plett, das lässt sich leider aus den genannten Gründen überhaupt noch nicht abschätzen, weil wir noch keinen Gesetzentwurf kennen und das Eckpunktepapier dafür einfach nicht detailliert genug ist - und auch nicht sein kann.

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Danke schön. - Die fünfte Zusatzfrage aus der AfD-Fraktion: Frau Abgeordnete Behrendt, bitte schön!

Vanessa Behrendt (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Ministerin! Liebe Kollegen! Ist geplant, die Konsumenten namentlich erfassen zu lassen, um den unkontrollierten Erwerb von größeren Mengen Cannabis zu verhindern?

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Frau Ministerin antwortet für die Landesregierung.

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich kann mich nur wiederholen. Wir

haben ein Eckpunktepapier der Bundesregierung, das beschreibt, was mit dem legalisierten Cannabiskonsum für Erwachsene möglich ist. Wir haben noch keinen Gesetzentwurf, und wir haben noch keine Details dazu. Deswegen kann ich Ihnen diese durchaus berechtigten Detailfragen vier Wochen, nachdem das Eckpunktepapier vorliegt, nicht beantworten.

Wir müssen das Gesetzesverfahren abwarten. Dann kann man sich sicherlich auch in diese Details reinknien. Das werden wir als Jugendschutzministerium tun, das wird der Bereich der Innen- sowie der Justizpolitik tun. Aber zum jetzigen Zeitpunkt haben wir nur ein Eckpunktepapier. Das ist gut, aber wir haben halt auch noch nicht mehr.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Ich danke Ihnen. - Die vierte Zusatzfrage aus der CDU-Fraktion. Herr Abgeordneter Plett!

Christoph Plett (CDU):

Frau Präsidentin! Ich frage die Landesregierung vor dem Hintergrund, dass die Justizministerin des Landes Niedersachsen, Frau Dr. Wahlmann, in einer dpa-Mitteilung vom 17. November 2022 und auch in anderen Medien mitgeteilt hat, dass sie der Legalisierung von Cannabis skeptisch gegenübersteht: Steht die gesamte Landesregierung hinter der Legalisierung des Cannabiskonsums?

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank Ihnen. - Sie müssen sich einigen. Wir haben zwar zwei Mikros vorne, aber der Herr Innenminister übernimmt.

(Carina Hermann [CDU]: Der Innenminister antwortet? Frau Wahlmann muss mal antworten!)

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Skepsis der Landesregierung macht sich nicht an Eckpunktepapieren fest, sondern an einem zu erwartenden Gesetzentwurf. Dann werden wir uns damit beschäftigen.

(Carina Hermann [CDU]: Da muss Frau Wahlmann schon Stellung beziehen! - Zurufe von der CDU: Ah! Oh! -Weitere Zurufe von der CDU)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank.

Es liegen keine weiteren Zusatzfragen vor. Wir schließen damit die Behandlung der Dringlichen Anfrage der CDU-Fraktion und kommen zu

b) Resolution des EU-Parlamentes zur Herabstufung des Schutzstatus des Wolfes - wie reagiert die Landesregierung? - Anfrage der Fraktion der AfD - Drs. 19/133

Für die Einbringung hat sich Herr Abgeordneter Dannenberg zu Wort gemeldet. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

Alfred Dannenberg (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine Damen und Herren! Ich verlese die Dringliche Anfrage für die Fraktion der AfD.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Herr Dannenberg, warten Sie ganz kurz, bis hier wieder etwas Ruhe einkehrt! Einige sind noch dabei, den Plenarsaal zu verlassen oder ihre Gespräche zu beenden. - Bitte schön!

Alfred Dannenberg (AfD):

Danke, Frau Präsidentin.

"Resolution des EU-Parlamentes zur Herabstufung des Schutzstatus des Wolfes - wie reagiert die Landesregierung?"

Das EU-Parlament hat am 24. November 2022 per mehrheitlich beschlossener Resolution die EU-Kommission aufgefordert, die europäische Wolfsstrategie neu zu bewerten und den Schutzstatus des Wolfes herabzustufen (Dokument P9_TA (2022)0423).

Im Einzelnen nimmt das EU-Parlament "die positiven Ergebnisse von Maßnahmen zur Erhaltung der biologischen Vielfalt in Bezug auf die Wiederherstellung von Großraubtierarten in der EU zur Kenntnis", fordert das EU-Parlament die Europäische Kommission auf, "die Fortschritte bei der Erreichung eines günstigen Erhaltungs-zustands" weiterhin zu bewerten, und erkennt das EU-Parlament an, "dass die Angriffe von Großraubtieren in ganz Europa zunehmen".

In dieser von der Majorität der EU-Parlamentarier beschlossenen Resolution wird mehrfach die Anwendung von Artikel 16 der FFH-Richtlinie (92/43/EWG) gefordert. Dieser Artikel erlaubt die Entnahme einer spezifizierten Anzahl von Exemplaren einer bestimmten Tierart.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

- 1. Wie bewertet die Landesregierung die oben genannte Resolution des EU-Parlamentes?
- 2. Wie gedenkt die Landesregierung, die Herabstufung des Schutzstatus des Wolfes in der Praxis umzusetzen?
- 3. Wie steht die Landesregierung zu einer Bejagung des Wolfes, wie sie in anderen EU-Mitgliedstaaten wie z. B. Schweden durchgeführt wird?

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Danke. - Für die Landesregierung antwortet Herr Minister Meyer. Bitte schön!

Christian Meyer, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich antworte wie folgt:

Niedersachsen setzt sich seit Langem für eine realistische und sachliche Bewertung des Wolfes ein. Dazu werden wir mit allen befassten Organisationen und Verbänden einen institutionalisierten Dialog "Weidetierhaltung und Wolf" zu Wolfsmanagement, Herdenschutz und der Weidetierhaltung führen. In Zusammenarbeit mit den beteiligten Akteuren sowie dem Bund und der Europäischen Kommission werden wir einen Aktionsplan "Weidetierhaltung und Wolf" erstellen.

Zur realitätsgetreuen Abbildung der Wolfspopulation in Niedersachsen werden wir das umfassende Monitoring fortsetzen. Auf dieser sachlichen Grundlage arbeiten wir an einem Konzept der Bundesregierung für ein europarechtskonformes regional differenziertes Bestandsmanagement mit. Wir unterstützen dabei die aus Sicht von Natur- und Tierschutz wertvolle Weidetierhaltung in besonderem Maße, u. a. durch Ausweitung der Weidetierförderung.

Antwort zu Frage 1: Die Landesregierung begrüßt, dass auch das Europäische Parlament zu einer stärkeren Unterstützung von Weidetierhalterinnen und -haltern auffordert und hier gezielte Fördermaßnahmen auch und gerade beim Herdenschutz und der unbürokratischen Abwicklung von Entschädigungszahlungen bei Wolfsrissen einfordert. Ein grenzübergreifendes, transparentes und aktuelles Monitoring des Wolfsbestandes wird ebenfalls unterstützt. Dieses kann Grundlage für eine einheitliche und sachliche Bewertung der Wolfspopulation auf europäischer Ebene sein.

Das Europäische Parlament begrüßt in seiner Resolution ferner, dass ein Änderungsvorschlag zur Herabstufung des Wolfes von Anhang II in Anhang III des Berner Übereinkommens in die Tagesordnung der 42. Tagung des Ständigen Ausschusses des Übereinkommens aufgenommen wurde. Die Herabstufung wurde vom Ständigen Ausschuss fachlich geprüft und abgelehnt.

Antwort zu Frage 2: Eine Herabstufung des Schutzstatus des Wolfes auf europäischer Ebene hat nicht stattgefunden. Wie der Fragesteller wissen sollte, hat das Europäische Parlament kein Initiativrecht. Eine Änderung der FFH-Richtlinie kann nur von der EU-Kommission eingeleitet werden. In Artikel 19 der FFH-Richtlinie ist ein Verfahren zur Änderung (Novellierung) der Anhänge als Anpassung an den "technischen und wissenschaftlichen Fortschritt" vorgesehen. Diese Änderungen bedürfen laut FFH-Richtlinie eines einstimmigen Beschlusses des Rates der Europäischen Union. Sollte es zu einer Herabstufung des Wolfes in der FFH-Richtlinie kommen, läge es in der Zuständigkeit des Bundes, dieses umzusetzen.

Antwort zu Frage 3: Niedersachsen hat den Wolf zwar ins Jagdrecht aufgenommen. Aber damit ist keine Bejagung verbunden. Eine Bejagung des Wolfes unterliegt europarechtlichen Bedenken und ist nach dem Bundesnaturschutzgesetz nicht zulässig. Eine im Einzelfall zu beurteilende Entnahme

problematischer Tiere ist hingegen jetzt schon möglich und findet auch weiterhin auf Grundlage der geltenden Rechtslage statt. Wie in der Vorbemerkung geschildert, arbeitet Niedersachsen mit seinen Erfahrungen an einem Konzept der Bundesregierung für ein europarechtskonformes regional differenziertes Bestandsmanagement mit.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Herr Minister Meyer. - Die erste Zusatzfrage aus der CDU-Fraktion stellt Herr Abgeordneter Dorendorf. Bitte schön!

Uwe Dorendorf (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Minister Meyer hat angekündigt, dass die artenschutzrechtlichen Ausnahmegenehmigungen zur rechtmäßigen Entnahme von Problemwölfen zukünftig eine Woche vor ihrem Erlass öffentlich einsehbar sein sollen. Wie bewertet die Landesregierung die durch das Landvolk geäußerte Befürchtung, dass damit die Sicherheit von Jägern und Weidetierhaltern gefährdet sein könnte, sowie die Einschätzung von Regionspräsidenten Steffen Krach, dass dieser Erlass zur Eskalation beiträgt?

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung antwortet Minister Meyer. Bitte schön!

Christian Meyer, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir nehmen die Befürchtungen und Ängste natürlich sehr ernst. Deshalb erfolgt die Bekanntgabe nur - so wie es auch im Staatsgerichtshofsurteil gefordert ist - in anonymisierter Weise, bei der keine Rückschlüsse, weder auf die beantragenden Personen noch auf diejenigen, die mit der Entnahme beauftragt sind, möglich sind, sondern es wird so gemacht werden, wie es vorher auch getan wurde, weil uns die EU-Kommission im Pilotverfahren, das seit 2021 läuft, aufgefordert hat, diese Informationen nach den Auskunftsregeln des Umweltinformationsrechts bekannt zu geben. Das ist auch ein Teil des Pilotverfahrens gegen Deutschland und speziell gegen Niedersachsen.

Wir haben der EU-Kommission über den Bund mitgeteilt, dass wir in Zukunft diese Informationen unter Schutz und Anonymisierung herausgeben. Ich glaube, es ist auch ein guter Punkt der Transparenz, zu sagen: Es gibt hier in Niedersachsen Abschussregelungen. Es ist auch richtig so, dass wir Problemwölfe entnehmen. Das ist dann auch eine rechtsstaatliche Weise, und in der Vergangenheit gab es übrigens viele Gerichtsurteile, die die Entnahme bestätigt haben. Das ist für alle Beteiligten rechtsicherer. Ich erwarte von allen Beteiligten, dass sie diese Urteile akzeptieren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Herr Minister. - Die erste Zusatzfrage für die AfD-Fraktion stellt Herr Abgeordneter Dannenberg.

Alfred Dannenberg (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ich möchte gern die Frage von Herrn Dorendorf aufgreifen. Herr Meyer, es gibt von radikalen Wolfsbefürwortern eindeutige Drohungen - Drohungen mit Beschädigungen und auch Drohungen gegen Personen, die an der Entnahme des Wolfes beteiligt sind. Wie wollen Sie diese Personen schützen?

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Danke schön. - Herr Minister Meyer antwortet für die Landesregierung. Bitte schön!

Christian Meyer, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Wir nehmen die Drohungen natürlich ernst. Die Polizei arbeitet eng mit uns zusammen, ermittelt etc. Wir werden sie dadurch schützen, dass wir wie in der Vergangenheit die mit der Entnahme beauftragten Personen anonym halten. Und da vielleicht einmal ein Kompliment an alle Beteiligten: Es gab hier ja einige Entnahmen, und es ist bis heute niemals bekannt gegeben oder irgendwie herausgefunden worden, wer diese Entnahmen gemacht hat. Und das soll auch in Zukunft so bleiben. Dass es im Internet ganz viele Drohungen, Spekulationen und Beschuldigungen - übrigens von allen Seiten - gibt, ist schlimm. Deshalb müssen wir immer gemeinsam gegen Hass und Hetze kämpfen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank. - Die zweite Zusatzfrage für die AfD-Fraktion stellt der Abgeordnete Dannenberg. Bitte schön!

Alfred Dannenberg (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung: Herr Meyer, Sie haben gerade gesagt, auch die jetzige Rechtslage gebe das Entnehmen problematischer Wölfe her. Nun wissen wir um den Fall des Friedeburger Wolfsrüden. Sie haben einen Einspruch - dieser Einspruch wurde noch von Herrn Lies eingelegt - gegen ein Abschussverbot, das vom Gericht verhängt wurde, wieder zurückgenommen. Das steht im Widerspruch zu dem, was Sie gerade gesagt haben. Lösen Sie diesen Widerspruch bitte auf!

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Herr Dannenberg, bitte knapp und sachlich, einfach fragen.

(Zuruf von Stephan Bothe [AfD])

Alfred Dannenberg (AfD):

Wie wollen Sie diesen Widerspruch auflösen, Herr Meyer?

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Bitte schön, Herr Minister Meyer!

Christian Meyer, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Indem wir rechtsstaatliche Entscheidungen treffen. Es gab ja viele Urteile, und es gab viele Klagen gegen Abschussgenehmigungen, die die Vorgängerregierung erteilt hat, bei denen Verwaltungsgerichte der Landesregierung recht gegeben haben. Es gab auch andere Urteile. Es gab also verschiedene Urteile, weil es eben auf den Einzelfall ankommt und ein Gericht prüft, wie die Abschlussgenehmigung ist, ob die Voraussetzungen erfüllt sind, die eine Einstufung als sogenannten Problemwolf rechtfertigen, und ob die Abschussgenehmigungen da sind.

In dem Fall des Friedeburger Rüden hat das Verwaltungsgericht entschieden. Das ist ein Einzelfall und kein genereller Fall. Deshalb gibt es auch kein Moratorium, und deshalb läuft ja auch die Ab-

schussgenehmigung in der Region Hannover weiter. Das ist also rechtsstaatlich. Es kommt immer auf den Einzelfall an.

Wenn Gerichte entscheiden, dann hält sich die Landesregierung an das Urteil, denn wir sind zum Rechtstaatlichen verpflichtet. In dem Fall ging es auch um EU-Recht und um die Abwägungsfragen. Deshalb ist es für einen konstruktiven Dialog sinnvoll gewesen, dieses Urteil zu akzeptieren, ohne es zu einem Präzedenzfall zu machen, da wir rechtssichere Abschüsse auf der Grundlage des geltenden Rechts haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank. - Die dritte Zusatzfrage aus der AfD-Fraktion stellt Herr Abgeordneter Queckemeyer. Bitte!

Marcel Queckemeyer (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Kollege Minister Meyer, wenn man die Wolfsbestände in Niedersachsen mit denen in Schweden vergleicht, ist meines Erachtens der günstige Erhaltungszustand schon lange erreicht. Daher meine Frage: Bei welcher Anzahl von Wölfen in Niedersachsen denkt die Landesregierung, dass die Obergrenze erreicht ist?

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Die Frage ist angekommen. Herr Minister Meyer antwortet für die Landesregierung. Bitte!

Christian Meyer, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Niedersachsen ist anders als Schweden kein Mitgliedstaat der Europäischen Union in dem Sinne, sondern ein Bundesland. Nach dem geltenden Recht können nur Deutschland und die Europäische Kommission für eine gewisse Region einen günstigen Erhaltungszustand feststellen. Wir als Niedersachsen liefern unsere Daten dorthin.

Die Vorgängerregierung hat eine Potenzialstudie gemacht. Da ging es darum, wie groß die maximale Population ist, wenn alle Lebensräume in Niedersachsen besiedelt sind. Diese Ergebnisse liegen vor und fließen natürlich auch in diese Erarbeitung, in ein europarechtskonformes, regionaldifferenziertes Bestandsmanagement, ein.

Aber es ist eben EU-rechtlich und nationalrechtlich nicht möglich, dass Niedersachsen eine Obergrenze für Wölfe oder für andere unter Artenschutzrecht stehende Tierarten festlegt. Das kann nur der Bund zusammen mit der EU-Kommission machen, und daran arbeiten wir konstruktiv mit.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Herr Minister. - Für die CDU-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Dr. Schmädeke das Wort.

Dr. Frank Schmädeke (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine Damen und Herren! Vor dem Hintergrund der neuerlichen Wolfsrisse bei einem Hund in der Nähe von Uelzen stelle ich die Frage: Wie stellt sich die Landesregierung vor, Hunde und Hundebesitzer beim Spaziergang in Zukunft zu schützen? Eine Zäunung kann es sicherlich nicht sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der AfD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank. - Herr Minister Meyer für die Landesregierung, bitte!

Christian Meyer, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Natürlich ist der Riss von Nutztieren oder Haustieren durch Wölfe bedauerlich, findet aber statt. Im Wolfsmanagementplan der Vorgängerregierung, der weiterhin in Kraft ist, gibt es umfangreiche Verhaltensempfehlungen dazu, was man bei einer Wolfsbegegnung mit einem Hund in dem Wolfsterritorium tun und lassen soll. Das ist unter 15.1.2.1 öffentlich einsehbar. Da finden Sie die Verhaltensempfehlungen, die es auch in anderen Bereichen für den Umgang mit Wölfen und Hunden gibt.

Aber es gilt, wie in all diesen Bereichen: Einen hundertprozentigen Schutz gibt es natürlich nicht. Aber es ist der Appell, sich möglichst an diese Verhaltensempfehlungen zu halten.

(Zurufe von der CDU)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Herr Minister. - Die dritte Frage aus der CDU-Fraktion stellt die Abgeordnete Hopmann. Bitte!

Laura Hopmann (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor dem Hintergrund, der eben hier auch geschilderten Konflikte zwischen Menschen, Haus- und Weidetieren und Wölfen frage ich: Wie viele Wölfe haben denn nach Auffassung der Landesregierung Platz in Niedersachsen, wenn ein möglichst konfliktfreies Miteinander sichergestellt sein soll?

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der AfD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank. - Herr Minister Meyer antwortet für die Landesregierung. Bitte!

Christian Meyer, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Auch da gilt das EU-Recht. Niedersachsen ist vertragstreu. Ich habe Ihnen geschildert: Es gibt die FFH-Richtlinie, die, glaube ich, 30 Jahre in Kraft ist. Ich habe Ihnen geschildert, dass danach der Wolf den höchsten Schutzstatus hat.

Ich habe Ihnen auch geschildert, dass eine Änderung - das kann man bedauern oder nicht - nur einstimmig durch die Mitgliedstaaten erfolgen kann. Sie können sich vorstellen, wie schwierig das ist, weil alle anderen Länder sicherlich auch andere Tierarten und Interessen haben. Deshalb hat die EU bislang, also in den letzten Jahren, keine Initiative ergriffen, diesen Schutzstatus zu ändern.

Unabhängig davon gibt es schon jetzt die Möglichkeit zur Entnahme von bestimmten Problemwölfen und - das ist hier angesprochen worden - zum regionaldifferenzierten Bestandsmanagement, wenn es europarechtskonform ist. Da arbeiten wir intensiv mit dem Bund und der Europäischen Kommission zusammen, damit wir solche Möglichkeiten haben können.

Aber noch einmal: Es gibt die Potenzialstudie - die gibt es übrigens bundesweit -, wie viele Wölfe theoretisch der Lebensraum in Niedersachsen verträgt. Ich glaube nicht, dass die Weidetierhaltung dieses maximale Potenzial verträgt. Aber wir müssen errei-

chen - und darauf arbeiten wir hin -, dass es möglichst schnell zu einer Feststellung eines Erhaltungszustandes kommt.

Vor fünf Jahren habe ich noch als grüner Agrarminister unter meinem Vorsitz auf der Agrarministerkonferenz einen Antrag eingereicht, dass der Bund aufgefordert wird, den Erhaltungszustand endlich festzustellen. Die Antwort damals vom Bundesminister Schmidt - CDU/CSU - war: Nein, die Bundesregierung hat die Auffassung, der günstige Erhaltungszustand ist in Deutschland nicht erreicht. - Das hat die Große Koalition im Bund gemacht, und das macht die jetzige Regierung.

(Ulf Thiele [CDU]: Das ist jetzt fünf Jahre her!)

Und solange die Bundesebene diese Position hat - und übrigens die EU-Kommission auch -, hat Niedersachsen nicht die Möglichkeit, eine eigene Begrenzung vorzunehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Die Frage ist nicht beantwortet!)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank. - Die vierte Zusatzfrage aus der CDU-Fraktion stellt Herr Dr. Marco Mohrmann. Bitte!

Dr. Marco Mohrmann (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich frage die Landesregierung, ob sie zwingende öffentliche Interessen wie beispielsweise den Küstenschütz sieht, dass dort in den Regionen die Wölfe entweder wieder verdrängt werden müssen oder vielleicht komplett wolfsfrei gehalten werden. Ich würde mich sehr freuen, dazu Ihre Einschätzung zu hören.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Bitte, Herr Minister!

Christian Meyer, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch da kann ich auf die Vorgängerregierung verweisen. Olaf Lies hat zusammen mit dem Kollegen aus Schleswig-Holstein - ein Grüner, Jan-Philipp Abrecht - einen Brief an die EU-Kommission geschrieben, der genau diese Bedenken zum Küstenschütz - ob man nicht

an den Deichen wolfsfreie Zonen einrichten könnte - zum Inhalt hat.

Die EU-Kommission hat wolfsfreie Zonen abgelehnt und gesagt, es gibt keine Gebiete mit wolfsfreien Zonen. Die gibt es im Übrigen auch nicht in Schweden oder Frankreich, die hier immer als Beispiel angeführt werden. Die EU-Kommission lehnt das bislang ab.

Auch da gilt wieder: Wir müssen uns an das Recht halten, und es kann nur die EU-Kommission die FFH-Richtlinie im geschilderten Verfahren ändern.

(Zurufe von der CDU)

Das kann man bedauern, aber das ist die Rechtslage, und Niedersachsen ist rechtstreu.

(Dr. Marco Mohrmann [CDU]: Wie ist denn Ihre Haltung dazu?)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Die fünfte Zusatzfrage aus der CDU-Fraktion stellt der Abgeordnete Dr. Schmädeke. Bitte!

(Beifall bei der CDU)

Dr. Frank Schmädeke (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine Damen und Herren! In der 18. Legislaturperiode hat der Landtag mit Mehrheit von CDU und SPD den Wolf ins Jagdrecht aufgenommen. Darüber hinaus haben wir den guten Erhaltungszustand des Wolfes und die Untergrenze des Wolfes nach dem französischen Modell gefordert. Deswegen frage ich jetzt die Landesregierung: Wie stehen Sie heute zu diesen Beschlüssen?

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Herr Minister Meyer antwortet.

Christian Meyer, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur Aufnahme des Wolfs ins Jagdgesetz: Das ist in Niedersachsen jetzt Fakt. Ich habe das geschildert. Die Auffassung ist ja so, dass sich an der Rechtslage nichts geändert hat. Eine Bejagung ist weiterhin nicht möglich, sondern es gibt weiterhin nur die Möglichkeit von artenschutzrechtlichen Ausnahmegenehmigungen.

Sie haben den Koalitionsvertrag gelesen. Dort steht nicht, dass wir eine Änderung am Jagdgesetz vornehmen wollen. Daher ist die Entscheidung so, wie sie ist. Der Wolf ist im Jagdrecht. Die Landesregierung sieht es auch weiterhin so, dass er dort bleibt.

Zu den anderen Punkten habe ich bereits etwas gesagt. Wir haben viele Forderungen an den Bund und die EU-Kommission gestellt, werden sie auch weiterhin stellen und befinden uns in konstruktiven Gesprächen.

Unser Ziel ist es - das steht auch im Koalitionsvertrag auf der Bundesebene -, ein europarechtskonformes, regionaldifferenziertes Bestandsmanagement hinzubekommen. Daran arbeiten wir intensiv mit.

Auf der letzten Umweltministerkonferenz, die unter meinem Vorsitz verlief, hat sich Niedersachsen dafür eingesetzt, dass das schneller passiert und dass die Frage von Untergrenzen und Obergrenzen - es gibt Gutachten, die die Umweltministerkonferenz in Auftrag gegeben hat, um das festzustellen - geklärt wird.

Niedersachsen liefert die Monitoring-Daten - an der Stelle auch ein Dank an die Vorgängerregierung - am zuverlässigsten. Wir haben dank der Landesjägerschaft eines der besten Monitoring-Systeme und dadurch gute Bestandsdaten. Wir setzen uns auch dafür ein, dass Meldungen schneller erfolgen. Die Meldung der Wolfsbestände an die EU soll nicht alle drei oder fünf Jahre erfolgen, sondern sie soll aktuell, so schnell wie man die Daten hat, erfolgen, sodass man immer ein realistisches Bild hat und auf einer solchen realistischen Grundlage eine sachlich gut begründete Entscheidung von Bund und EU-Kommission möglichst schnell getroffen werden kann, damit wir das, was im Koalitionsvertrag steht - nämlich regional differenzierte Bestandsmanagementkonzepte zu entwickeln -, auch umsetzen können.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Laura Hopmann [CDU]: Das heißt, Sie setzen den Weg der rot-grünen Regierung fort!)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Herr Minister Meyer. - Für die AfD-Fraktion stellt Herr Abgeordneter Dannenberg die vierte Zusatzfrage.

Alfred Dannenberg (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrter Herr Minister Meyer, Sie haben in Ihrer ersten Antwort auf meine Dringliche Anfrage gesagt, dass Sie die EU-Initiative begrüßen würden. Sie haben völlig zu Recht festgestellt, dass es einen appellativen Charakter für die nachfolgenden Institutionen hat. Sonst beruft man sich auch immer gerne auf EU-Recht. Herr Meyer, was hindert Sie daran, hier jetzt ganz vorne zu sein und ganz schnell in Niedersachsen den Wunsch der EU umzusetzen?

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Bitte, Herr Minister Meyer!

Christian Meyer, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum einen habe ich ja erklärt, dass es der Wunsch einer Mehrheit des EU-Parlaments ist und nicht der der EU-Kommission oder der des Rates. Dort gibt es leider noch keinen Beschluss, der uns dazu auffordert.

(Zuruf von Reinhold Hilbers [CDU])

Aber in den Punkten stehen sehr viele gute Dinge drin. In der Resolution des Europaparlaments finden sich 18 Punkte. Zum Beispiel werden in Punkt 16 die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten - also Sie sehen, an wen sich das richtet - aufgefordert, spezifische Aktionspläne zu Großraubtieren zu erstellen. Wenn Sie unseren Koalitionsvertrag gelesen haben, dann haben Sie gesehen, dass wir das machen. Wir erarbeiten hier einen mit dem Bund und der EU abgestimmten Aktionsplan zum Thema Weidetierhaltung und Wolf.

Des Weiteren fordert das Europaparlament, dass das Thema Entschädigungszahlungen und Präventions- und Billigkeitsleistungen mit ausreichend finanziellen Mitteln hinterlegt werden sollen.

Ferner sollen entstandene Kosten für Tierverluste und erstmalige Herdenschutzmaßnahmen übernommen und der gesteigerte Mehraufwand der Landwirte kompensiert werden.

Und dann - das begrüße ich sehr - soll die EU-Kommission die Änderung der Agrarleitlinie erwägen, um die Gewährung von Leistungen als staatliche Beihilfe zu erleichtern. Sie wissen: Wir haben in der Vergangenheit viele Beihilfen gegeben und wollen das auch weiterhin tun. Aber es ist natürlich auch gut, wenn die EU-Kommission das ermöglicht.

Das Parlament fordert auch, dass es einheitliche Entschädigungsregelungen in den Mitgliedstaaten gibt. Aktuell hat jeder Mitgliedstaat an der Stelle völlig unterschiedliche Regelungen für den Fall, dass z. B. ein Schaf gerissen wird. Manche zahlen gar nichts, manche zahlen sehr viel. Wir sind da sicherlich an der oberen Grenze.

Das Parlament fordert die Forschung auf, es fordert, etwas für die Naturschutzziele zu tun, es fordert, das Monitoring durchzuführen, es fordert, das gesetzliche Instrumentarium zum Management auszuschöpfen - an der Stelle haben wir in Niedersachsen schon alles auf dem Weg -, und es fordert z. B. in Punkt 5, die Nutztierschadensanalyse zeitnah und transparent zu veröffentlichen. In Niedersachsen werden die Daten zu den Nutztierschäden mitunter tagesaktuell veröffentlicht. Also auch dort sind wir sehr weit vorne und bringen uns als sehr betroffenes Land an der Stelle auch sehr gerne in einen Prozess ein.

Wir hoffen, dass die EU-Kommission auch diese Frage, die natürlich zu Herausforderungen führt, auch zeitnah angeht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank. - Die fünfte und damit letzte Zusatzfrage der AfD-Fraktion stellt Herr Abgeordnete Queckemeyer. Bitte!

Marcel Queckemeyer (AfD):

Sehr geehrte Präsidentin! Herr Minister Meyer, gerade Ihre Partei spricht immer von Artenvielfalt. Wie möchten Sie in Niedersachsen den Fortbestand des Mufflons garantieren?

(Beifall bei der AfD - Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN - Grant Hendrik Tonne [SPD]: Es gibt keine Verpflichtung, fünf Zusatzfragen zu stellen!)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Ich bin gerade etwas irritiert, weil Zusatzfragen zur Sache gehören müssen und sollen. Sie sollen sich nicht über die ursprüngliche Frage hinaus auf andere Gegenstände ausdehnen. Aber vielleicht meistern Sie das ja.

Bitte, Herr Minister!

Christian Meyer, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

In der Tat muss ich deshalb erst einmal überlegen.

Ich bin mir nicht ganz sicher, aber nach meiner Kenntnis ist das Mufflon hier eingeführt worden und ist eigentlich ein Bergbewohner aus Sardinien!

(Christian Fühner [CDU]: 100 Jahre!)

Es ist also keine heimische Tierart. Sie kennen ja diese Debatte über die invasiven Tierarten etc. Von daher ist es keine heimische Tierart in Niedersachsen. Das möchte ich erst einmal feststellen.

(Christian Fühner [CDU]: Deswegen ist es egal, oder wie? - Unruhe)

- Nein, es ist nicht egal.

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Also, der Herr Minister antwortet, und die Gespräche können Sie dann außerhalb führen.

Christian Meyer, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Aber z. B. bei Waschbären und Nutria haben wir eine gemeinsame Bekämpfungsstrategie und wollen, glaube ich, weil sie erhebliche Schäden an der Artenvielfalt verursachen oder die Deiche gefährden, an einem Strang ziehen. Aber das ist doch jetzt nicht das Argument. Das Argument war doch gerade die Artenvielfalt. Und als Naturschützer muss man für den Erhalt der Artenvielfalt die Lebensräume erhalten, in denen die Tiere heimisch sind. Das ist doch der Grundgedanke des Naturschutzes.

Dass der bei der AfD ein bisschen fehlt, das merkt man, glaube ich, öfter. Da gab es gestern ja erst die Debatte, in welcher sie den Naturpark Wattenmeer retten wollten.

(Beifall bei den GRÜNEN - Jens-Christoph Brockmann [AfD]: Oh!)

Von daher ist es jetzt ein bisschen komisch, dass sie den Wolf für den Verlust an Artenvielfalt verantwortlich machen wollen. Im Gegenteil ist es ja sogar so, dass der Wolf zur Artenvielfalt beiträgt. Er ist eine heimische Tierart. Von daher ist es ein Erfolg des Naturschutzes, dass es ihn wieder in Niedersachsen gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN - Jens-Christoph Brockmann [AfD]: Mufflons dann wohl nicht!)

Ich erinnere gerne an das Wahlprogramm der CDU von 2013 von Herrn McAllister. Dort stand der Satz:

Die CDU hat mit Erfolg Luchs und Wolf in Niedersachsen wieder angesiedelt. - Das haben Sie als Erfolg bezeichnet. "Wieder angesiedelt": Er ist von alleine gekommen, es war noch nicht einmal die Leistung der CDU.

Aber mittlerweile haben wir doch gelernt, dass der Wolf durchaus auch Probleme macht, dass er zwar ein Erfolg für den Naturschutz ist, aber dass wir die Weidetierhalterinnen und Weidetierhalter unterstützten müssen. Also, überlegen Sie in allen Parteien doch noch einmal, denn früher gab es noch eine sehr große Kuschelromantik. Ich könnte jetzt auch die FDP zitieren, die Broschüren mit dem Slogan "Willkommen Wolf" verteilt hat.

Wir müssen lernen: Der Wolf schafft natürlich auch Probleme. Und dem stellt sich die Landesregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Jörn Schepelmann [CDU]: Aber Sie sind der Minister und müssten Antworten haben! Ist das schlecht! - Zuruf von Volker Bajus [GRÜNE])

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Es liegen uns keine weiteren Wortmeldungen für Zusatzfragen vor. Weitere Fragen beantwortet oder diskutiert der Minister gerne mit Ihnen außerhalb des Plenarsaals und außerhalb des Rahmens der Dringlichen Anfrage. Die Behandlung der Dringlichen Anfragen ist hiermit beendet.

Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 12:

Erste Beratung:

Kinder und Jugendliche vor sexuellem Missbrauch schützen - Rechtsrahmen zur Speicherung von Verkehrs- und Standortdaten ausschöpfen! - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/113

Zur Einbringung hat sich für die CDU-Fraktion Herr Abgeordneter Christian Calderone zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Calderone!

(Beifall bei der CDU)

Christian Calderone (CDU):

Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. - Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Was für ein Chaos! Da zeigt uns der Europäische Gerichtshof in einem Urteil vom 20. September 2022 auf, unter welchen Umständen, in welchen Grenzen und welchen rechtlichen Rahmenbedingungen eine Vorratsdatenspeicherung von Verkehrs- und Standortdaten möglich ist. Die ist nämlich zum Schutz der nationalen Sicherheit, zur Bekämpfung schwerer Kriminalität und zur Verhütung schwerer Bedrohung der öffentlichen Sicherheit innerhalb personeller, geografischer, zeitlicher und richterlicher Leitplanken, also nicht vorbehaltslos, sondern eingeschränkt, möglich.

Die polizeilichen Kriminalstatistiken, die, wenn es um Internetkriminalität geht, nur einen vagen Hinweis darauf bieten, wie das tatsächliche Dunkelfeld aussehen könnte - und das gilt auch für die Fälle des sexuellen Missbrauchs -, zeigen eine dramatisch steigende Anzahl der Straftaten in dem noch immer weitgehend rechtsfreien Raum des Internets.

Dann beginnt in Deutschland innerhalb der politischen Ampel in Berlin auf Bundesebene ein vielstimmiger Diskurs über mögliche Maßnahmen, die allesamt nicht abgestimmt, vielfach untauglich, langwierig und praxisfern sind. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die beste Einladung für alle Straftäterinnen und Straftäter, fröhlich die digitalen Möglichkeiten weiter zu nutzen. Was für ein Chaos!

Vor dem Hintergrund des Urteils des Europäischen Gerichtshofs, das wir als Union sehr begrüßen - weil es den Rechtsrahmen vorgibt, den nationale Parlamente ausfüllen können und auch ausfüllen müssen -, und angesichts der dramatischen Situation von Internetkriminalität - hier insbesondere der ausufernden Verbreitung von Kinderpornografie im Internet - spricht sich die Innenministerkonferenz für eine Vorratsdatenspeicherung aus - innerhalb der Leitplanken des Urteils des EuGH.

Der FDP-Bundesjustizminister hingegen will ein Verfahren anwenden, bei dem nach Vorliegen eines Anfangsverdachts konkrete Daten eingefroren werden können: das sogenannte Quick-Freeze-Verfahren - was allerdings schon lange als völlig unwirksam gilt. Die Justizministerkonferenz folgt dieser Position des Bundesjustizministers mehrheitlich - entgegen dem Votum der Innenministerkonferenz.

Die SPD betont ausweislich ihres Parteiblättchens, dass die Bundesinnenministerin ja eigentlich eher dafür ist, IP-Adressen zu speichern, dass es in der SPD aber auch Befürworter des FDP-Vorschlags gibt und dass es ja noch weitere Möglichkeiten in diesem Bereich gibt. Zum Beispiel die Log-in-Falle. Das ist eine Maßnahme, bei der die Sicherheitsbe-

hörde sozusagen erst beim zweiten Mal tätig werden und die Verkehrsdaten speichern kann - man hat also sozusagen eine Straftat im Internet frei.

Und die Grünen wollen die Speicherung der IP-Adressen auf die Müllhalde der Geschichte werfen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was für ein Chaos! - Das war ein Zitat.

Und während sich SPD, Grüne und im Bund auch die FDP seit drei Monaten streiten, wie dieses EuGH-Urteil justizpolitisch und innenpolitisch umgesetzt werden soll, freuen sich alle Straftäter im Internet, machen fröhlich weiter und lachen unseren Sicherheitsbehörden ins Gesicht.

(Zustimmung bei der CDU - Uwe Schünemann [CDU]: So ist es leider!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der deutsche Staat ist bei der Verfolgung von Straftaten im Internet aktuell eingeschränkt, wie übrigens insgesamt bei der Aufklärung von Straftaten, die - das ist in einer zunehmend digitalen Welt eben vermehrt der Fall - unter Zuhilfenahme oder ausschließlicher Nutzung digitaler Mittel begangen werden.

Und da hilft es auch nichts, dass sich die Justizministerin und der Innenminister unseres Landes Anfang des Monats medienwirksam vor die Presse gestellt und die Erfolge im Kampf gegen die organisierte Kriminalität durch eine Entschlüsselung von Geheimkontakten gefeiert haben. Denn bei der überschaubaren Zahl von 78 Verfahren im vergangenen Jahr gingen wesentliche Verfahrensinhalte auch noch auf Datenentschlüsselungen durch ausländische Sicherheitsbehörden zurück - also auf eine Speicherung digitaler Verkehrsdaten durch befreundete Dienste im Ausland!

Meine Damen und Herren, die Staatsanwaltschaften, das Bundeskriminalamt, die Landeskriminalämter, die Polizeibehörden, die mit der inneren Sicherheit befassten Dienste sagen der Politik seit Langem, dass sie Möglichkeiten wie Vorratsdatenspeicherung, Quellen-TKÜ, Honeypots auch nach deutschem Recht benötigen, um in einem schier unüberschaubaren Internet Straftaten wirksam bekämpfen zu können.

Insbesondere SPD und Grüne lassen diese Dienste, unsere Sicherheitsbehörden, seit Jahrzehnten politisch allein. Sie sind angewiesen auf Daten, die europäische, US-amerikanische, kanadische Dienste abfischen. Und dann feiern sich unsere Minister auch noch für Erfolge, die sie auf

Grundlage von Datenerhebungen ausländischer Sicherheitsbehörden erzielen und die sie hier im eigenen Bundesland den eigenen Sicherheitsbehörden aus politischen und ideologischen Gründen verwehren. Das kann es aus meiner Sicht nicht sein. Das ist Chaos und absurd, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Zur Bekämpfung von Internetkriminalität wie übrigens zur gesamten inneren Sicherheit hat sich dagegen die CDU - und im Bund auch die CSU - klar und eindeutig positioniert. Die Union hat sich von Anbeginn der Diskussion dafür ausgesprochen, den rechtlichen Rahmen zur Erhebung von Vorratsdaten so weit wie möglich zu nutzen, um das Leben der Menschen nicht nur auf der Straße, sondern auch im Netz sicher zu machen. Das haben wir auf der Konferenz der justizpolitischen Sprecher der Union der Länder und des Bundes bundeseinheitlich so deutlich gemacht. Das galt auch für die letzte Legislaturperiode in Niedersachsen, in der die CDU immer für die Vorratsdatenspeicherung eingetreten ist, aber auch immer vom Koalitionspartner, der SPD, ausgebremst wurde.

Dabei bestätigen uns die Ermittlungsbehörden seit Jahren, wie dringend sie das Instrument der Vorratsdatenspeicherung benötigen, um im Kampf gegen Kindesmissbrauch, Kinderpornografie und die organisierte Kriminalität im Netz effektiv vorgehen zu können. Ohne die Zuordnung der IP-Adresse zu einem Anschlussinhaber, über die jedes Gerät im Netz gefunden werden kann, laufen die Ermittlungen insbesondere zur Aufdeckung schwerster Kriminalität im Bereich des Kindesmissbrauchs weitgehend ins Leere, weil keine anderen Spuren vorhanden sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sicherheit ist nicht teilbar, Sicherheit ist nicht verhandelbar. Deswegen müssen wir den Strafverfolgungsbehörden alle Möglichkeiten an die Hand geben, für Sicherheit auf der Straße, in den Häusern, in den Familien und eben auch im Internet zu sorgen. Der schönste Datenschutz hilft unseren Familien in Niedersachsen nicht weiter, wenn sie nicht sicher sein können, dass die Strafverfolgungsbehörden alle Mittel ausschöpfen, die faktisch und rechtlich möglich sind, um ihre Kinder, ihre Jungen und Mädchen, vor Belästigungen, vor sexuellem Missbrauch im Internet zu schützen. Der beste Datenschutz hilft nicht weiter, wenn wir unsere Familien nicht schützen können!

(Beifall bei der CDU)

Der Schutz der Kinder muss doch die Priorität unseres politischen, auch justizpolitischen Handelns sein! Dazu gehört auch, dass die Politik bei einer sich insbesondere durch Digitalisierung verändernden Struktur von Straftaten den Sicherheitsbehörden die entsprechenden wirksamen und auch rechtlich möglichen Mittel an die Hand gibt. Das ist aktuell in Deutschland nicht der Fall, und ich habe keine Hoffnung, dass das mit der SPD und den Grünen auch nur ansatzweise gelingt. Wir sehen das in der Frage der Umsetzung des EuGH-Urteils in deutsches Recht sehr exemplarisch.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von SPD und Grünen, wir helfen Ihnen auch hier, und zwar gerne. Mit uns gibt es Klarheit, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit und einen handlungsfähigen Staat. Folgen Sie unserem Entschließungsantrag! Setzen Sie dessen Inhalte hier im Land und auf Bundesebene um, und die Menschen, die Familien, die Kinder in unserem Bundesland werden sich ein Stück weit sicher fühlen können vor einer der widerlichsten Straftaten, die im Strafgesetzbuch abgebildet ist, nämlich dem sexuellen Missbrauch von Jungen und Mädchen!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der AfD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Calderone. - Für die AfD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Moriße das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Thorsten Moriße (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Kollegen! Vorab: Vor genau drei Monaten bin ich Großvater geworden - und nach der Regierungsbildung lief mir ein Schauer über den Rücken, als mir klar wurde, dass hier in Niedersachsen die Genossen der SPD wieder an den Hebeln für die staatliche Familienpolitik sitzen.

Sehr geehrte CDU, Kinderpornografie gehört zu den schwersten Verbrechen in unserem Rechtssystem und muss mit allen zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln verfolgt werden. Das Urteil des EuGH ist zum Teil begrüßenswert. Aber Ihre Haltung, sehr geehrte CDU, zur demokratisch-freiheitlichen, bürgerlichen AfD ist peinlich, unverfroren und scheinheilig. Sie bedienen sich bei Argumenten der AfD und benutzen diese auch in den Medien als

eigene, obwohl Sie in der letzten Legislaturperiode als Regierungspartei alles mitgetragen haben. Und nun scholzen Sie! - Unverständlich! So werden wir keine Freunde, sehr geehrte CDU.

(Beifall bei der CDU - Carina Hermann [CDU]: Wollen wir auch nicht! - Zuruf von Sebastian Lechner [CDU])

- Ja, beruhigen Sie sich! Das war nur ein Klaps auf den Hintern. Es geht ja weiter.

Aber bei den Anträgen, die sich für das Wohl unserer Kinder einsetzen, werden Sie bei der AfD immer ein offenes Ohr finden.

(Zustimmung bei der AfD)

Nun zum Antrag mit unserer Begründung, meine Damen und Herren: Es werden im Antrag der CDU alle Bürger unter Generalverdacht gestellt und die Vorrats- und Standortdaten aller gespeichert, nach dem Motto: Wer kein gläserner Bürger sein will, der ist ein Schwerstverbrecher. - Die Speicherung von Daten muss mit Fingerspitzengefühl angegangen werden.

Dennoch stehen wir den Beratungen nicht ablehnend gegenüber. Aber wenn Sie nach Berlin schauen, meine Damen und Herren, dann sehen Sie, welch ein Unsinn dort eine rot-rot-grüne Landesregierung verzapft. Dort wird mit Genehmigung der zuständigen Linken, die hier im Landtag Gott sei Dank nicht sitzen - - -

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Herr Abgeordneter Moriße, ich habe einmal geschluckt bei dem Wort "unverfroren", das zweite Mal bei dem Wort "scheinheilig", das unparlamentarisch ist. Jetzt benutzen Sie weitere Wörter, die absolut unparlamentarisch sind. Ich erteile Ihnen hiermit einen Ordnungsruf und fordere Sie wirklich auf, zum Thema, zu diesem Antrag zu sprechen und solche Arten der Bewertung hier im Parlament zu unterlassen

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Thorsten Moriße (AfD):

Okay. Nun sind die Ohren gespitzt, meine Damen und Herren im Landtag.

Der Vorsitzende des Trägervereins, Dr. Rüdiger Lautmann, setzt sich für die Straffreiheit von Pädosexualität ein. Dieser Mann gehört nicht in den Vorstand eines Kindergartens. Möchten Sie, verehrte Kollegen der CDU, solche Projekte mit solchen Personen, die sich für die Straffreiheit von Pädosexualität einsetzen und damit eine Gefahr für unsere Kinder sind, verhindern, und Ihr Antrag ist ernst gemeint, werden Sie diesen nur mit der einzig wahren Opposition, der AfD, durchsetzen können.

Ich danke Ihnen. Und: Frohe Weihnachten!

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Ulf Prange das Wort. Bitte schön!

Ulf Prange (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Calderone, ich finde es, ehrlich gesagt, schade, dass Sie dieses wichtige und ernste Thema hier so dargestellt haben, wie Sie es dargestellt haben, weil: Damit werden Sie dem Thema nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD - Uwe Schünemann [CDU]: Ganz sachlich!)

Sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen und Kinderpornografie gehören zu den schwersten Straftaten, die es gibt. Da braucht es konsequentes Handeln. Ich glaube, darüber waren wir uns in der Vergangenheit auch immer einig.

Jetzt hier von "Chaos" zu sprechen und Dinge in ein bestimmtes Licht zu rücken, ist zumindest fragwürdig. Zum Beispiel die Pressekonferenz von Justizund Innenministerium anzusprechen, in der es meiner Kenntnis nach um dekodierte Handys, also um die Darstellung eigener Ermittlungen ging, muss nicht sein und ist, glaube ich, auch nicht gut. Sie sind vielleicht in der Opposition angekommen, aber ich würde doch darum bitten, dass wir künftig bei solch wichtigen Themen das Gemeinsame stärker betonen.

Sie haben das Urteil des EuGH vom November angesprochen. Es ist ja nicht so, dass der EuGH die Vorratsdatenspeicherung in diesem Urteil als zulässig und als europarechtskonform anerkannt hat. Ganz im Gegenteil: Die Regelung, die wir in Deutschland hatten, wurde als unzulässig und rechtswidrig eingestuft.

(Uwe Schünemann [CDU]: Er hat uns aber gesagt, wie es geht!)

Der EuGH hat sehr enge Grenzen gesetzt, innerhalb derer sie zulässig ist.

(Carina Hermann [CDU]: Damit hat er die Möglichkeit eröffnet, den Rechtsrahmen auszufüllen!)

In der Vergangenheit hatten wir also eine Regelung, die jetzt rechtswidrig ist, die in den letzten Jahren auch nicht angewendet worden ist, ausgesetzt war. Das war ein Zustand, in dem es nicht möglich war, auf Informationen zuzugreifen. Wenn man jetzt schon wieder einen Schnellschuss macht und am Ende zu einem Ergebnis kommt, bei dem wir vielleicht wieder eine Regelung haben, die nicht den Vorgaben des Europarechts genügt, stehen wir erneut mit leeren Händen da.

(Uwe Schünemann [CDU]: Also machen wir gar nichts?)

Deswegen finde ich das, was in Berlin stattfindet und was Sie eben als "Chaos" bezeichnet haben, richtig. Es wird um gute Lösungen gerungen. Unser Innenminister hat sich sehr deutlich dazu geäußert und gesagt: Das, was die Polizei, was die Ermittlungsbehörden und die Justiz brauchen, ist zweierlei: Einmal geht es um die Daten. Aber es braucht auch eine gut ausgestattete Polizei und Justiz.

Dafür haben wir uns in der Vergangenheit immer eingesetzt. Das werden wir auch weiterhin tun. Dies ist ja auch im Koalitionsvertrag niedergelegt.

(Carina Hermann [CDU]: Das hat nichts mit Vorratsdatenspeicherung zu tun!)

Mehr Personal, bessere Fort- und Weiterbildung, gute IT-Struktur, Künstliche Intelligenz - das ist das eine. Hier sind wir auch als Land in der Verantwortung, es vor Ort umzusetzen. Das andere ist: Wir müssen schauen, welche Regelung wir europarechtskonform und grundrechtsschonend umsetzen können.

Da gibt es den Vorschlag, Quick Freeze anzuwenden. Quick Freeze hat einen großen Nachteil. Es ist völlig klar, dass nur die Daten eingefroren werden können, die vorhanden sind. Daten, die länger zurückliegen, erhalte ich darüber nicht. Das ist gerade bei der Kinderpornografie ein Problem. Trotzdem ist Quick Freeze besser als das, was wir jetzt haben, nämlich gar nicht zugreifen zu können.

Insoweit kann man sich doch im Sinne vom Spatz in der Hand oder der Taube auf dem Dach damit beschäftigen, welche Möglichkeiten unsere Ermittlungsbehörden durch Quick Freeze erhalten. Sie bekommen darüber übrigens nicht nur die IP-Adresse, sondern mehr Daten. Brauchen wir vielleicht ein "Quick Freeze plus"? Da kann man doch nicht einfach einen Antrag schreiben und sagen: So ist es! Vielmehr müssen wir doch auch im Niedersächsischen Landtag eine Debatte hierüber führen.

(Sebastian Lechner [CDU]: Das wollen wir doch!)

Ich will noch etwas anderes sagen. IP-Adressen - schön und gut. Aber die ganz schweren Fälle passieren im Darknet, und da hilft Ihnen die IP-Adresse nicht weiter - zumindest nach dem, was ich in Gesprächen mit den Ermittlungsbehörden immer höre. Insoweit gibt es eine weitere Lücke.

Lassen Sie uns nicht wieder den gleichen Fehler machen, den wir vor vielen Jahren gemacht haben, als wir eine Regelung gefunden haben, ohne uns die Bedarfe der Ermittlungsbehörden und die rechtlichen Möglichkeiten anzuschauen. Das ist das, was wir jetzt leisten müssen.

(Uwe Schünemann [CDU]: Es ist kein Fehler, das EuGH-Urteil auszuwerten und dann einen Gesetzentwurf zu schreiben!)

Insoweit bin ich zuversichtlich. Wir haben in Niedersachsen eine großartige Justizministerin und einen großartigen Innenminister, die sich hierzu auch, wie ich finde, sehr richtig geäußert haben. Ich habe großes Vertrauen, dass sie das, was wir in Niedersachsen im Parlament beraten, nach Berlin tragen und dafür sorgen, dass wir eine Regelung finden, die diese Abwägung, die wir hier zu treffen haben, auflöst. Wir sind als SPD auf jeden Fall bereit, daran mitzuarbeiten.

Es gibt - das will ich abschließend sagen - einen Handlungsbedarf angesichts steigender Fallzahlen von Kinderpornografie und sexualisierter Gewalt. Aber wir müssen Regelungen finden, die funktionieren. Dafür stehen wir.

Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Prange. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Abgeordnete Evrim Camuz das Wort. Bitte!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Evrim Camuz (GRÜNE):

Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Liebe CDU-Fraktion, mit Ihrem Entschließungsantrag haben Sie auf den ersten Blick die vermeintliche Bekämpfung einer sehr schwerwiegenden und zutiefst verwerflichen Straftat auf die Tagesordnung gesetzt, nämlich die Verbreitung kinderpornografischer Inhalte.

Ich habe mich dabei ertappt, dass ich zunächst über diesen Entschließungsantrag sprechen wollte, habe dann aber ziemlich schnell gemerkt, dass es Ihnen weniger um den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexuellem Missbrauch als vielmehr um Ihren Überwachungswahn geht. Aber da, sehr verehrte Kollegen und Kolleginnen, mache ich nicht mit!

(Beifall bei den GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU)

Man könnte meinen, Sie wünschten sich amerikanische Verhältnisse herbei. Es ist keine zwei Jahre her, da hat die *New York Times* öffentlich gemacht, dass durch die Vorratsdatenspeicherung in einem Jahr insgesamt 434 Millionen Verkehrsdaten zur NSA flossen. In wie vielen Fällen - das ist eine ernst gemeinte Frage -, glauben Sie, hat die NSA dadurch Informationen erhalten, die das ansonsten zuständige FBI auf anderem Wege nicht erhalten hätte? - In nur zwei Fällen! In einem dieser Fälle hatte das FBI zwar eine Person überprüft, aber weitere Maßnahmen nicht für nötig erachtet. Also bleibt ein einziger Fall übrig, der zu Ermittlungen führte. 434 Millionen Daten - ein einziger Fall, der sicherheitsrelevant war!

Was verbirgt sich hinter der Vorratsdatenspeicherung? - Die Ermittlungsbehörde sucht verzweifelt nach der Nadel im Heu, die CDU vergrößert den Heuhaufen nunmehr, und am Ende sind unsere Ermittlungsbehörden blind vor lauter Daten. Das kann doch nicht Ihr Ansinnen sein!

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Aber wir müssen gar nicht so weit schauen, um zu verstehen, dass die Vorratsdatenspeicherung nicht den starken Nutzen hat, der so häufig suggeriert wird. Das Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht stellte in einer Studie keine signifikanten Veränderungen der Aufklärungsquote von Straftaten fest - und das, obwohl die Vorratsdatenspeicherung wegfiel. Die sicherheitsbehördliche Effektivität konnte mithin nicht empirisch nachgewiesen werden.

Sogar die niedersächsische Landesbeauftragte für den Datenschutz, Ihre Parteikollegin, spricht sich kritisch zu Ihrem Vorhaben aus!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir von Bündnis 90/Die Grünen hier im Landtag halten daher an einer liberalen und progressiven Justizpolitik fest, die auf dem in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts fest verankerten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit fußt.

Wir sprechen uns für die grundrechtsschonende Variante des sogenannten Quick-Freeze-Verfahrens aus, d. h. der Sicherung von Telekommunikationsdaten bei konkretem Verdacht. Diese ist europarechts- und verfassungskonform und damit auch sofort umsetzbar.

Aber, ich muss zugegebenermaßen auch sagen: Es ist nicht das Allheilmittel. Da ich Ihnen aber auch nicht gänzlich absprechen kann und möchte, dass Sie sich gegen die Verbreitung kinderpornografischer Inhalte einsetzen wollen, plädiere ich dafür: Unterstützen Sie uns doch einfach dabei, kindgerechte Beratungsangebote so auszubauen, dass Kinder und Jugendliche sie auch auf eigene Faust aufsuchen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erarbeiten Sie mit uns Schutzkonzepte als partizipative Prozesse an jenen Orten, an denen sich Kinder und Jugendliche aufhalten, sodass wir unsere Kinder präventiv vor sexualisierter Gewalt schützen.

Und zu guter Letzt: Wir haben in unserem Koalitionsvertrag vereinbart, dass wir ein Kinderschutzgesetz auf den Weg bringen wollen - ein Gesetz, das ein flächendeckendes Angebot an Beratung und Unterstützung sicherstellen soll.

Liebe Kolleginnen von der CDU, Sie möchten sich wirklich gegen sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche einsetzen? Dann sind Sie herzlich dazu eingeladen, mit einer großen Mehrheit hier in diesem Hause, gemeinsam mit uns dieses Vorhaben zu unterstützen, das Kinderschutzgesetz einzuführen - und das ohne Vorratsdatenspeicherung.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank. - Für die CDU-Fraktion hat sich der Abgeordnete Calderone zu Wort gemeldet, Sie haben eine Restredezeit von 1:10 Minuten. Bitte schön!

Christian Calderone (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin bei dem Kollegen Prange: Es ist eines der wichtigsten justizpolitischen Themen, sich mit der Frage zu befassen, wie wir den Missbrauch von Kindern und Jugendlichen wirksam bekämpfen. Wir haben uns in der vergangenen Wahlperiode auch sehr intensiv damit befasst.

Liebe Frau Kollegin von den Grünen, es ist immer schwierig, den anderen demokratischen Partnern ihre guten Absichten abzusprechen. Ich glaube, das ist nicht der Stil dieses Hauses.

(Beifall bei der CDU - Uwe Schünemann [CDU]: So sieht es aus!)

Aber wenn wir einer Meinung sind, dass es hier nicht um ein triviales Problem geht, und wenn wir auf der anderen Seite die Erkenntnis haben, dass wir seit Jahrzehnten über die Frage reden, wie wir Straftaten im Internet im Bereich Kindesmissbrauch und in anderen Bereichen wirksam bekämpfen können, dann müssen wir uns damit jetzt auch nicht ganz neu befassen und völlig überfordert von einer solchen EuGH-Rechtsprechung sein. Vielmehr müssen wir auf der Grundlage dieser EuGH-Rechtsprechung jetzt schnell tätig werden und schnell die gesetzlichen Grundlagen schaffen, damit gehandelt werden kann.

Und da hilft es eben nicht, wenn sich die Regierungsfraktionen und die Landesregierung nicht einig sind, wenn Innenminister Pistorius für die Vorratsdatenspeicherung kämpft und die Justizministerin Wahlmann auf der Herbstkonferenz der Justizminister für das Quick-Freeze-Verfahren abstimmt. Wir brauchen da eine Einheitlichkeit der Landesregierung. Wir brauchen schnelles Handeln, denn jeder Tag, an dem wir durch unsere Sicherheitsbehörden im Internet nicht handlungsfähig sind, führt dazu, dass weiter Missbrauch stattfindet.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Uns liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir schließen die Beratung und kommen zur Ausschussüberweisung.

Wer der Überweisung in den Ausschuss für Rechtsund Verfassungsfragen zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen und Enthaltungen brauche ich nicht abzufragen, das war einstimmig. Somit ist der Antrag überwiesen.

Wir kommen zum:

Tagesordnungspunkt 13:

Erste Beratung:

Hohes Sicherheitsrisiko durch Geldautomatensprengungen für Anwohner und Einsatzkräfte -Tatanreize durch gesetzliche Vorgabe zum besseren Schutz vor Geldautomaten beenden - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/116

Zur Einbringung hat sich Herr Abgeordneter Alexander Saade, SPD-Fraktion, zu Wort gemeldet. Bitte schön!

(Beifall bei der SPD)

Alexander Saade (SPD):

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit mehreren Jahren bildet in Deutschland der Phänomenbereich der Sprengung von Geldautomaten einen Schwerpunkt der polizeilichen Kriminalitätsbekämpfung. Man kann sagen, dass die Sprengung von Geldautomaten der Bankraub des 21. Jahrhunderts geworden ist. Die kriminellen Gruppen schlagen nicht nur immer häufiger zu, wir beobachten auch, dass ihr Handeln zunehmend skrupelloser geworden ist.

Die Taten selbst laufen meist nach dem gleichen Muster ab. Die Täter reisen nachts mit hochmotorisierten Fahrzeugen an. Sie wählen entlegene oder einzeln stehende Automaten, häufig auf dem Land oder am Stadtrand - das Ganze aber mit guter Anbindung an Fernstraßen und Autobahnen. Die eigentliche Tatausführung spielt sich innerhalb von wenigen Minuten ab. In dem Moment, in dem die Polizei benachrichtigt wird, befinden sich die Täter längst auf der Flucht.

In den seltenen Fällen, in denen es der Polizei gelang, die Verfolgung der Täter aufzunehmen, flüchteten diese mit bis zu 300 km/h über die Autobahn. Eine polizeiliche Verfolgung ist dann kaum mehr möglich. Das Anhalten eines mit so hoher Geschwindigkeit fahrenden Fahrzeugs verlangt ein komplexes taktisches und technisches Vorgehen. Selbst wenn eine Verfolgung noch möglich wäre:

Ein gewaltsamer Stopp durch die Polizei ist bei derartigen Geschwindigkeiten ohne die Gefährdung Dritter kaum denkbar. Das wissen auch die Täter.

Kommen wir noch einmal zurück zu den eigentlichen Sprengvorgängen. Ich darf daran erinnern, dass sich die Geldautomaten oft in bewohnten Gebäuden befinden. Das heißt, oberhalb dieser Automaten leben Menschen. In der Vergangenheit wurden durch diese Explosionen Brände ausgelöst. In einigen Fällen war die Statik der Gebäude so sehr beeinträchtigt, dass sie nicht mehr bewohnbar waren.

Nach den ersten Beobachtungen dieses besonderen Phänomens im Jahr 2005 haben die Täter massiv aufgerüstet. Mittlerweile werden statt Gas überwiegend militärische Sprengstoffe verwendet. Wir sprechen hier von Feststoffsprengstoffen mit sehr hoher Splitterwirkung. Die durch die Detonation angetriebenen, teils massiven und scharfkantigen Trümmerteile erreichen Durchschlagskräfte, denen selbst Fenster und massive Wände nicht mehr standhalten können. Halten Sie sich das einmal bildlich vor Augen! Stellen Sie sich vor, des Nachts geht eine Gruppe Jugendlicher aus der Disco an einem Glasfoyer vorbei, und genau in diesem Moment kommt es zur Detonation!

Auch wenn ein solches Horrorszenario bis jetzt in Niedersachsen noch nicht eingetreten ist, gilt: Wenn die Einsatzkräfte vor Ort eintreffen, Polizei und Feuerwehr, dann wissen sie nie, was sie an Ort und Stelle erwartet. Welche Gefahren gehen von diesem Tatort aus? Gibt es eine zweite Explosion? Gibt es eine Gefahr, die von dem Gebäude selbst ausgeht? Die Anschläge selbst - dies kann man so zusammenfassen - hinterlassen nicht nur finanzielle Schäden, auch die Gefährdung von Leib und Leben Dritter nehmen die Täter bei der Tatausführung und der anschließenden Flucht billigend in Kauf.

Vor diesem Hintergrund ist es ausschließlich Glück, dass bislang niemand schwer verletzt wurde. Diese Straftaten sind eine erhebliche Gefährdung der öffentlichen Ordnung, und sie sind nicht zu tolerieren.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Es stellt sich die Frage: Warum dauern diese Taten so lange an, und warum kann die Polizei die Täter nicht dingfest machen? - Tatsächlich gab es in der Vergangenheit schon zahlreiche Festnahmen. Das sind fast alles Beispiele für äußerst komplexe Ermittlungen, die hoher Personalressourcen bedurf-

ten und in Verbindung mit enger Kooperation internationaler Polizeibehörden durchgeführt wurden. Dafür danken wir unseren Polizeikräften.

(Beifall bei der SPD)

Bei den Sprengungen von Geldausgabeautomaten handelt es sich aber nicht um eine Tatserie, die mit der Festnahme der Täter beendet ist. Das muss man sich vorstellen wie bei dem Kaufhausdieb oder dem Internetbetrüger: Das ist nicht vorbei, wenn man den einen schnappt. Davon gibt es ganz viele. Es gibt immer wieder neue. Deswegen sprechen wir nicht von einer Tatserie, einer homogenen Gruppe. Das Sprengen von Geldautomaten ist vielmehr ein internationales Kriminalitätsphänomen. Das erfordert daher auch eine grundsätzlich andere Herangehensweise. Wir brauchen eine nachhaltig ausgerichtete Bekämpfungsstrategie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit unserem heutigen Antrag bezwecken wir zwei Ziele. Wir wollen Gefahren abwenden und den Kampf gegen die organisierte Kriminalität verstärken.

Im Landeskriminalamt Niedersachsen wurde bereits eine interdisziplinäre Taskforce zur Bekämpfung dieses Phänomens eingerichtet. Die enge Zusammenarbeit mit den Staatsanwaltschaften, den Ermittlerinnen und Ermittlern sowie den internationalen Sicherheitspartnern kommt vor diesem Hintergrund der ja oftmals grenzüberschreitenden Tatbegehung eine ganz große Bedeutung zu.

Der Verfolgungsdruck darf auch nicht nachlassen. Polizei und Staatsanwaltschaft sollen unvermindert auf das Aufspüren und die Verfolgung von Geldautomatensprengern setzen. Ihnen wollen wir die dafür notwendigen Ressourcen dauerhaft zur Verfügung stellen. Bei der Erstellung von Sicherheitskonzeptionen wollen wir auch die Geld- und Finanzinstitute weiterhin durch die Polizei unterstützen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die wirksamste Methode ist aber die präventive technische Umrüstung von Automaten. Effektiv ist sie vor allem dann, wenn sie flächendeckend erfolgt. Damit wird der Tatanreiz reduziert, und dadurch können auch Leben und Eigentum anderer geschützt werden.

Die Geldautomatenbetreiber wollen wir gerne unterstützen. Sie müssen zukünftig aber auch in die Pflicht genommen werden können. Ich möchte das gerne an einem Beispiel verdeutlichen.

Es gibt Geldautomaten, die mit sogenannten intelligenten Banknotenneutralisierungssystemen ausgerüstet sind. Bei bestimmten Ereignissen, z. B. bei

der gewaltsamen Öffnung dieser Automaten, werden die Banknoten für den Täter unbrauchbar gemacht, also neutralisiert. Vorwiegend sind das Einfärbe- oder Klebstoffe. Im Alarmfall wird das in den Geldkassetten im Geldautomaten befindliche Geld also eingefärbt oder zusammengeklebt, und dadurch ist seine Verwendung eigentlich unmöglich.

In einigen Ländern Europas sind diese Systeme sehr weit verbreitet. In unseren Nachbarländern Belgien, Frankreich, Luxemburg ist das so. In Deutschland gibt es dieses System aber so gut wie gar nicht. In der vergleichenden Betrachtung fällt auf, dass es das Phänomen der Sprengungen in den Ländern, wo es solche Neutralisierungssysteme gibt, de facto gar nicht mehr gibt; es taucht dort gar nicht mehr auf. Man sieht aber auch, dass seither die Täter aus diesen Ländern verstärkt nach Deutschland ausweichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich haben auch schon einige Geldhäuser in der Vergangenheit in Präventionsmaßnahmen investiert. Das haben wir diese Tage auch der Presse entnehmen können. Wir brauchen aber keine Einzelmaßnahmen bestimmter Banken, sondern wir brauchen eine wirksame, flächendeckende Aktion aller Betreiber.

(Vizepräsident Jens Nacke übernimmt den Vorsitz)

Ja, wir haben auch die freiwillige Selbstverpflichtung des Runden Tisches "Geldautomatensprengungen" auf Bundesebene zur Kenntnis genommen. Wir freuen uns auch, wenn die dort beschriebenen Sicherungsmaßnahmen freiwillig eingeführt werden. Wir wollen aber nicht auf deren Umsetzung hoffen. Uns ist sehr wohl bewusst, dass es nachvollziehbare wirtschaftliche Interessen der Aufsteller von Geldautomaten gibt, die in Konkurrenz zu Sicherheitsbelangen stehen.

Die durch das Phänomen der Automatenaufsprengungen verursachten Gefährdungen von Leib, Leben und Vermögenswerten lassen sich aber zweifellos durch Prävention verhindern. Das ist der Grund, warum wir mit unserem heute eingebrachten Antrag auf eine zeitnahe gesetzliche Verpflichtung der Banken hinwirken wollen, damit sie ihre Geldautomaten besser schützen.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Damit beschreiten wir keineswegs einen Sonderweg; denn auch in anderen Ländern haben die Gesetzgeber die Institute zu derartigen Maßnahmen

verpflichtet. Der deutliche Rückgang dieser Straftaten gibt diesen Ländern auch recht.

Wir als Koalitionsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bringen diesen Antrag heute ein, weil wir Leib, Leben und Vermögenswerte besser schützen und den Kampf gegen die organisierte Kriminalität verstärken wollen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Saade. - Als nächste Rednerin spricht Frau Kollegin Buschmann für die CDU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU)

Saskia Buschmann (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen zum Thema Geldautomatensprengung kann und wird das Problem nicht zeitnah lösen. Er geht vielleicht in die richtige Richtung, wenn es darum geht, die Banken vermehrt in die Pflicht zu nehmen.

Der vorliegende Antrag beginnt aber tatsächlich mit einem Offenbarungseid, nämlich mit einem Offenbarungseid nach zehn Jahren SPD-Führung im Innenministerium.

Herr Innenminister, Ihre eigene Koalition fordert Sie auf, das LKA bei seinem eigenen Fünfpunkteplan effektiv zu unterstützen. Das ist sprachlich eindeutig: SPD und Grüne meinen, die Landesregierung lässt das LKA - ihre eigene Behörde - im Regen stehen.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der AfD)

Sie unterstützt das LKA gar nicht oder eben nicht effektiv.

Einen solch deutlichen Rüffel hätte ich aus den eigenen Reihen der Regierungskoalition nicht unbedingt erwartet. Vielmehr hätte ich gedacht, das sei die Arbeit der Opposition. Herr Tonne, Herr Schulz-Hendel, meinen Respekt und Dank für die mutige, aber notwendige Ehrlichkeit und ein herzliches Willkommen in den Reihen der Opposition!

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Beifall bei der AfD)

Gemeinsam werden wir das Innenministerium und diese Regierung auf den richtigen Weg zurückführen.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Antrag enthält nicht eine konkrete Forderung, nicht einen Hinweis, wie die Polizei besser gegen Automatensprenger vorgehen kann. Verwiesen wird auf einen Fünfpunkteplan des LKA, ohne diese Punkte zu benennen. Stattdessen werden die Banken aufgefordert, bessere Vorkehrungen zu treffen. Sie sollen das Problem lösen. Man stellt sogar die Drohung einer Bundesratsinitiative ins Schaufenster.

Doch bei den Banken zeigt man sich, wie man dem Weser-Kurier vom 10. Dezember entnehmen kann, wehrhaft: "Öffentlich verbreitete Pauschalvorwürfe und sachlich verkürzte Darstellungen helfen allen Beteiligten an dieser Stelle sicher nicht weiter", heißt es in dem Schreiben von Sparkassenverband-Präsident Thomas Mang und den Vorständen von zwei Genossenschaftsverbänden. Das Schreiben liegt dem Innenministerium und dem Justizministerium sowie der Staatskanzlei vor. Das werden wir in den Ausschussberatungen sicherlich zu diskutieren haben.

Sehr geehrte Damen und Herren, nach mehr als 20 Jahren aktivem Dienst bei der Polizei empfehle ich Ihnen, Herr Innenminister: Fragen Sie doch bitte einmal die Kolleginnen und Kollegen vor Ort, welche konkreten Maßnahmen kurzfristig am effektivsten und von mir aus auch günstig wären!

In der Ostfriesen-Zeitung vom 28. November 2022 hat hierzu ein Kollege in einem Bericht unter der Überschrift "Machtlos und verunsichert" deutlich Stellung genommen. Er schildert eindringlich, dass sich die Beamtinnen und Beamten mit der derzeit fehlenden Unterstützung durch den Dienstherren gegenüber den Tätern machtlos und unterlegen fühlen:

(Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

Zitat:

"Wir sind der Auffassung, die Bevölkerung sollte einmal erfahren, wie hilflos wir als Polizei gegenüber den Geldautomatensprengern sind."

Weiter heißt es im Artikel:

"Die Polizei Niedersachsen hat kein Konzept gegen dieses Phänomen. Es wird seit Jahren hingenommen"

- das haben Sie ja auch treffend gesagt -

"und die Kollegen [werden] mit ihren Entscheidungen und Unsicherheiten alleingelassen."

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der AfD - Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

Der Kollege stellt einfache Fragen, auf die die Beamtinnen und Beamten vor Ort keine eindeutigen Antworten bekommen, so z. B:

> "Was macht man als Polizist, wenn man die Täter noch an der Bank antrifft? Das Fluchtfahrzeug rammen? Aussteigen und schießen?"

Am schlimmsten aber finde ich folgende Aussage:

"Anstelle von konkreten Handlungsanweisungen habe ich sogar eher den Eindruck, wir Beamte werde da von oben noch eingeschüchtert."

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der CDU: Unglaublich!)

Die inhaltlichen Aussagen des Antrags zeigen es aber ganz deutlich: Unsere heute neu geschlossene Koalition aus CDU, SPD und Grünen liegt mit ihrer Kritik an der Polizeipolitik des Innenministers richtig. Es ist schlimm, wenn sich die Beamten und die Beamtinnen von ihrem Dienstherrn im Stich gelassen fühlen. Das haben sie wahrlich nicht verdient!

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss.

Wir werden den Entschließungsantrag der Regierungskoalition nach Überweisung in den zuständigen Ausschuss sachlich begleiten. Insofern bin ich gespannt, was die Vertreterinnen und Vertreter der Banken zu dem Antrag zu sagen haben.

Dazu gehört aber auch eine Diskussion darüber, welche polizeilichen Maßnahmen zusätzlich ergriffen werden können. Hierbei denke ich beispielsweise an den verstärkten Einsatz von Kennzeichenlesegeräten an unseren Autobahnen, an das Instrument der Schleierfahndung in Grenznähe und an den Einsatz von Stop-Sticks.

Herzlichen Dank.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Kollegin Buschmann. - Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion Herr Kollege Bothe.

(Beifall bei der AfD)

Stephan Bothe (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Werte Kollegen! Selbstverständlich begrüßen wir als AfD-Fraktion ebenfalls die Initiative, die Bank- bzw. Geldinstitute dazu zu animieren und zu motivieren - ob über Gesetzgebung oder Anreize -, das Eigentum bzw. das Geld anderer besser zu schützen. Hierzu gibt es verschiedene Systeme - es wurde eben angesprochen -: Klebesysteme, Nebelsysteme. Dass diese in Deutschland in Geldautomaten noch nicht verbaut worden sind, zeigt, dass wir hier zurückhängen und die Geldinstitute in der Pflicht sind.

Aber wenn wir über das Phänomen der Automatensprengungen sprechen, müssen wir uns doch auch die Frage stellen - gerade als Landtag, aber auch Sie, Herr Minister, als zuständige Ordnungsbehörde -: Was tun wir eigentlich gegen diese Automatensprengungen, die mittlerweile in einer nicht tolerierbaren Anzahl, gerade in Niedersachsen, stattgefunden haben bzw. stattfinden?

Die Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft, wie sie zum 1. Dezember in Osnabrück erfolgt ist, ist selbstverständlich zu begrüßen. Das finden auch wir gut. Allerdings gab es quasi zur Einweihung dieser Dienststelle, wenige Tage später, gleich die nächste Sprengung eines Geldautomaten im Landkreis Osnabrück - also praktisch vor den Augen der Staatsanwälte. Das belegt eindrucksvoll, wie wenig wirksam und abschreckend die bisherigen Maßnahmen gegen dieses Phänomen insgesamt sind.

Wenn wir hier heute diese Debatte führen, dann müssen wir auch mal die Täter benennen: Die Täter sind marokkanische Clans aus den Niederlanden.

(Deniz Kurku [SPD]: Hat ja auch nur eine Minute gedauert, bis das kommt!)

Es ist einfach so: Es sind marokkanische Clans aus den Niederlanden. Da können Sie in die Polizeiberichte schauen, oder Sie schauen sich einfach an, welche Täter mittlerweile erwischt worden sind - auch wenn es viel zu wenige sind.

Wir haben es hier mit einer ausufernden Clankriminalität zu tun, die aus den Niederlanden mittlerweile hier herüberschwappt. Wir haben es also mittlerweile nicht mehr nur mit unseren eigenen Clans zu tun, sondern aufgrund der besseren Sicherheitslage in Holland auch noch mit den niederländischen arabischen Clans. Somit müssen wir uns die Frage stellen: Was tun wir eigentlich direkt gegen diese Clankriminalität?

Daher ist es auch zu begrüßen, dass es heute zu einer Großrazzia gegen den Al-Zein-Clan in über 50 Objekten kam - deutschlandweit, auch hier in Niedersachsen. Komischerweise hat man da nur wenige Hundert Polizisten gebraucht, um einige Täter festzunehmen. Hier muss Druck erzeugt werden wir müssen die arabischen Clans unter Druck setzen. Wir müssen die deutschen arabischen Clans, aber auch die niederländischen arabischen Clans unter Druck setzen. Wir brauchen eine Schleierfahndung im Grenzgebiet - das wurde angesprochen. Und vor allem brauchen wir eines: eine behördenübergreifende Aktionsgruppe, die sich nur mit Clankriminalität beschäftigt.

Das, was der Innenminister zwar immer wieder sehr öffentlichkeitswirksam in Pressekonferenzen zur Bekämpfung der Clankriminalität vorstellt,

(Deniz Kurku [SPD]: Und auch tut!)

ist nett, aber am Ende erfolglos. Ihr Kampf - wenn man das als Kampf bezeichnen kann - gegen die Clans ist erfolglos. Die Clankriminalität ufert aus und wird uns die nächsten Jahrzehnte weiterhin verfolgen, wenn wir nicht effektiv dagegen vorgehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Bothe. - Nächster Redner ist für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Lühmann.

Michael Lühmann (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleg*innen! 2005 vermelden die *Ruhr Nachrichten* - liebe CDU, das ist ein bundesweites Phänomen; das betraf auch CDU-Innenminister - die erste Geldautomatensprengung in der Bundesrepublik. So zumindest steht es im Wikipedia-Artikel zur "Automatensprengung".

Das verweist direkt auf die Relevanz des Antrags: Erstens. Das Thema Automatensprengung ist trotz aller Bemühungen auch 17 Jahre später nicht gelöst. Zweitens. Es ist so relevant, dass es dazu einen eigenen Wikipedia-Artikel gibt. Das ist ein bisschen traurig.

Aber leider, muss man sagen, hat es diese Relevanz zu Recht, weil 2020/2021 fast 800 Sprengungen zu Buche schlagen. Eine Trendumkehr scheint in Ferne zu liegen. Im Gegenteil: Nicht nur nimmt die Anzahl der Sprengungen ständig zu oder verharrt auf sehr hohem Niveau, sondern die Sprengefährlicher. gungen werden auch immer Denn - auch das hatten wir schon gehört - immer häufiger werden Festsprengstoffe eingesetzt, weil das Sprengen durch Gasgemische durch den Einbau von Gasneutralisationssystemen seitens der Banken erschwert wurde.

Ich möchte gar nicht auf die Feinheiten eingehen - einiges ist ja schon benannt worden -, wie man das nach und nach aufrüstet. Wenn die Banken neue Systeme einsetzen, werden neue Sprengstoffe eingesetzt, und es wird immer gefährlicher. Dieser Wettlauf von Systemen, der die Lage bei den Automatensprengungen verschärft, bringt nur kurze Verschnaufpausen und erhöht letztlich nur das Risiko beim Einsatz der Polizist*innen, aber auch für Unbeteiligte. Das Risiko, dass an der Tat Unbeteiligte verletzt werden oder mehr, steigt.

Was also kann man tun? - Im Groben vier Dinge. Der Runde Tisch "Geldautomatensprengungen" hat dazu Vorschläge vorgelegt: erstens die Sicherungen an den Automaten erhöhen, zweitens Filialen nachts schließen bzw. gefährdete Automatenstandorte schließen, drittens den Verfolgungsdruck erhöhen und viertens auf ein Färbe- oder Verklebesystem setzen.

Der erste Vorschlag wird zwar weiter erörtert, aber es liegt auf der Hand, dass der einzige Schluss sein kann, dass dann die genannte Spirale in Gang gesetzt wird. Dann wird eben noch mehr Sprengstoff verwendet, und es wird noch gefährlicher. Das kann nicht der Weg sein.

Variante 2 hat auch viele Nachteile; darauf möchte ich hinweisen. Denn im ländlichen Raum - die CDU ist ja auch die Kraft des ländlichen Raums - würden dann Automatenstandorte zugemacht. Das ist ein Problem, denn dann kriegen die Leute kein Geld mehr. Es ist aber nicht nur ein Problem des ländlichen Raums, sondern auch der Innenstädte. Die HNA schrieb - ich möchte das gerne zitieren -, dass Kurzentschlossene in Feierlaune und auch Schichtarbeiter selbst mitten in Hannover immer schwerer an Bargeld kommen.

(Ulf Thiele [CDU]: Würden Sie das dem Herrn Innenminister mal sagen?)

- Wir sind ja in guten Gesprächen.

Durch Schließungen in urbanen Räumen würden nicht zuletzt Menschen ohne Obdach Schutzräume, als die Filialen zum Teil genutzt werden, entzogen werden. Auch das ist ein wichtiger Punkt, auf den man mal hinweisen muss.

Mit Blick auf die Variante 3, den Fahndungsdruck zu erhöhen, haben wir eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft eingerichtet. Da gibt es einen Austausch über Best-Practice-Beispiele.

Stichwort Fünfpunkteplan des LKA: Das können Sie gerne bei *proPOLIZEI* nachlesen, Ausgabe September/Oktober 2022, Seite 13 unten.

Was kurzfristig hilft, um zu unterstützen, setzen wir um - das ist auch Teil dieses Antrags. Der Kollege Saade hat dazu eine ganze Menge ausgeführt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich verstehe Ihre Rolle als Opposition, aber das können Sie gerne einmal zur Kenntnis nehmen.

Klar dürfte aber nach 17 Jahren Automatensprengungen sein, dass wir am Ende eine echte Disruption brauchen, die eine generalpräventive Wirkung erzielt. In den Niederlanden, in Frankreich, Belgien usw. haben Geldfärbesysteme funktioniert. Leider sind sie so erfolgreich - das ist eben das Problem -, dass sich das Tatgeschehen nach Niedersachsen verlagert.

Wir wollen Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte entlasten. Für Polizist*innen, an die ich meinen Dank richten möchte, sind das wirklich hoch gefährliche Einsätze - deswegen reden wir über Prävention. Das ist gefährlich für Polizist*innen, das ist gefährlich für die Menschen, die am Wegesrand stehen, das ist gefährlich für Menschen, die an solchen Banken vorbeilaufen. Deswegen geht es um Prävention. Das ist der wichtigste Ansatz dabei.

Diese Bundesratsinitiative ist nichts, was wir ins Schaufenster stellen, sondern sie ist wichtig, auch für andere Bundesländer. Wir drängen darauf, dass die Automaten ersetzt werden.

Im Rahmen der Inklusion müssen demnächst sowieso die meisten Geldautomaten umgerüstet werden, damit sie barrierefrei sind. Das ist auch ein ganz wichtiger Punkt. Wir sind der festen Überzeugung - gemeinsam mit den Bankenverbänden, Sicherheitsbehörden usw. -, dass wir da einen richtig guten Weg gehen können. Wir müssen ihn nur ein bisschen freimachen.

Deswegen gibt es diesen wichtigen Antrag. Dafür bitten wir um Unterstützung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Lühmann.

Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen nicht vor.

Damit kommen wir zur Ausschussüberweisung. Vorgeschlagen ist der Ausschuss für Inneres und Sport. Wer an diesen Ausschuss überweisen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

(Ulf Thiele [CDU]: Herr Präsident! Haushaltsausschuss?)

- Ist hier nicht aufgeführt. Das kann der Ausschuss dann im Zweifel noch beschließen.

Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 14:

Erste Beratung:

Gesellschaftlichen Frieden wiederherstellen - Corona-Bußgelder abschaffen und zurückgeben - Niedersachsen endlich in die Normalität führen! - Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/111

Der Antrag wird eingebracht vom Herrn Kollegen Marzischewski-Drewes von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Stefan Marzischewski-Drewes (AfD):

Vielen Dank. - Herr Vizepräsident! Liebe Kollegen! Liebe Zuschauer und Vertreter der Presse! Mir wird die Ehre zuteil, hier den letzten Antrag in diesem Jahr einzubringen.

Sie alle haben in diesen Tagen Post bekommen - viel Post. Von der Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Braunschweig: "Friede sei mit dir." - Entgegen allen Erfahrungen von Hass und Gewalt halten wir daran fest. "Friede ist angebrochen auf Erden."

(Zuruf von den GRÜNEN: Oh!)

- Sie stöhnen. Das ist bezeichnend.

Weihnachtszeit ist Friedenszeit. Wir alle wünschen uns Frieden. Der Weihnachtsfrieden des Ersten Weltkrieges ist legendär und Mahnung für uns alle.

Auch unsere Landtagspräsidentin hat uns allen eine Karte zugesandt. Auf ihr steht auf der ersten Seite: Gemeinsam schultern wir alle Herausforderungen. - Ja, lassen Sie uns alle hier im Landtag die Herausforderung schultern, so wie es in der Landesverfassung steht. Wir alle hier sind für Niedersachsen verantwortlich.

Wieder Frieden hier in Niedersachsen zwischen den Menschen herzustellen, das ist unser aller Aufgabe. Lassen wir uns dazu gemeinsam die Hände reichen, aufeinander zugehen, versöhnen, nachgeben, verzeihen, die Herzen öffnen, um einen Neuanfang zu starten! Zorn - so sagte unsere Landtagspräsidentin zu Recht; so ist es im Interview nachzulesen - bringt nichts, sondern spaltet unsere Gesellschaft.

100 000 Verfahren und Bußgelder vornehmlich wegen Maskenverstößen sind hier in Niedersachsen eingeleitet bzw. ausgesprochen worden. Lesen Sie dazu den Bericht des NDR vom 11. April 2022.

Selbst die grünen Hypermoralisten feiern abends nach ihrem Parteitag ohne Maske. - Auch Grüne können normale Menschen sein! Gönnen wir ihnen diesen Spaß!

(Beifall bei der AfD)

Maskenzwang im Regierungsflieger - seit Langem aufgehoben. Und der kleine Mann, der unter der Energiekrise leidet, dessen Kinder aufgrund der Maskenpflicht ein geschwächtes Immunsystem haben, wurde vom Staat verdonnert, sich dieser Maskenpflicht zu beugen. Zehntausende Betriebe gerieten in Existenznöte und erhielten zudem noch Besuch von Vater Staat als Ordnungsmacht.

Wie sagte CDU-Pharmalobbyist Spahn im Jahre 2020? - Wir werden uns viel zu verzeihen haben!

Ja, jetzt ist der Zeitpunkt zum Verzeihen. Unsere Landesverfassung sieht genau das vor. Das möchte die AfD: ein Amnestie-Gesetz.

In Bayern ist man jetzt so weit zu handeln. Die Landtagswahl im nächsten Jahr und ein starkes zweistelliges AfD-Ergebnis im Nacken bewirken hier Wunder.

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident, leider sind Sie nicht mehr da. Aber Frau Behrens, Seien Sie

eine starke Ministerin! Sorgen Sie für das Weihnachtswunder, und versöhnen Sie die Menschen in Niedersachsen!

(Beifall bei der AfD)

Dass die Corona-Maßnahmen und der Maskenzwang nicht die Wirkung erbrachten, die Sie sich erhofft haben, wissen wir alle. Beenden Sie sofort alle Corona-Maßnahmen, und legen Sie ein Amnestie-Gesetz vor! Jetzt ist es Zeit, sich zu verzeihen.

Verzeihen wir uns alle hier in diesem Hause! Gehen Sie auf die Menschen zu! Reichen Sie die Hand, so wie Sie es anlässlich der Regierungsbildung verkündet haben, Herr Weil! Viele Menschen werden genau diese Hand aufnehmen und warten seit Monaten darauf. Das zeigt Größe in Demut. Das zeigt wahre Staatskunst. - Herr Weil ist leider nicht da. - Das ist Stärke und keine Schwäche. Ein Amnestie-Gesetz unter Ihrer Führung würde nicht nur hier in Niedersachsen, sondern für ganz Deutschland ein Fanal der Befriedung, ein Zeichen des Miteinanders anstelle des Gegeneinanders sein.

Eine Versöhnung zwischen dem Staat und seinen Bürgern ist nötig. 40 % Nichtwähler sind ein Alarmsignal für uns alle. Blau-Rot hat hier im Parlament die Mehrheit dafür. Die AfD-Fraktion reicht Ihnen dazu hier und heute die Hand. Die AfD als Partei der Mitte und Vernunft

(Lachen bei den GRÜNEN)

steht für Familie, Zusammenhalt und Frieden.

Es liegt an Ihnen, liebe Abgeordnete der SPD, die Spaltung in unserem Land zu überwinden. Wir, die AfD-Fraktion, reichen Ihnen trotz der ganzen Anwürfe gegen uns, die ungerechtfertigt sind - ich danke dem Kollegen Zinke, der das heute Morgen hier noch einmal deutlich gesagt hat -, die Hand zur Versöhnung, damit wir unseren Menschen hier zusammen einen Weihnachtsfrieden gönnen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Marzischewski-Drewes. -Nächster Redner für die SPD-Fraktion ist Herr Kollege Lottke.

Oliver Lottke (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Tja, wie macht man nach einem solchen Einstieg weiter?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich versuche mal, mich, soweit es geht, sachlich mit diesem Antrag auseinanderzusetzen, und komme zum Ende der Rede vielleicht noch einmal kurz auf das Fest, das uns unmittelbar bevorsteht.

Uns liegt heute zur ersten Beratung ein Antrag der AfD-Fraktion vor, in dem gefordert wird, Niedersachsen endlich wieder "in die Normalität zu führen". Ich habe eben bei dem, was Sie gesagt haben, einen kleinen Eindruck von Ihrer "Normalität" bekommen. Das ist aber nicht meine Normalität!

Aber der Reihe nach: In Niedersachsen wurde ein Bußgeldkatalog zu den Corona-Verordnungen erstmals im April 2020 erlassen. Rechtsgrundlage waren § 73 in Verbindung mit § 32 des Infektionsschutzgesetzes. Nun fordern Sie von der AfD-Fraktion unter Punkt 1 Ihres Antrags, den Corona-Bußgeldkatalog für Niedersachsen abzuschaffen. Ich habe die frohe Kunde, dass durch Runderlass des Sozialministeriums im Mai 2022 der Bußgeldkatalog zur Corona-Verordnung in Niedersachsen bereits aufgehoben worden ist. Sie sind also mit Ihrer Forderung in der Tat etwas spät dran.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Natürlich können die örtlich zuständigen Behörden zwar auch weiterhin Bußgelder nach dem Infektionsschutzgesetz verhängen. Aber der Bußgeldkatalog hat nur einen Rahmen und - - -

(Zurufe von der AfD)

- Hören Sie zu! Sie können etwas lernen, Herr Bothe.

Der Bußgeldkatalog hat aber nur einen Rahmen und Orientierungspunkte für eine einheitliche Handhabung vorgegeben.

Meine Damen und Herren von der AfD-Fraktion, Sie beziehen sich auf eine Pressemitteilung des Bundesverwaltungsgerichts, nach der die Regelungen der Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung über das Verlassen der eigenen Wohnung nicht mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit vereinbar waren.

Dieses Urteil hat aber keinerlei Auswirkungen auf Niedersachsen, und es ist auch nicht übertragbar. Denn während in Bayern zu Beginn der Pandemie eine umfassende und ganztägige Ausgangssperre bestand, gab es in Niedersachsen vergleichbare Ausgangssperren nie. Im Gegensatz zu Bayern, wo

die Menschen ihr Haus nur aus bestimmten Gründen verlassen durften, war das in Niedersachsen nicht der Fall. In Niedersachsen bestanden - wie auch in allen anderen Bundesländern - nur Kontaktbeschränkungen.

Bei uns in Niedersachsen wurde der Bußgeldkatalog nicht durch das Niedersächsische OVG aufgehoben, und es ist auch nicht bekannt, dass die Amtsgerichte in einer größeren Anzahl von Fällen Bußgeldbescheide aufgrund der Höhe des Bußgeldes aufgehoben hätten.

Daher können bei uns in Niedersachsen auch keine Zweifel an der Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen bestehen. Nahezu jede Regelung der Niedersächsischen Corona-Verordnung wurde vor dem OVG beklagt. Nur in Einzelfällen hat das OVG Regelungen oder Regelungsteile aufgehoben. In weit über 90 % der Verfahren hat das OVG die Verhältnismäßigkeit der niedersächsischen Regelungen bestätigt.

(Zustimmung bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kennen es ja aus Bayern, dass der dortige Ministerpräsident gerne einmal mit Aktionismus auffällt. Das Verfassungsgericht hat dargelegt, dass die Ausgangssperren nur verhältnismäßig gewesen wären, wenn sie einen wesentlichen Beitrag zur Vermeidung von Infektionen hätten leisten können. Dies ist aber eben nicht der Fall gewesen.

Aber das alles hat mit Niedersachsen nichts zu tun. Die Schutzmaßnahmen bei uns waren verhältnismäßig, und Ihre Schlussfolgerung, weil der deutlich intensivere Grundrechtseingriff unverhältnismäßig ist, müsse auch ein weniger intensiver Grundrechtseingriff unverhältnismäßig sein, kann ich schlicht und ergreifend nicht nachvollziehen.

(Grant Hendrik Tonne [SPD]: Wir auch nicht!)

- Das ist gut.

Der vorliegende Entschließungsantrag der AfD-Fraktion wird von uns - das wird Sie jetzt natürlich nach meinen Darlegungen nicht überraschen - logischerweise nicht unterstützt.

Ich werde mein Zeitkontingent jetzt auch nicht voll ausschöpfen, weil ich glaube, inhaltlich ist zu diesem Antrag alles gesagt.

(Volker Bajus [GRÜNE]: So ist das!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche Ihnen eine schöne Weihnachtspause. Ich wünsche Ihnen

einen guten Rutsch ins neue Jahr. Ich wünsche Ihnen vor allen Dingen Zeit mit Ihren Lieben, Ihren Liebsten. Nehmen Sie sich Zeit für sich! Wir brauchen das alle. Wir brauchen Kraft, damit wir weiter gute Politik für Niedersachsen machen können. Bleiben Sie gesund! Alles Gute!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Lottke. - Nächste Rednerin ist für die CDU-Fraktion Frau Kollegin Machulla.

(Beifall bei der CDU)

Martina Machulla (CDU):

Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nun stehe ich hier heute das erste Mal und darf meine erste Rede in diesem Parlament halten. Ich war schon gespannt auf diesen Augenblick und darauf, zu welchem Thema ich mich hier das erste Mal äußern werden dürfte.

Als ich am Freitag den Antrag der AfD gelesen habe, um ihn zu kommentieren, war mein erster Gedanke: Das ist das Letzte, und zwar nicht nur in Bezug auf den Tagesordnungspunkt in diesem Plenum.

(Beifall bei der CDU)

Aber ich will nicht schimpfen, sondern Ihnen gern auch meine Einschätzung mitteilen.

Die AfD möchte mit Ihrem Entschließungsantrag erreichen, dass zum einen der längst aufgehobene Corona-Bußgeldkatalog abgeschafft wird. Also, Haken dran.

Zweitens will sie sämtliche in Niedersachsen verhängte Sanktionen, welche aufgrund eines Verstoßes gegen die Regelungen des niedersächsischen Corona-Schutzgesetzes verhängt worden sind, aufheben und möchte die eingezogenen Bußgelder und Strafen zurückbezahlen. Nun sind wir auf die Begründung gespannt, die die AfD uns für dieses Ansinnen liefert.

Die AfD bezieht sich auf eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig vom November dieses Jahres. Das Bundesverwaltungsgericht hat in dieser seiner Entscheidung die Regelungen der Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung in Teilen als unverhältnismäßig eingestuft. Angegriffen worden waren durch die Antragssteller dort insbesondere die Regelungen in Bezug auf die

Ausgangssperre. Dazu hatte das Bundesverwaltungsgericht tatsächlich gesagt, dass es triftige Begründungen dafür gebe, dass die zum Verlassen der eigenen Wohnung getroffenen Regelungen zu eng gefasst wären.

Dies vorausgeschickt, verwundert doch so einiges an dem Entschließungsantrag der AfD, der übrigens nicht nur heute in unserem Parlament in Niedersachsen diskutiert wird, sondern morgen auch beim Sächsischen Landtag Gehör finden wird. Offensichtlich scheint das Thema reihum zu gehen.

Die von der AfD gelieferte Begründung legt allerdings weder ein vorhandenes Anliegen in Niedersachsen noch in Sachsen nahe, gilt doch bekanntermaßen die Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung nur innerhalb der bayerischen Landesgrenzen. Ich will nun nicht so weit gehen, zu unterstellen, dass dieser Fauxpas ein Hinweis auf eine Verbindung der AfD zu den "Reichsbürgern" darstellt, werden doch die innerdeutschen Grenzen und Zuständigkeiten damit vollständig ignoriert.

(Zuruf von der AfD: Jetzt wird es aber!)

Niedersachsen hat - dies nur vorsorglich als Hinweis - ein eigenes Infektionsschutzgesetz sowie eigene Corona-Verordnungen. Gegen die auf der Basis des Niedersächsischen Infektionsschutzgesetzes angeordneten Maßnahmen sind tatsächlich auch Anträge bei unseren Verwaltungsgerichten gestellt worden. So hat das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg 2021 allein 274 Verfahren geführt, im Übrigen viele wegen der Maskenpflicht und nicht etwa wegen der Ausgangssperre, auf die sich das Bundesverwaltungsgericht bezogen hat.

Von diesen Verfahren - das hat das OVG Lüneburg hinterher in einer Zusammenfassung klargestellt - waren - das hat der Kollege schon gesagt - ca. 5 % tatsächlich erfolgreich. Jetzt kann man sagen, 5 % sind auch was. Aber dadurch, dass diese 5 % als unverhältnismäßig eingestuft wurden, sind weder Bußgelder noch Strafen verhängt worden. Von daher gibt es auch nichts, was hier aufzuheben oder zurückzuerstatten wäre.

Die AfD trägt zur Begründung weiter vor, dass eine umfassende Amnestie auch durch Bayern gestützt werden würde. Der bayerische Justizminister Georg Eisenreich und der bayerische Gesundheitsminister Klaus Holetschek würden dafür eintreten, dass diese Bußgelder jetzt zurückgezahlt werden und eine Amnestie verhängt wird. Dem ist aber nicht so. Auch diese beiden Herren wollen nichts anderes als eine Rückzahlung bei tatsächlich ohne Rechtsgrund

erhobenen Maßnahmen. Sie wollen aber nicht eine vollständige Amnestie und schon gar keine Rückabwicklung sämtlicher Bußgelder und Strafen, die verhängt worden sind.

Insoweit ist der Antrag der AfD aus meiner Sicht weder schlüssig noch begründet und auch nicht zu Ende gedacht. Er dient einzig und allein als populistische Maßnahme. Hätte irgendjemand die Begründung als Aufgabe in der Schule gestellt und müsste sich nun eine Benotung abringen, so wäre die wohl deutlich gewesen: Thema verfehlt. - Die Begründung geht völlig am Thema vorbei. Mit dem, was hier vorgetragen wird, gibt es überhaupt keine Begründung dafür, warum eine Amnestie ausgesprochen werden soll. Da hilft auch nicht das Weihnachtsfest. Die Liebe zu den Nächsten ist nämlich tatsächlich die einzige Begründung, die vielleicht an der Stelle zählen könnte.

Die Behauptung, mit der geforderten Amnestie den gesellschaftlichen Frieden wieder herstellen zu wollen, dient also auch zu nichts anderem, als hier einen populistischen Aufschrei darzulegen. Der Frieden der Gesellschaft würde vielmehr gewahrt, wenn endlich alle Parteien akzeptieren würden, dass zu einer Gesellschaft, die sozial und friedfertig miteinander umgeht, auch gehört, dass man nicht nur an sich selbst denkt, sondern ebenso an das Wohl und die Gesundheit der anderen.

(Beifall bei der CDU - Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

In diesem Sinne und mit diesen Worten möchte ich Ihnen allen ein friedliches und gesegnetes Weihnachtsfest wünschen, verbunden mit dem großen Wunsch, dass unsere Gesellschaft es schafft, die vorhandenen Krisen zu meistern und Extremismus in jedweder Form auszubremsen.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Kollegin Machulla. - Nächste Rednerin für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist Frau Dr. Meyer. Bitte schön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dr.in Tanja Meyer (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleg*innen! Ich bin froh, dass meine zwei Vorredner*innen es mir möglich machen, jetzt noch einmal sachlich auf das Thema einzugehen.

Ich fand den Titel ganz spannend, und ich denke, man könnte theoretisch auf jeden Part dieses Titels intensiv eingehen. Ich würde gern einmal eine wissenschaftliche Betrachtung eines jeden einzelnen Abschnitts genießen.

Zum Thema gesellschaftlicher Frieden lässt sich von mir nur kurz sagen: Ich glaube, Ihr und unser Verständnis davon variiert definitiv - und das tut es auch bezüglich des Umgangs mit Corona.

Ich möchte jetzt aber näher auf das Thema "Niedersachsen endlich in die Normalität führen!" eingehen. Wenn ich auf die Infektionszahlen von Corona gucke, wenn ich sehe, dass immer noch täglich Menschen an Corona sterben, und wenn ich lese, dass hospitalisierte Patient*innen mit bis zu 37 % mit langfristigen gesundheitlichen Folgen zu tun haben, dann stelle ich fest, dass uns das vor Behandlungsherausforderungen stellt. Das zeigt auch: Corona ist nicht harmlos - immer noch nicht!

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Und ja, wir müssen unseren Umgang mit diesem Virus finden, und das tun wir auch. In Niedersachsen gelten wie fast bundesweit nur noch sehr wenige Corona-Regelungen, und viele Maßnahmen wie Kontaktbeschränkungen, Maskenpflicht beim Einkaufen usw. - das haben wir eben gehört - sind schon länger nicht mehr gültig. Das Maß an Einschränkungen für alle ist wirklich so gering, dass Sie in fast jeder Lebenssituation selbst entscheiden können, welchem Risiko Sie sich aussetzen, außer - und da kommen wir zum Thema gesellschaftliche Verantwortung - dort, wo wir vulnerable Personen besonders gefährden. Und selbst dort gibt es nur sehr wenige Einschränkungen und damit nur sehr wenig "Freiheit" für genau diese Gruppe.

Aber darum geht es Ihnen ja auch nicht. Es geht Ihnen offensichtlich nicht um den Schutz und die Freiheit für alle, sondern es geht Ihnen um ein Zurück zu einem Leben, das es so aber nicht mehr gibt und auch nicht mehr geben kann. Damit verkennen Sie eine neue Realität. Wir leben schon darin und können nur hoffen, dass keine Mutation dieses Virus, keine neue Zoonose oder keine weiteren Katastrophen wie umfassende Antibiotikaresistenzen uns sobald wieder dermaßen vor medizinische oder gesellschaftliche Herausforderungen stellen werden. Es wäre aber naiv, zu glauben, dass das nicht passiert. Deswegen wäre es präventiv wichtig, dass wir uns mit dem Thema hier auseinandersetzen.

Ich bin froh, dass wir alle heute hier sein können, dass wir mobiler sind, dass wir ungehindert im Café sitzen können, wenn wir das für uns selbst verantworten. Aber wir sollten nie vergessen, dass das noch immer nicht alle Menschen wieder können. Erst wenn es soweit ist, spreche auch ich von einem neuen Normal. Das können Sie nicht verordnen. Sie können nur durch rücksichtsvolles Verhalten dazu beitragen.

In diesem Sinne: Bleiben Sie gesund! Und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Dr. Meyer. - Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen mir nicht vor. - Jetzt gibt es doch noch eine erneute Wortmeldung von Herrn Kollegen Marzischewski-Drewes. Sie haben eine Restredezeit von anderthalb Minuten. Bitte schön!

Stefan Marzischewski-Drewes (AfD):

Liebe Kollegen! Selbstverständlich möchte Ihnen auch die AfD-Fraktion eine schöne Weihnachtszeit wünschen. Vielleicht sollten Sie dabei mitnehmen, dass es in China zu Tausenden Proteste gegen die Corona-Maßnahmen gab, wir alle es als einen Sieg der Demokratie bejubeln und dass - Herr Pistorius hat es im Ausschuss noch einmal gesagt -, wenn sich Menschen hier zu mehr als zehn versammelt haben, es strafbar war.

(Beifall bei der AfD)

Und im Grundgesetz steht: Jeder hat das Recht, sich zu versammeln.

Denken Sie darüber nach! Denken Sie darüber nach, dass es nie eine medizinische Überlastung unseres Gesundheitssystems gegeben hat! Sie, Herr Lechner, haben hier gestern auch wieder Panik geschürt. RS-Virus! Der RS-Virus breitet sich aus, weil die Kinder Masken getragen haben und das Immunsystem geschwächt war. Das ist die Realität!

(Beifall bei der AfD)

Herr Lechner, Sie müssen in der Medizin noch viel lernen. Das sage ich Ihnen hier. Intensivstationen sind immer hoch ausgelastet, weil das Sinn in einem medizinischen Betriebssystem hat. Sie, CDU und SPD, hätten seit Langem die Medizin wieder dahin

zurückführen können, wofür sie da ist: den Menschen zu dienen und nicht Angst zu schüren.

Frohes Fest Ihnen allen!

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Marzischewski-Drewes.

Jetzt sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Dann kommen wir zur Ausschussüberweisung.

Federführend soll der Ausschuss für Inneres und Sport sein, mitberatend der Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Wer so entscheiden möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen damit zur Festlegung von Zeit und Tagesordnung des nächsten Tagungsabschnitts.

Der nächste, der 4. Tagungsabschnitt ist vom 25. bis zum 27. Januar 2023 vorgesehen. Der Ältestenrat wird den Beginn und die Tagesordnung der Sitzung festlegen, und der Landtag wird entsprechend einberufen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit nimmt für uns ein turbulentes Jahr, das uns sicher sehr lange in Erinnerung bleiben wird, sein parlamentarisches Ende. Ich darf Ihnen im Namen des Präsidiums eine gesegnete Weihnacht wünschen. Kommen Sie gut ins neue Jahr! Möge es friedvoller und sorgenfreier sein als das abgelaufene Jahr!

Die Sitzung ist geschlossen.

(Beifall)

Schluss der Sitzung: 12.45 Uhr.